

**6. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Mittwoch, 21. März 2018,
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.30 Uhr**

Anwesend sind: 35 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Reto Grolimund, 3. Alexandra Kämpf, 4. David Plüss, 5. Daniel Probst,
6. Monique Rudolf von Rohr, 7. Simone Sager

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Ramazan Balkaç, 3. Eugen Kiener, 4. Huguette Meyer Derungs,
5. Dr. Rudolf Moor, 6. Luc Nünlist (ab 19.25 Uhr), 7. Dr. Arnold Uebelhart, 8. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Heidi Ehram, 2. Beat Felber, 3. Dr. Christoph Fink, 4. Muriel Jeisy

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Marlène Wälchli Schaffner

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Anita Huber, 3. Michael Neuenschwander, 4. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Franziska Erzinger, 3. Doris Känzig, 4. Philippe Ruf

Junge SP Region Olten:

1. Corina Bolliger, 2. Florian Eberhard, 3. Luisa Jakob

Olten jetzt!

1. Daniel Kissling, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Denise Spirig

Stadtrat:

Dr. Martin Wey, Stadtpräsident

Thomas Marbet, Baudirektion

Marion Rauber, Direktion Soziales

Iris Schelbert-Widmer, Direktion Bildung und Sport

Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion (bis 20.50 Uhr)

Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent

Entschuldigt abwesend:
Urs Knapp
Deny Sonderegger
Andrea Leonhardt Mohr
Beatrice Schaffner
Christian Werner
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste

Vorsitz: Dr. Rudolf Moor

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Wahlbüro/Demission und Ersatzwahl
- * 2a Dringliche Motion Corina Bolliger (Fraktion SP/Junge SP) betr. „Interessenbekundung zur Anpassung an den Klimawandel“/Frage der Dringlichkeit
3. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 3.1. Postulat Christoph Fink (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Weiterführung Minigolfanlage im Kleinholz
 - 3.2. Motion Christine von Arx (SP/Junge SP) und Mitunterzeichnende betr. Kommission Bifangplatz
 - 3.3. Motion Christine von Arx (SP/Junge SP) und Mitunterzeichnende betr. Kommission Bahnhofplatz
 - 3.4. Postulat Andrea Leonhardt Mohr (SP/JSP) und Mitunterzeichnende betr. Lohngleichheit und Geschlechterquoten beim Personal der Stadtverwaltung Olten
 - 3.5. Interpellation Corina Bolliger (SP/JSP) und Mitunterzeichnende betr. Sozialhilferisiko für junge, alleinerziehende Mütter
 - 3.6. Interpellation Matthias Borner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Taxiwesen Stadt Olten
 - 3.7. Überparteiliche Motion betr. Attraktivierung rechtes Aareufer
 - 3.8. Interpellation Corina Bolliger (SP/JSP) betr. Energiestrategie der Stadt Olten
 - 3.9. Motion Christoph Fink (Fraktion CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Bewirtschaftung der Veloabstellplätze
 - 3.10. Interpellation Fraktion SP/JSP betr. Eigentümerstrategie der Stadt Olten bezüglich sbo resp. a.en
- * Ergänzung der Traktandenliste

* * *

Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor:

Referendumsvorlagen/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 14. Dezember 2017 folgendem Geschäft zugestimmt:

- Reglement über die Anwohnerbevorzugung in Blauen Zonen (SRO 215), Reglement über das Verkehrs- und Parkierungsregime Altstadt/Innenstadt (SRO 215.1), Reglement über das Bestattungs- und Friedhofswesen der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO 218), Feuerwehrreglement der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO 221) und Benützungsordnung für die Stadthalle Kleinholz (SRO 323)/Teilrevisionen
(Beschluss Ziffer I./1.)

Die Publikation über diese Vorlage erfolgte am 21. Dezember 2017 und die Referendumsfrist ist am 20. Januar 2018 abgelaufen.

Das Gemeindeparlament hat ausserdem am 25. Januar 2018 folgenden Geschäften zugestimmt:

- Steuerreglement und Gebührenordnung/Teilrevisionen
(Beschlüsse Ziffer I./1. und Ziffer I./2.)
- Anpassung des Reglements über die Erhebung der Übernachtungstaxe durch die Einwohnergemeinde der Stadt Olten
(Beschluss Ziffer I./1.)

Die Publikation über diese Vorlagen erfolgte am 01. Februar 2018 und die Referendumsfrist ist am 03. März 2018 abgelaufen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die bestehenden Vorlagen in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und die Beschlüsse somit rechtskräftig sind.

* * *

Aktionswoche SO gegen Rassismus

Die Aktionswoche findet diese und nächste Woche statt.

Aufgrund eines technischen Problems konnte der Text nicht aufgenommen werden.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Dringliche Motion Corina Bolliger (Fraktion SP/Junge SP) und Mitunterzeichnende betr. «Interessenbekundung zur Anpassung an den Klimawandel»
- Motion Fraktion SP/Junge SP betr. Verbesserung der Beleuchtung für Velofahrer und Fussgänger
- Postulat Fraktion SP/Junge SP betr. Velofreundlichere Ampelsteuerung
- Motion Fraktion SP/Junge SP betr. Schaffung eines Reglements zur Schaffung von Abstellflächen für Zweiräder in unmittelbarer Nähe von Liegenschaften mit Kundenfrequenz
- Interpellation Fraktion SP/Junge SP betr. Strategisches Vorgehen bei Verkäufen/Zukäufen der Umnutzungen von städtischen Liegenschaften
- Motion Fraktion SP/Junge SP betr. Mehr Einwohner*innenbeteiligung durch Digitalisierung
- Interpellation Fraktion SP/Junge SP betr. Eignerstrategie der SBO des Stadtrates
- Interpellation Urs Knapp (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Warum vergibt Olten Planungsaufträge meistens ans gleiche Büro?
- Volksmotion Yachtclub Olten betr. Konzept städtische Sauna

Beilage:
Vorstosstexte

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. März 2018

Prot.-Nr. 59

Wahlbüro/Demission und Ersatzwahl

Für das Wahlbüro sind eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Schreiben vom 8. Februar 2018 demissioniert Rubina Schafer (SP) per sofort als Mitglied des Wahlbüros.

Als Ersatz für Rubina Schafer schlägt die SVP Sarah Wimmer, geb. 26.10.1995, Studentin Uni Bern, Rosengasse 50, als neues Mitglied des Wahlbüros zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Rubina Schafer (SP) und die Ersatzwahl von Sarah Wimmer (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig werden die Demission von Rubina Schafer (SP) und die Ersatzwahl von Sarah Wimmer (SP) genehmigt.

Mitteilung an
Frau Rubina Schafer
Frau Sarah Wimmer (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. März 2018

Prot.-Nr. 60

Dringliche Motion Corina Bolliger (Fraktion SP/Junge SP) betr. «Interessenbekundung zur Anpassung an den Klimawandel»/Frage der Dringlichkeit

Corina Bolliger, Fraktion SP/Junge SP: Meine Begründung geht eigentlich recht schnell. Die Dringlichkeit ist dem Umstand zuzuschreiben, dass die Frist dieser Interessensbekundung bereits am 4. Mai ablaufen wird und wir deshalb vorwärts machen müssen, weil dies vor der nächsten Parlamentssitzung nicht mehr reichen würde. Merci.

Doris Känzig, SVP-Fraktion: Ich nehme an, die Frist vom 4. Mai, dieses Ablaufdatum kennt man doch schon länger. Man hätte diese Motion schon lange einreichen können. Dann könnte man sich auch darauf vorbereiten und müsste es nicht als dringlich erklären. So ist es etwas ein Schnellschuss. Deshalb stimmen wir nein.

Marlène Wälchli Schaffner, CVP/EVP/GLP: Unsere Fraktion ist auch gegen die Dringlichkeit, wird sie ablehnen und zwar, wenn man Erfahrung mit Projekten hat, die man beim Bund einreicht, dauert dies eine Weile, dann muss es sehr umfangreich sein. Wir denken, das reicht einfach auch so schon nicht bis zum 4. Mai. Wo nimmt der Stadtrat jetzt die Ressourcen her? Als Weiteres ist nicht klar, wie die finanziellen Auswirkungen sein werden. Das ist für uns Grund genug, um jetzt die Dringlichkeit nicht anzunehmen.

Daniel Probst, FdP-Fraktion: Wir sind gegen die Dringlichkeit.

Daniel Kissling: Ich spreche gar nicht für meine Fraktion, sondern als Einzelsprecher.

Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor: Im Moment sind aber noch die Fraktionen an der Reihe.

Anita Huber, Fraktion Grüne: Wer an einem heissen Sommertag über eine Asphaltfläche geht, wird vor Hitze fast erschlagen. Viel angenehmer ist es, über eine Rasenfläche zu gehen oder den Schatten eines grossen Baums zu suchen. Auch schon ein begrünter Innenhof ist deutlich kühler als Betonwüste. Wir wissen eigentlich alle, dass standortgerechte üppige Pflanzen lokal den Temperaturanstieg durch die Klimaveränderung vermindern können. Mit den Vorstössen «grüne Infrastruktur» und « Stadtbäume », die das Parlament schon überwiesen hat, werden seriöse und kreative Stadtklimaprojekte aufgegleist. Jetzt muss die Stadt Olten diese Projekte im Pilotprojekt «Anpassungen an den Klimawandel» anmelden und dann auch zeitnahe umsetzen. Damit profitiert Olten einerseits von einem besseren Stadtklima und gleichzeitig auch von den Zuschüssen des Bundes. Wir unterstützen die Dringlichkeit, weil sich die Stadt Olten bis zum 4. Mai bei diesem Projekt des Bundes anmelden muss. Noch eine Bemerkung: Hätten wir eine Umweltfachstelle, wären wir jetzt nicht zu einer solchen Schnellschussübung gezwungen. Uns ist ja bei der Abschaffung versprochen worden, die meisten Aufgaben der Umweltfachstelle würden von anderen Verwaltungsstellen oder vom Kanton übernommen. Wieso hat hier niemand reagiert?

Daniel Kissling: Wir konnten uns in der Fraktion noch nicht so genau besprechen, weil es recht knapp war. Deshalb machen wir kein Fraktionsvotum. Wir sind aber insgesamt vom Gefühl her dafür. Klar hätte man es vorher und früher machen können. Es wäre schön

gewesen, wenn man dies vorher gewusst hätte. Wenn es die Möglichkeit gibt, Geld für diese Stadt zu erhalten und etwas Nachhaltiges zu machen, warum nicht es am Schluss noch versuchen? Deshalb unterstützen wir die Dringlichkeit, ich vor allem.

Matthias Borner: Für mich gibt es zwei Punkte. Erstens einmal geht es hier um Projekte, die es schon gibt, bestehende Projekte, und zweitens neue Projekte. Darüber dürfen wir nicht abstimmen, weil wir die finanziellen Auswirkungen von neuen Projekten nicht kennen. Der Bund zahlt nicht die ganzen Projekte, sondern bis zu 50 %. Das heisst, über neue Projekte können wir gar nicht abstimmen. Wenn es bestehende Projekte wären, würde ich es sogar befürworten. Aber mir scheint, über die neuen können wir gar nicht abstimmen. Bis diese Frist kommen wird, haben wir auch gar keine Sitzung mehr. Zweitens möchte ich auch monieren, ich finde auch etwas schwach, dass der Stadtrat dazu keine Meinung hat.

Beschluss

Mit 18 : 16 Stimmen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. März 2018

Prot.-Nr. 61

Postulat Christoph Fink (Fraktion CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Weiterführung Minigolfanlage im Kleinholz/Beantwortung

Am 17. Mai 2017 haben Christoph Fink (Fraktion CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

«Der Stadtrat soll prüfen, wie die Minigolfanlage im Kleinholz Olten weitergeführt werden kann.

Begründung: Minigolf ist grundsätzlich eine sinnvolle Freizeitaktivität, die von weiten Bevölkerungskreisen geschätzt wird. Viele Jahre konnte sich auf dem Gebiet der heutigen «Platanen» eine Minigolf-Anlage halten. Leider ist der jetzigen Anlage westlich der Eishalle kein Erfolg beschieden; die Betreiber gingen konkurs (gemäss Amtsblatt des Kantons Solothurn, Nr. 18, vom 55.2017, Seite 849). Die Möglichkeit, Minigolf an einem warmen Sommerabend in der Stadt Olten zu spielen, ist sicher auch ein Faktor, der zur Wohnqualität unserer Stadt beiträgt.

Aus meiner Sicht ist eine Minigolf-Anlage auch heute in der Stadt Olten durchaus gewinnbringend zu betreiben; es braucht dazu ein gutes Betriebskonzept, initiative Leute und allenfalls auch vorübergehende Unterstützung durch die Einwohnergemeinde Olten. Der Stadtrat soll prüfen, wie er mithelfen kann (allenfalls mit Unterstützung des Postulanten), einen Sommerbetrieb der Minigolf-Anlage so rasch wie möglich wieder auf die Beine zu stellen. Ich kann mir auch gewisse Synergie mit dem Strandbad Olten vorstellen, insbesondere im Bereich der Restauration. Jedenfalls ist der Betrieb einer Minigolf-Anlage etwa ähnlich unterstützenswert wie der Betrieb einer Badeanstalt oder einer Eishalle.»

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Der Betrieb der Minigolf-Anlage durch den Betreiberverein hat sich als nicht rentabel erwiesen; auch die Sportpark Olten AG hat nach einer Versuchsphase auf eine Weiterführung verzichtet. Die Stadt Olten sieht sich aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, die Kosten für den Betrieb zusätzlich zu übernehmen. Synergien mit dem Strandbad sind aufgrund der räumlichen Distanz nicht vorhanden; eine Verlegung der Minigolf-Anlage zur Badi ist aus Platzgründen nicht möglich.

Der Stadtrat sieht somit keine Möglichkeit, die Minigolf-Anlage, die zudem einen Investitionsbedarf in sechsstelliger Höhe aufweist, weiterzuführen oder deren Weiterführung finanziell zu unterstützen, und empfiehlt dem Gemeindeparlament daher, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Dr. Christoph Fink, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Ich bin mit der Antwort des Stadtrates nicht einverstanden bzw. davon enttäuscht. Ich finde es unsozial, ungerecht und nicht familienfreundlich, wenn die Minigolfanlage nicht weiterbetrieben werden kann. Die Minigolfbetreiber hatten gewisse Probleme. Aber sie sollten eigentlich lösbar sein. Wir hatten hier jahrzehntelang eine Minigolfanlage, die sich bewährt hat, die auch etwas zur Wohnqualität der Stadt Olten beigetragen hat. Heute war gerade noch ein Artikel in der Zeitung. Ich könnte zur ganzen Minigolfanlage noch sehr viele Informationen geben, die zum Teil auch in der Zeitung erschienen sind. Auch der Verein, die Vereinsverantwortlichen sind eigentlich willens, den Verein und den ganzen Betrieb wieder auf die Beine zu stellen, und es wäre eigentlich möglich, dass dieser Betrieb so wieder gewinnbringend betrieben werden kann. Im Kleinholz oben können ja sehr viele Sportler ihren Sport betreiben, und viele Sportarten können nur betrieben werden, weil die Stadt Olten über 90 % der Kosten trägt, beispielsweise die der Plätze für Landhockey, Fussball usw. Die «Minigölfler» haben jahrelang alles selber bezahlt. Sie haben auch die Anlage selber aufgestellt. Es ist eben daher ungerecht, dass man ihnen nie etwas geben würde. Ich möchte eigentlich nicht Geld für die Minigolfanlage, sondern einfach, dass die Stadt Olten ihr Know-how oder ihre Möglichkeiten als Mediatorin oder Animatorin zur Verfügung stellt, damit hier wieder ein Betrieb aufgenommen werden kann. Wir sehen heute, wie es weitergehen soll, wie der Hase läuft. So wie es aussieht, wird dann einmal die Oltner Sport- und Aarefinanz diese Anlage übernehmen und etwas aufstellen, das dann besser rentieren wird, aber mit dem dann die Oltner Bevölkerung, so wie es aussieht, eigentlich eher das Nachsehen hat dort, wo eine Sportart betrieben wird, mit der die Oltner Bevölkerung und die Bevölkerung von Olten und Umgebung nicht mehr viel damit anfangen kann. Die Minigolfanlage war familienfreundlich. Es war relativ kostengünstig, etwa gleich viel Eintritt wie in die Badi, für dass man dort Minigolf spielen kann. Es ist eine gute Anlage für die Leute, die nicht in die Ferien gehen können, eine gute Freizeitbeschäftigung im Sommer. Auch für den Ferienpass verschiedener Gemeinden war dies ein willkommenes Angebot. Ich wäre eigentlich froh, wenn man die Minigolfanlage weiterbetreiben könnte. Danke.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Die Antwort auf den Vorstoss ist relativ kurz ausgefallen. Das hat auch seinen Grund, hat man diese Geschichte doch tatsächlich schon vor längerer Zeit aufgerollt. Ich könnte natürlich auch noch ein paar Zeitungsartikel vorlegen und zitieren. Tatsache ist, dass man auch versucht hat, die Weiterführung dieser Minigolfanlage aufrecht zu erhalten. Man hatte in diesem Sinne auch das Angebot, dass sie weitergeführt werden könnte, insbesondere durch die sehr engagierten Personen, die dies bislang dort betrieben haben. Das muss ich an dieser Stelle auch noch festhalten. Es hat sich aber gezeigt, dass selbst sie selber dies nicht mehr weiterbetreiben können und auch wir von der Stadt bzw. über die AG der SPOAG schlussendlich einsehen mussten, dass man den Betrieb dort entsprechend nicht so fortführen kann, dass er auch finanziell verantwortbar wäre. Für den Stadtrat stand immer im Vordergrund, dass man den Minigolfsport ja ausüben kann in Olten, zwar nicht outdoor, sondern indoor. Das ist natürlich nicht genau das Gleiche, aber für die Sportler selber bietet die Indoor-Anlage durchaus auch eine Möglichkeit. Ich möchte mich insofern etwas dagegen verwehren, dass auf einmal ein Projekt, das dort angedacht werden soll – es ist ja das Sport-Event-Center – der Grund ist, dass man den Minigolfsport dort oben nicht weiterführen will. Nein, die Stadt will so oder so den Handlungsspielraum und die Handlungsfreiheit wahren, dort oben dann das zu machen, was tatsächlich auch zukunftsorientiert sein kann. Deshalb sind wir zusammengefasst gegen diesen Prüfungsauftrag.

Huguette Meyer Derungs, Fraktion SP/Junge SP: Die Ausgangslage hat sich, seit dieser Vorstoss gekommen ist, etwas geändert. Die Anlage gehört jetzt der Stadt. Wir finden auch, dass es nicht der Auftrag der Stadt ist, eine solche Minigolfanlage zu betreiben. Aber wir fänden es eine gute Idee, wenn die Stadt diesen Platz, jedenfalls so lange nichts Anderes dort steht, kostengünstig mit wenig Hürden vermieten könnte. Ich denke, das ist immer noch besser, als dort irgendeine Bauruine entstehen zu lassen, bis es dort irgendein anderes neues Projekt gibt. Wir hätten sonst noch so als Input eine andere Idee. Beispiel Freiburg. Sie haben ein Stadtminigolf. Das wäre sonst noch etwas, was man mit Tourismus Olten zusammen machen könnte, wo man eigentlich durch die Stadt Minigolf spielt, an verschiedenen Orten vorbeikommt. Das wäre vielleicht auch noch etwas für Familien. Wir sind eigentlich für diesen Auftrag.

Doris Känzig, SVP-Fraktion: Die Fakten sprechen einfach dagegen, dass man ja stimmt, weil die Minigolfanlage erfahrungsgemäss nicht rentiert hat und die Stadt müsste neu investieren. Ein neuer Versuch wäre einfach ein Risiko für einen Wiederholungsfall, der wieder gleich endet. Der Postulant bietet ja seine Unterstützung an, was ich persönlich eigentlich sehr sympathisch finde. In welcher Form diese Unterstützung wäre, wissen wir aber nicht. Das ist im Text nicht ersichtlich. Die Meinungsfindung ist einfach schwierig. Man hat auch schon von Plänen für eine Stadtsauna dort oben gelesen. Die Fakten sind zu unsicher, und wir können deshalb zum jetzigen Zeitpunkt nicht ja sagen dazu.

Michael Neuenschwander, Fraktion Grüne: Wir mussten, als wir dies an der Fraktionssitzung besprochen haben, feststellen, dass hier die Liebe der Grünen Fraktion zu Infrastrukturprojekten aufhört, dass wir dies nicht für das Gleiche befinden wie zum Beispiel ein Hallenbad, wo es immerhin darum geht, dass die Leute schwimmen können. Das ist eine überlebenswichtige Technik. Es war für uns eine Selbstverständlichkeit, dass eine Stadt wie Olten ein Hallenbad, das schon bestanden hatte, jetzt für Jahrzehnte weiterführt. Beim Minigolf muss man sagen nice-to-have. Da haben wir uns gesagt, wenn die Privaten nicht übernehmen wollen, muss man es wahrscheinlich sein lassen. Wir haben dann weiter gesagt: Ja, wir möchten aber auch, dass dieses Land in städtischem Besitz bleibt. Jetzt haben sich die Voraussetzungen tatsächlich unterdessen etwas geändert. Das Land ist jetzt wieder ganz klar bei der Stadt. Die Anlage ist dort. Was wir nicht wollen, ist, dass die Stadt dort Geld investieren muss und für Unterhaltsbetriebskosten usw. bluten muss. Das ist für uns jetzt tatsächlich ein Punkt, wo wir sagen müssten: Das ist nicht auf unserer Prioritätenliste. Da haben wir ganz andere. Wie gesagt, es ist ja schön, wenn man ein Minigolf hat. Aber es geht auch ohne. Jetzt werden wir wahrscheinlich in unserer Fraktion nicht ganz einheitlich stimmen bzw. ist es so, dass wir, wenn Christoph Fink den Text, den er hier für das Postulat, diesen Prüfungsauftrag hat, wie dies weitergeführt werden könnte, dies vermutlich grossmehrheitlich unterstützen könnten, weil es eigentlich viel offenlässt. Man könnte sagen: Okay, die Stadt soll doch einmal mit diesem Verein schauen, ob sie ein Konzept haben, wie dies für eine Saison oder zwei weitergehen könnte und könnte in diesem Sinne einfach auf Einnahmen verzichten, was das Grundstück anbelangt. Wir möchten nämlich auch nicht, dass das Gelände vorschnell überbaut wird. Man konnte heute in der Zeitung sehen – ich habe sie zwar nur überflogen – dass man hier offenbar schon darauf wartet, auf die doch etwa 35 Aren, die ein richtiges Stück Land sind. Wir möchten nicht, dass dies vorschnell überbaut wird, sondern wir sind dafür, dass man dies sorgfältig und zukunftsgerichtet plant. Dann wäre die Minigolfanlage, vor allem, wenn sie die Stadt nichts kosten würde, eigentlich eine sinnvolle, mindestens eine Zwischennutzung.

Daniel Kissling, Fraktion Olten jetzt!: Ich bin ein riesiger Minigolffan und komme aus einer Familie, die Minigolf spielt. Von daher bin ich ein grosser Fan dieses Minigolfs. Aber es stimmt zum Teil schon, was die Stadt gesagt hat, dass wahrscheinlich ein klassischer Minigolf immer schwieriger zu betreiben sein wird und es vermutlich auch wenig Sinn macht, jetzt zu prüfen, wie man einfach wieder genau den gleichen Betrieb, der schon zweimal nicht funktioniert hat, wieder machen möchte. Gleichzeitig müssen wir aber auch sagen und schliessen uns dort den Grünen an, dass das Land jetzt der Stadt gehört. Natürlich interessiert uns alle, was die Stadt mit diesem Land plant. Es hat ganz viele spannende Projekte, die Land suchen wie zum Beispiel eine Trendsporthalle, die im Sommer gleich

daneben ist, die dort auch schön aussehen würde. So oder so, egal, was die Stadt machen wird, dieses Gelände wird wahrscheinlich noch eine Weile brachliegen bzw. sind ja dort schon Minigolfbahnen drauf. Deshalb finden wir die Prüfung eines Projektes, das vielleicht eben nicht zu viel kostet, wo man dann möglicherweise nicht europaweite Turniere spielen oder Europameisterschaft im Minigolf durchsetzen kann, sondern für die Bevölkerung und für das Hobby funktionieren könnte, auf eine andere Art und Weise geführt werden würde als bis jetzt, durchaus lobenswert, dass dies geprüft werden könnte. Sonst haben wir einfach noch ein Gelände, das brachliegt. Das Wort Zwischennutzung ist etwas, wo in dieser Stadt noch nicht so viel passiert ist. Aber das wäre vielleicht während eines Sommers gerade das perfekte Projekt dafür.

Tobias Oetiker: Als wir uns hier beworben haben, um im Parlament mitzumachen, war für uns auch wichtig, dass man in der Stadt schaut, was wir mit wenig Geld machen können, was wir kurzfristig machen. Von daher, da die Stadt jetzt diesen Franken investiert hat, um die Anlage zu kaufen, warum nicht? Es ist schon einmal ein guter Anfang. Wenig Geld investiert. Wenn man jetzt irgendjemanden findet. Es scheint ja in der Stadt Leute zu geben, die es megacool finden, Minigolf zu spielen, ich spiele nicht so gerne Minigolf, weil ich immer verliere. Diejenigen, die es toll finden, wollen ja vielleicht in ihre Freizeit investieren? Das Land ist ja dort. Die Anlage ist auch schon dort. Ich könnte mir vorstellen, dass sie vom Stadtrat bei der Prüfung auf irgendwelche coole Ideen kommen. Von daher würde ich das Postulat gerne überweisen.

Dr. Christoph Fink: Wenn ich es noch einmal sagen will, habe ich in meinem Postulat von der Stadt kein Geld gefordert, sondern es ist nur eine Prüfung sozusagen am Schreibtisch oder dass man jemanden an den runden Tisch einlädt und etwas Möglichkeiten sondiert. Der Minigolfklub hatte jahrelang Baurechtszinsen an die Stadt bezahlt. Das heisst, man könnte allenfalls sagen, wir zahlen jetzt davon etwas zurück. Sie haben nicht nur alles selber bezahlt, sondern erst noch Baurechtszins bezahlt. Sie haben viel mehr als andere Sportvereine bezahlt. Ich möchte noch sagen, dass es bei mir immer noch so ist, dass ich mir ein gewisses Engagement in welcher Form auch immer, selbst auch finanziell, vorstellen könnte.

Heinz Eng: Ich glaube, Christoph, Du hast vorhin ein Schlüsselwort gesagt hat. Du forderst kein Geld. In diesem Sinne ist es ja jetzt jederzeit möglich. Das gehört der Stadt. Die Interessenten, die sich exponieren und dort auch investieren wollen, können sich doch jetzt jederzeit bei der Stadt melden. Dafür braucht es diese Dinge nicht. Im Moment sollen sich bitte alle diejenigen, die x einer Art Interesse haben, bei der Stadt melden. Deshalb braucht es dies gar nicht. In diesem Sinne ist dies absolut frei. Du hast es noch einmal gesagt: Kein Geld. In diesem Fall ist dieses Grundstück jetzt auf dem freien Markt. Sie sollen sich bei der Stadt melden. Fertig. Ich bin voll mit dem Stadtrat einverstanden, dass man aus diesem Grund dieses Postulat nicht erheblich erklären muss, sondern Interessenten sich effektiv bei der Stadt melden. Fertig.

Beschluss

Mit 23 : 12 Stimmen wird das Postulat erheblich erklärt.

Mitteilung an
Direktion Präsidium/Markus Dietler
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. März 2018

Prot.-Nr. 62

Motion Christine von Arx (SP/JSP) und Mitunterzeichnende betr. Kommission Bifangplatz/Beantwortung

Am 28. September 2017 haben Christine von Arx (SP/JSP) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

«Gemäss Art. 52a Gemeindeordnung wird der Stadtrat beauftragt, eine nichtständige ausserparlamentarische Kommission für das Projekt Sanierung Bifangplatz/flankierende Massnahmen Sälipark 2020 einzusetzen.

Begründung:

Das Projekt Sälipark 2020, insbesondere die Erschliessung, zieht verschiedene Massnahmen mit sich, welche den Bifangplatz erheblich tangieren. Dessen Gesicht prägt das Quartier massgebend und hat einen erheblichen Einfluss auf den Verkehr auf der rechten Aareseite (Unterführungsstrasse/Aaraustrasse). Es rechtfertigt sich deshalb, schon im Rahmen der Projektentwicklung die verschiedenen Interessen einfließen zu lassen. Bisher ist die Kommunikation des Stadtrats bei diesem Projekt dürftig gewesen, so dass interessierte Kreise ihre Interessen nicht vertreten konnten. Es rechtfertigt sich daher, eine begleitende Kommission für die Neugestaltung des Bifangplatzes aber auch für weitere notwendige Massnahmen in Zusammenhang mit dem Projekt Sälipark 2020 einzusetzen, welche die Arbeit des Stadtrats in diesem Bereich eng begleitet, die verschiedenen Interessen der Nutzer des Bifangplatzes einbringt und auch für die Kommunikation mit interessierten Kreisen besorgt ist.

Die Kommission soll aus 11 Personen bestehen, in welcher sowohl die Parteien wie auch Interessenvertreter (z.B. TCS, VCS Pro Velo, pro senectute, procap, Olten Tourismus, Wirtschaftsförderung, Gewerbe Olten etc.) vertreten sind. Wahlbehörde ist der Stadtrat und die Kommission ist der Direktion Präsidium zuzuordnen.»

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Für die grundsätzlichen Überlegungen wird auf die Beantwortung der Motion betr. Kommission Bahnhofplatz verwiesen. Ferner muss darauf hingewiesen werden, dass die stereotype Kritik an der stadträtlichen Kommunikation in diesem Falle wenig Grundlage hat, wurde doch im Rahmen der Nutzungsplanung «Sälipark 2020», welche die künftige Ausgestaltung des Bifangplatzes wesentlich beeinflusst, ausführlich auch über die flankierenden Massnahmen informiert.

Diese Informationen werden weitergeführt, falls der Grundeigentümer des Säliparks seinerseits sein Vorhaben weiterführt. Vorgesehen ist als nächster Schritt ein Termin mit den Einsprechenden zum Thema flankierende Massnahmen. Kann die Nutzungsplanung

genehmigt werden, ist anschliessend auch der Einbezug der Bevölkerung zu Fragen, welche die künftige Ausgestaltung des Bifangplatzes mitbestimmen, vorgesehen, so beispielsweise zur Zukunft der Unterführung unter der Kantonsstrasse hindurch. Über die Form und den Zeitpunkt dieses Einbezugs wird der Stadtrat entscheiden.

Aufgrund der grundsätzlichen wie auch der projektspezifischen Überlegungen und des geplanten Vorgehens empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die Motion nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Dr. Christine von Arx: Ich möchte zuerst einmal eine kleine Vorbemerkung machen, die für diese Motion und dann auch die nächste gilt. Es geht mir nicht darum, dass man jetzt quasi durch ein Hintertürchen wieder die kürzlich aufgehobenen Kommissionen reaktiviert. Man hat, als wir sie abgeschafft haben, schon gesagt, dass es möglich sein soll, für konkrete Projekte, wenn es sinnvoll ist, Fachkommissionen mit klaren Aufgaben zu bilden. Eine solche Fachkommission kann nicht so, wie es der Stadtrat in seinen Antworten angetönt hat, einen Einbezug der Fraktionspräsidenten in irgendwelchen Projektphasen ersetzen. Den Fraktionspräsidenten kommt zwar ein politisches Wissen zu, nicht aber ein konkretes Fachwissen. Jetzt zum Bifangplatz: Aus den Antworten ergibt sich, dass die ganze Planung dort im Fluss ist und deshalb beim Vorgehen auch nicht allzu viele Aussagen gemacht werden können. Klar ist aber, dass der Bifangplatz umgestaltet werden muss, mit oder ohne das Projekt Sälipark. Schliesslich hat man hier immer noch die Uraltmotion, wo wir letztes Mal Geburtstag gefeiert haben, die man umsetzen sollte. Wenn man die Antworten durchliest, muss zuerst ein Termin mit den Einsprechern gemacht werden. Das ganze juristische Verfahren muss zuerst durchgeführt werden. In diesem Rahmen wird auch über flankierende Massnahmen gesprochen. Nachher ist der Miteinbezug der Bevölkerung zur Gestaltung geplant. Ich nehme einmal an, es sollte sich um eine Art Vernehmlassungsverfahren handeln. Aber hier ist ja auch noch nicht klar, wie es aussehen soll. Beim Bifangplatz handelt es sich um ein konkretes Projekt, das sehr wichtig ist, weil es das Gesicht dieser Stadtseite prägt. Dieses Projekt verdient eine Spezialkommission. So ist gewährleistet, dass auch Fachpersonen ausserhalb der Verwaltung miteinbezogen werden. Leute auf der Verwaltung haben manchmal etwas einen Tunnelblick, weil sie solche Orte nicht als verschiedene Nutzer betrachten können. Ein Miteinbezug von Fachorganisationen kann auch nicht erst im Vernehmlassungsverfahren stattfinden. Die Einflussmöglichkeiten in einem Vernehmlassungsverfahren sind eher gering, weil das Projekt dann schon steht. Man kann sich nur noch in groben Zügen äussern. Details gehen unter. Eine solche Kommission kann schon bei der Ausarbeitung eines Projekts mithelfen, Inputs von verschiedenen Nutzergruppen zu geben. Eine solche Kommission kann den Stadtrat auch beraten, damit er etwas stärker auftreten kann. Man kann auch sagen, dass der Umgang mit dem Bifangplatz ein Beispiel ist, dass es eben einen Stadtentwickler braucht. Man muss einfach auch noch sagen, dass die Kommunikation nicht nur das Recht der Bürger, informiert zu werden, sondern auch das Recht der Bürger ist, angehört zu werden. Auch für so etwas kann man eine Spezialkommission nutzen. Zusammenfassend: Es geht um ein Finden einer möglichst guten Lösung für den Bifangplatz. Das soll durch einen möglichst frühen Einbezug von Fachpersonen, welche die Interessen der verschiedenen Nutzer vertreten, gewährleistet werden. Es wird dann auch Aufgabe dieser Kommission sein, sich um die Kommunikation, die eben in beide Richtungen geht, Gedanken zu machen. Durch diese Kommission soll der Stadtrat unterstützt und dessen Verhandlungsposition gestärkt werden. Vielleicht kann man dann den Stadtrat auch etwas zu einem aktiveren Vorgehen animieren.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Es geht ja hier um den Bifangplatz, und wenn man in der Vergangenheit geschaut hat, wie die Diskussionen betreffend Bifangplatz gelaufen sind, hat man mitunter gemerkt, unter anderem auch mit dem grossen Projekt Sälipark, dass der sogenannte Bifangplatz auf einmal vielleicht nicht mehr dort ist, wo er jetzt ist, sondern an einem anderen Ort, wo man dann nämlich auch ein Zentrum beim Sälipark als

Platzausgestaltung vorsieht. Deshalb haben wir in den sogenannten Orientierungen – es waren eigentlich auch Mitwirkungsverfahren – in der Bevölkerung die entsprechenden Orientierungen gemacht. Man hat auch eingeladen und dargestellt, welche Auswirkung und Ausstrahlung der Sälipark schlussendlich haben soll, insbesondere auch, dass man darüber nachdenkt, dass der Bifangplatz, der jetzt noch Bifangplatz heisst, eigentlich gar nicht mehr dort sein wird, wenn der Sälipark dann kommen wird. Allenfalls wird es noch das Zentrum der Begegnung sein. Der Bifangplatz wird dann beim Sälipark selber sein. Zu den Mitwirkungen als solche: Wie gesagt, denke ich von der Kommunikation her schon, dass man dort eigentlich auch die Bevölkerung sehr rasch involviert hat, dass man Veranstaltungen für direkte Nachbarschaften, aber auch für die Bevölkerung gemacht hat. Dort sind sehr wertvolle Rückmeldungen gekommen. Man merkt es jetzt auch im Zusammenhang mit den Einspracheverfahren, wo eigentlich die Bevölkerung vor allem auch ihre Anliegen hat. Das ist im Bereich der Gestaltung. Wohin kommt der Markt? Wie sieht es mit dem Verkehr aus? Was wir wegen der Kommission im Stadtrat allgemein feststellen, ist, dass natürlich durch die Abschaffung dieser Kommissionen der Informationsbedarf gestiegen ist. Wir suchen oder müssen alle miteinander Wege suchen, wie man diese Information in diesem Sinne transportieren kann. Der eine Weg ist, dass man das Mitwirkungsverfahren in der Bevölkerung verstärkt. Das Vernehmlassungsverfahren ist eher ein förmliches, wo man sagen kann, ich bin einverstanden oder nicht. Das Mitwirkungsverfahren kann aufzeigen, dass man im direkten Dialog schlussendlich auch Projekte weiterentwickeln kann. Von daher erachtet der Stadtrat den Mehrwert der Kommission als nicht sehr gross. Wenn es darum geht, die Informationen zu verbessern, denke ich, dass man dies über andere Wege machen kann. Von daher empfiehlt der Stadtrat, die Motion nicht erheblich zu erklären. Es geht um Informationen. Es geht um den Einbezug. Aber wir denken, dass mit der Einsetzung einer Kommission hier eigentlich nicht dieser Mehrwert erzielt werden kann.

Tobias Oetiker, Fraktion Olten jetzt!: Mit der neuen Gemeindeordnung und der Abschaffung der Kommissionen ist eben auch die Möglichkeit dieser Spezialkommissionen geschaffen worden, und wir finden, es ist eine gute Möglichkeit, dies mit einer solchen Kommission anhand des Bifangplatzes einmal auszuprobieren, wie dies so wäre. Deshalb sind wir dafür, dass die Motion erheblich erklärt wird.

Marlène Wälchli Schaffner, CVP/EVP/GLP: Für unsere Fraktion hat der Bifangplatz natürlich auch eine grosse Bedeutung, es ist ein Zentrum. Und trotzdem haben wir gehört, dass sich dies allenfalls verändert. Mitwirkung ist eigentlich ebenfalls ein Stück weit passiert. Der Stadtrat sagt ja, dass der Miteinbezug der Bevölkerung verstärkt werden soll. Das finden wir in diesem Sinne genügend. Deshalb sind wir grossmehrheitlich der Meinung, dass wir die Motion nicht erheblich erklären wollen.

Anita Huber, Fraktion Grüne: Ich spreche zu beiden ausserparlamentarischen Kommissionen. Es war ein Fehler, bei den Kommissionen einen Kahlschlag zu machen. Jetzt müssen wir uns halt mit projektbezogenen ausserparlamentarischen Kommissionen behelfen, die man im Einzelfall einberuft. Die Entscheidungsbefugnisse sind nicht bei den Kommissionen. Aber eine Kommission hat mehrere für ein Gemeinwesen positive Funktionen. Es sitzen betroffene und zukünftige User in diesen ausserparlamentarischen Kommissionen. Sie können verschiedene Sichtweisen einbringen, welche die meistens jungen männlichen Verkehrsplaner, die selten mit einem behindernden Kinderwagen unterwegs sind, halt nicht haben. Eine gut zusammengesetzte, ausserparlamentarische Kommission ist ein Sounding Bord für die Projektverantwortlichen. Dabei können neue Lösungsansätze auftauchen, die den Verkehrsplanern nicht eingefallen sind. Wenn verschiedene Interessengruppen in einem Projekt einbezogen sind und sie über Probleme und Lösungen diskutieren können, verstehen sie auch, wieso aus Sachzwängen etwas so geplant wird oder auf etwas verzichtet werden muss. Sie sitzen an einem Tisch und können Interessensabwägungen treffen. Eine solche ausserparlamentarische Kommission kann Zeit und Geld sparen, nämlich dann, wenn Organisationen wie zum Beispiel der VCS oder Procap keine Einsprache machen müssen. Vernehmlassungen sind wichtig, weil sie für alle Seiten meistens günstiger und effizienter sind, wenn nicht erst in einer Vernehmlassung Fehler benannt werden müssen, die dann nachträglich teuer korrigiert werden müssen,

sondern schon vorausschauend im Planungsprozess Optimierungen vorgenommen werden können. Zur Antwort des Stadtrates: Die Informationsveranstaltung zum Sälipark, die durchgeführt wurde, war gut. Aber es ist eine One-Way-Kommunikation, wo man Fragen stellen konnte. Solche Kommunikationsmassnahmen sind nicht zu vergleichen mit einer Kommission, die sich in gewissen zeitlichen Abständen trifft und sich vertieft mit einem Projekt befassen kann. In diesem Sinne werden wir beide Motionen erheblich erklären.

Daniel Probst, FDP-Fraktion: Für uns sind beide Projekte, Sälipark 2020, aber auch die Umgestaltung des Bahnhofplatzes zwei sehr wichtige Projekte für die Stadt Olten. Ich glaube, diese Meinung teilen alle hier. Dort wird sich entscheiden, wie sich die Stadt Olten weiterentwickelt. Beide sind sehr zentral. Auf der anderen Seite ist es, obwohl wir bei der Revision der Gemeindeordnung diese Möglichkeit geschaffen haben, nicht unsere Meinung, dass wir hier für die einzelnen Projekte solche ausserparlamentarischen Kommissionen zusammensetzen müssen. Unserer Meinung nach gibt es dort heute andere Instrumente – der Stadtrat hat es erwähnt – wie das Mitwirkungsverfahren. Es gibt die Auflage mit Einsprachemöglichkeiten. Es gibt die Kommunikation, wo ich auch finde, dass es manchmal mehr ein Dialog anstatt ein Monolog sein kann. Aber da hat der Stadtrat gesagt, man müsse Erfahrungen sammeln, wo man die Leute miteinbeziehen und auf verschiedene Meinungen hören kann. Deshalb finden wir auch, dass in diesem Fall eine Kommission der falsche Weg ist. Dann sehen wir auch operativ Schwierigkeiten. Du hast jetzt Sounding Bord gesagt. Ich habe das Gefühl, es ist sogar schlussendlich noch weniger als ein Sounding Bord. Ich nehme an, die Zahl 11 ist nicht in Stein gemeisselt. Aber gleichwohl, wenn man es einmal anschaut, haben wir allein – ich habe es einmal gezählt – zwölf Parteien in der Stadt Olten. Wenn hier steht: «Parteien wie auch»... Schon nur mit zwölf Parteien, wenn man wirklich alle Parteien nehmen würde, wenn man nur diejenigen nimmt, die im Gemeinderat sind, glaube ich, dass es neun sind, wäre schon ein grosser Teil einer Kommission ausgefüllt. Dann sind in der Klammer ein paar Organisationen aufgeführt. Aber es fehlen zum Beispiel wichtige wie der Hauseigentümerverband, IHVO, ACS usw. Ich denke, man könnte dies locker bis 20 oder 25 Mitglieder erhöhen. Es ist auch so, ich selber sitze in der kantonalen Verkehrskordinationskommission und in der Raumplanungskommission. Dort hat es keine Parteien, und wir sind in beiden gerade 20. Es werden sehr grosse Kommissionen, und ich kann mir nicht vorstellen, wie diese effizient geführt werden können, wie man den Stadtrat hier beraten kann, wie man eine Meinung hinbringt. Das ist wirklich verlorene Zeit, und ich glaube, dort müssen wir uns wirklich auf die Instrumente stützen, die es für solche Projekte gibt. Das ist wie Mitwirkung, Kommunikation, vielleicht eben mehr Richtung Dialog, oder dann auch eine Auflage mit Einsprachemöglichkeit, wo übrigens all die Verbände, die hier genannt sind, dieses Recht praktisch auch schon wahrgenommen haben oder wahrnehmen werden. Sie sind sich dies auch gewöhnt. Das ist für sie auch nicht ein aussergewöhnliches Verfahren, und für sie wäre es fast wie doppelt gefahren und ineffizient, wenn sie noch in eine solche Kommission gehen und dort den Stadtrat beraten müssten. Nebst dem, dass wir finden, grundsätzlich braucht es keine nichtständige Kommission für so etwas, finden wir auch, dass es operativ sehr schwierig ist, dies umsetzen zu können. Deshalb sind wir dafür, dass man die Motionen nicht erheblich erklärt und zwar für den Bifangplatz wie auch für den Bahnhofplatz.

Felix Wettstein: Ich möchte noch auf etwas reagieren, was Du, Martin Wey, gesagt hast. Die Formulierung der Motion schliesst ja ausdrücklich ein und sieht vor, dass man sich tatsächlich nicht nur mit dem Areal beschäftigt, welches heute Bifangplatz heisst, sondern dass es ein Gesamtes ist, inklusive das Areal Sälipark 2020 bzw. die Verbindungen dazwischen, tatsächlich mitberücksichtigt. Wenn es dazu kommt, dass ein künftiger Quartierplatz oder wie man ihm sagen will, im Bereich eines Abschnitts der heutigen Riggenbachstrasse ist, ist es selbstverständlich Gegenstand dessen, womit sich eine solche Kommission beschäftigen soll, und der Motionstext eröffnet dies ausdrücklich, das ist es. Was mir persönlich auch wirklich passt, ist, dass man die Chance der ausserparlamentarischen Kommissionen auch wirklich vom früheren Denken des Parteienproporz löst. Parteien sind wichtige Playerinnen und Player in der Stadt Olten, aber nicht die einzigen. Es gibt auch solche, die sich vielleicht verständigen können, dass sie miteinander durch jemanden oder zwei vertreten sind. Aber das Entscheidende ist, dass es

weitere Kreise sind, die man an Bord haben wollen kann. Diese Leute haben nicht Entscheidungskompetenz, wie dies bei den Kommissionen vorgesehen ist, und genau deshalb ist weder eine fixe Zahl, noch irgendein Berechnungsschlüssel für diese Repräsentanz vorher nötig. Vielleicht noch etwas an die Adresse von Dir, Christine: Interessenvertreter ja, gerne auch Interessenvertreterinnen. Ich muss dies generell sagen. Es stört mich, und ich muss es jetzt loswerden. Wir haben zunehmend mehr Vorstösse von der SP, wo man das Gefühl hat, die Menschheit bestehe nur aus Männern.

Heidi Ehram: Mir macht diese Sache etwas Angst. Jeder, der ein berechtigtes Anliegen hat, verlangt jetzt eine 11er-Kommission, eine ausserparlamentarische Kommission. Ich gebe Anita recht. Ich bereue zutiefst, dass wir die Stadtentwicklungskommission nicht mehr haben unter dem, was jetzt hier läuft, seit wir die Gemeindeordnung geändert haben. Ich finde einfach, dass man doch nicht für jedes Anliegen einfach eine ausserparlamentarische Kommission machen kann. Das gibt ja eine Flut! Die vielen Leute, die man hier zusammentrommeln sollte, die dann wirklich befähigt sind. Procap hat ja einen Architekten, der zum Beispiel zuständig ist, um dies anzuschauen. Er müsste dann in x Kommissionen gleichzeitig sein. Mir scheint einfach, man könnte ja einmal den Stadtrat planen lassen oder schauen, wie sie es machen ohne die Stadtentwicklungskommission. Sie sind ja sicher auch fähig, Leute von Procap, Pro Senectute, Pro Velo oder was auch immer, in die Planung miteinzubeziehen. Wenn diese Planung dann schlechter wird als früher, als wir die Stadtentwicklungskommission noch hatten, oder nicht gut ist, könnte man ja nachher auf dieses Instrument zurückgreifen. Aber ich war der Ansicht, dass die ausserparlamentarische Kommission das Mittel für Ausnahmestände ist, wo es sich wirklich extrem aufdrängt. Das scheint mir bei diesen Anliegen, die jetzt hier nach und nach immer kommen, nicht dermassen dringend. Deshalb bin ich eigentlich dagegen. Sonst haben wir zuletzt 20 ausserparlamentarische Kommissionen, bis wir Mitte Amtsperiode sind. Ich glaube nicht, dass dies die Sache viel verbessert.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Es ist tatsächlich jetzt auch gerade bei beiden Vorstössen, die hier auf dem Tisch sind, eigentlich eine Grundsatzfrage. Wie gehen wir mit dieser neuen Situation um, dass wir die Kommissionen nicht mehr haben. Ich denke, sowohl der Stadtrat wie auch das Parlament wie auch die Parteien selber müssen sich auf eine Art mit diesen neuen Rahmenbedingungen – ich sage es jetzt einmal so – arrangieren. Ich denke auch vom Stadtrat her, dass man es mit diesen Kommissionen nicht überstrapazieren sollte. Man kann sie einsetzen. Das ist auch richtig so. Ich denke, die Diskussion hat dies auch gezeigt, dass je nachdem eine solche Kommission tatsächlich auch notwendig und durchaus nützlich ist. Ich denke einfach, im Moment, wo wir vom Stadtrat her gefordert sind, dies quasi nicht mehr mit Kommissionen kommunizieren können, wo die Parteien durchaus auch drin vertreten waren, versuchen wir, dies aufzufüllen und zwar – ich sage es noch einmal – mit Mitwirkungsverfahren, mit Informationsveranstaltungen. Es kann ja auch sein, dass anhand solcher und zwar rechtzeitig geschalteten Informationsveranstaltungen die Parteien dies zu ihrem Thema machen. Ich frage mich ganz grundsätzlich, auch staatspolitisch und vom Parteiverständnis, ob gewisse Aufgaben nicht auch durch die klassischen Gruppierungen aufgenommen und dort auch diskutiert werden können. Ich denke wieder an die formelle Einführung von Kommissionen mit allem Drum und Dran, kann wie gesagt im Einzelfall sicher berechtigt sein. Aber man sollte eigentlich die anderen Mittel, die anderen Möglichkeiten, die auch bestehen, und die Anliegen der Bevölkerung, von Einzelpersonen, aber auch von Verbänden, miteinbeziehen. Vom Stadtrat her wehren wir uns nicht grundsätzlich gegen Kommissionen, die eingesetzt werden sollen. Aber ich denke, man sollte jetzt nicht schon vorschnell diese Möglichkeit ergreifen und damit eigentlich die andere Ebene und die anderen Möglichkeiten vorweg ausschalten. Es braucht aber Anstrengungen. Das sage ich jetzt auch im Namen des Stadtrates, von uns her, die entsprechende Kommunikation auch aufrecht zu erhalten, Mitwirkungen proaktiv einzuleiten. Aber einfach jetzt schon ganz konkret und in dieser Geschwindigkeit Kommissionen einzusetzen, ich glaube, da würden wir uns eigentlich die Chance vergeben, die ursprünglich angedachte Ersatzmassnahme auch entsprechend auszuprobieren und zu testen.

Michael Neuenschwander: Wir sind im Moment weit weg von 20 Kommissionen, Heidi. Sonst könnten wir ja noch eine 13er einsetzen für die Minigolfanlage. Ich möchte jetzt hier gerne zuerst einmal noch etwas nachtreten. Es kommt jetzt hier von der SP die Forderung als Motion nach zwei Kommissionen war. Ich werde dies zwar unterstützen, aber ich finde es gleichwohl eigentlich ein Zeichen, dass ein Teil von Euch war ja auch zünftig für die Abschaffung dieser Kommissionen war. Man hat dort einfach tabula rasa gemacht. Man wollte dies unbedingt, warum weiss ich bis heute nicht. Man hätte dies anders lösen können und die ständigen Kommissionen, bei denen man gesehen hat, dass es keinen Sinn mehr macht, auflösen können. Jetzt kommt man sogar mit Vorschlägen von 11er-Kommissionen für einzelne Themen, auch wenn es befristete Kommissionen sind. Das finde ich an und für sich auch nicht gerade so die ideale Lösung, obwohl ich sie jetzt in diesem Fall unterstützen werde, weil ich finde, dort muss etwas gehen. Jetzt kommen wir noch kurz zum anderen, Martin. Du hast vorhin gesagt, dass man keine Kommissionen hat, ist auch eine Verpflichtung für mehr Mitwirkungsverfahren, um rechtzeitig zu informieren, um die Leute einzubeziehen usw. Was dies anbelangt, Sälipark, Erschliessungen usw., ich meine, das letzte Konkrete, das ich gehört habe, ist sicher über ein Jahr her. Seither habt Ihr ja etliches gemacht. Ich bin überhaupt nicht zufrieden. Ich finde, ich bin schlecht informiert. Ist dies jetzt eine Holschuld von mir? Muss ich auf Euch zugehen und dies holen? Aber ich finde, genau das, was Ihr eigentlich machen möchtet, findet leider bei so etwas Zentralem wie jetzt Sälipark 2020 viel zu wenig statt.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Das stimmt. Wir haben wirklich ausführlich berichtet. Wir haben ausgiebige Veranstaltungen gemacht. Wir haben nebst der unmittelbaren Nachbarschaft auch die Bevölkerung orientiert. Nachher ist es in ein nächstes Verfahren gegangen. Jetzt gibt es Einsprachen. Was wir jetzt machen sind Einspracheverhandlungen all dieser Punkte. Da gibt es sehr viele Einsprachen von Verbänden, von Nachbarschaften. Das heisst, in der Zwischenzeit ist nichts mehr passiert. Das heisst, wir haben dies schlussendlich ja so aufgelegt, und jetzt sind Einsprachen gekommen. Nun erfolgen diese Einspracheverhandlungen. Irgendeinmal geht es natürlich auch in das sogenannte Rechtsmittelverfahren hinein, wo man nachher die Anliegen 1 : 1 aufnimmt und auch prüft. Michael, informiert haben wir eigentlich recht ausführlich. Aber tatsächlich haben wir seit dieser Veranstaltung – Du warst auch, nicht alle von Euch sind dabei gewesen – nicht mehr orientiert, weil wir schlussendlich dann, gestützt auf die Rückmeldungen, die wir damals hatten, auch den Plan, auch und die entsprechenden Möglichkeiten der Einsprachen aufgelegt haben. Jetzt sind wir im Einspracheverfahren, und das dauert schon relativ lange.

Michael Neuenschwander: Ich möchte dies überhaupt nicht in Abrede stellen. Aber es ist viel Zeit vergangen. Ich habe zum Beispiel auch eine Einsprache gemacht, habe aber bis jetzt daraufhin überhaupt nichts mit einem konkreten Vorschlag gehört. Das ist lange her. Es ist über ein Jahr her. Es ist in diesem laufenden Prozess jetzt niemand gekommen. Das wäre von mir aus gesehen eine Aufforderung, um dies vielleicht bald einmal nachzuholen. Wo steht Ihr dort wirklich?

Daniel Kissling, Olten jetzt!: Ich glaube, man kann darüber reden, warum jetzt nach Kommissionen gefordert wird. Ich glaube, das Problem liegt schon darin, dass wir unter anderem auch das Gefühl haben, es laufe in dieser Stadt viel auf Projektebene, wo man dann auch gar nicht mehr mitreden kann. Plötzlich ist es gemacht und da. Jetzt sieht es sogar schon wieder so aus, dass man sagt: Jetzt sind wir schon wieder etwas zu spät, um diese Kommission einzusetzen. Jetzt gibt es gerade wieder etwas Stress, diese Kommission einzusetzen. Ich glaube, das ist etwas das, was auch etwas einen Ärger verursacht, dass man immer sagt: Ja, das nächste Mal dürft Ihr dann wieder mitreden, dieses Mal hat es leider nicht mehr gereicht. Oder beim Geschäft, das auch noch kommt: Das nächste Mal dürft Ihr wieder mitreden, dieses Mal ist es leider etwas zu kompliziert. Ich glaube, das ist etwa der Ärger, der kommt. Ich kann dies komplett nachvollziehen. Wenn ich daran denke, wie lange das Thema Olten Ost und Bifang jetzt ein Thema waren, schon mit dem Projekt urban in den letzten Jahren, und man hat immer wieder Diskussionsrunden gemacht. Man hat immer wieder geredet und gefragt: Was wollt Ihr besser machen? Der Bifangplatz war immer ein Thema. Aber nach den fünf, sechs, sieben, acht Meetings nachher das Gefühl,

dass man jetzt etwas gemacht hat, dass man zwar angehört wurde, aber dass es auch weitergetragen wird, habe ich persönlich zum Beispiel nie gehabt. Deshalb frage ich mich schon, wie man dies ändern könnte. Dann kommt der Vorschlag mit den Kommissionen, wo man immer darüber reden kann, ob es Sinn macht oder nicht. Aber wie gesagt, warum nicht jetzt ausprobieren? Wenn wir dann merken, dass es keinen Sinn macht und der Stadtrat recht hatte, dass es nichts bringt, dann wissen wir es, und dann wissen wir, dass wir es das nächste Mal anders machen müssen.

Daniel Probst: Jetzt kommen wir ins Plaudern. Wenn uns nichts mehr zum konkreten Vorstoss einfällt, gehen wir ins Allgemeine und dann ins Generelle über. Ich finde dies falsch. Es geht jetzt hier zuerst einmal um diesen Vorstoss betreffend Bifangplatz. Das läuft. Da hat der Stadtrat informiert. Ich finde, hier hat man durchaus sehr offensiv informiert. Ich war auch an dieser Veranstaltung. Man konnte dort viel erfahren. Es war interessant. Man konnte mit diesen Leuten reden. Dann war auch klar, dass dies als nächstes nachher aufgelegt wird und es Einsprachen gibt. Dass man dann nichts hört, ist klar. Ich meine, die Allgemeinheit. Du hättest etwas hören sollen, vielleicht eine Eingangsbestätigung. Das finde ich jetzt auch. Aber das ändern wir ja nicht mit einer Kommission oder haben wir ja nicht die Meinung, dass die Kommission nachher all diese Einsprachen sieht und dann Bestätigungen schreibt. Damit lösen wir dieses Problem sicher nicht. Wir müssen jetzt konkret über die Kommission reden, wo es um den Bifangplatz geht, im Zusammenhang mit dem Sälipark. Da finde ich, dieser Prozess läuft. Da hat man von Anfang an gut informiert. Da hat es aufgelegt. Es gibt Einsprachen. Der Stadtpräsident hat gesagt, es gibt noch eine Mitwirkung, wenn es um die flankierenden Massnahmen geht. Hier sehe ich jetzt wirklich keinen Bedarf. Wenn wir in das Allgemeine gehen, wenn wir sagen, aber allgemein ist auch nicht so gut, man hört nicht viel, und es läuft viel in der Stadt, dann muss einen Vorstoss für eine Änderung der Gemeindeordnung machen, dass wir wieder eine Stadtentwicklungskommission haben. Dann ist dies der richtige Vorstoss und nicht, dass man zu jedem grösseren Bauprojekt sagen: Jetzt brauchen wir eine Spezialkommission. Es bleibt nicht bei elf. Ich sage es noch einmal. Es werden 20 bis 25, damit wir alle berücksichtigen können. Dann ist es vielleicht wirklich nicht gerade bei 10, 20 Kommissionen. Aber dann haben wir jegliche Kommissionen, und das bringt am Schluss wirklich nichts. Dann wäre dies der richtige Vorstoss, wenn wir vom Allgemeinen reden. Deshalb sage ich: Kommt wieder zum Konkreten. Es geht hier um den Bifangplatz. Ich finde, da ist es bis jetzt kommunikativ gut gelaufen. Jetzt laufen die Einsprachen. Logisch wird hier nicht informiert. Daran können auch die Kommissionen nichts ändern. Da wäre im Moment auch Ruhe, ausser dass Du die Bestätigung hättest erhalten müssen. Das finde ich auch. Wenn man Einsprache macht, Eingangsbestätigung, und dann vielleicht sagen: So und so lange dauert es. Wenn nach einem Jahr nichts passiert ist, vielleicht dauert es noch. Da wartet man manchmal einfach und weiss nicht, wie es läuft. Hier kann ich Deinen Unmut verstehen. Aber das solltest Du jetzt nicht ummünzen in ein Erheblicherklären. Das nützt in diesem Fall jetzt nichts.

Beschluss

Mit 19 : 16 Stimmen wird die Motion erheblich erklärt.

Mitteilung an
Direktion Präsidium/Markus Dietler
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. März 2018

Prot.-Nr. 63

Motion Christine von Arx (SP/JSP) und Mitunterzeichnende betr. Kommission Bahnhofplatz/Beantwortung

Am 28. September 2017 haben Christine von Arx (SP/JSP) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

«Gemäss Art. 52a Gemeindeordnung wird der Stadtrat beauftragt, eine nichtständige ausserparlamentarische Kommission für das Projekt Neugestaltung Bahnhofplatz einzusetzen.

Begründung:

Durch die Umgestaltung des Bahnhofplatzes wird das Gesicht der Stadt Olten für die nächsten Jahrzehnte geprägt. Es rechtfertigt sich deshalb, schon im Rahmen der Projektentwicklung die verschiedenen Interessen einfließen zu lassen. Bisher ist die Kommunikation des Stadtrats bei diesem Projekt dürftig gewesen, so dass interessierte Kreise ihre Interessen nicht vertreten konnten. Es rechtfertigt sich daher, eine begleitende Kommission für die Neugestaltung des Bahnhofplatzes einzusetzen, welche die Arbeit des Stadtrats in diesem Bereich eng begleitet, die verschiedenen Interessen der Nutzer des Bahnhofplatzes einbringt und auch für eine Kommunikation mit interessierten Kreisen besorgt ist.

Die Kommission soll aus 11 Personen bestehen, in welcher sowohl die Parteien wie auch Interessenvertreter (z.B. TCS, VCS Pro Velo, pro senectute, procap, Olten Tourismus, Wirtschaftsförderung, Gewerbe Olten etc.) vertreten sind. Wahlbehörde ist der Stadtrat und die Kommission ist der Direktion Präsidium zuzuordnen.»

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Grundsätzliches

Mit dem Volksentscheid vom 5. Juni 2016 wurden per 1. August 2017 mehrere ausserparlamentarische Kommissionen der Stadt Olten aufgehoben, unter anderem auch die Kommission für Stadtentwicklung. Mit dieser hatten der Stadtrat und insbesondere das Stadtpräsidium einen Austausch zu den städtischen Grossprojekten gepflegt; dies trifft auch auf den Bahnhofplatz zu. Das Verdikt des Souveräns mit einem Ja-Anteil über 60 Prozent der Stimmenden hat es nach Ansicht des Stadtrates nicht darauf angelegt, dass nun auf breiter Front nichtständige Kommissionen geschaffen werden, mit denen die aufgelösten ständigen Kommissionen gewissermassen «ersetzt» werden sollen. Auch gegenüber sich selber bildenden Gremien zu einzelnen Themen muss der Stadtrat zudem auf die beschränkten Ressourcen der Behörden und der Verwaltung hinweisen. Vielmehr gilt es mit den weiterhin bestehenden Organen weiterzuarbeiten, das heisst die Fraktionspräsidien und

das Gesamtparlament vermehrt auch in vorbereitende Prozesse einzubeziehen, die laufenden Arbeiten aber auch über diese Kreise hinaus umfassend zu kommunizieren. Dies wird zurzeit gerade am Beispiel des Mobilitätsplans praktiziert.

Zum konkreten Fall

Zum Grundsätzlichen hinzu kommt im konkreten Fall, dass das Projekt Bahnhofplatz Olten nicht «nur» ein städtisches Vorhaben darstellt. Vielmehr sind drei Partner beteiligt, neben der Stadt auch der Kanton und die SBB, die sich mittels einer im Herbst 2012 abgeschlossenen Vereinbarung zu einer Bauherrengemeinschaft zusammengeschlossen haben. In der Projektorganisation Neuer Bahnhofplatz Olten (NBO) sind die drei Bauherrschaften gleichwertig vertreten. Im dazugehörigen Steuerungsausschuss werden auch die Möglichkeiten der Kommunikation bestimmt. Festgehalten werden darf zudem, dass die Anliegen der verschiedenen Nutzerinnen und Nutzer an einen gut funktionierenden und attraktiven Neuen Bahnhofplatz den Fachleuten der Projektgemeinschaft bestens bekannt sind und dass die Fachverbände bereits im Rahmen von zwei Vernehmlassungen einbezogen wurden.

Die starken und komplexen Abhängigkeiten der verschiedenen Nutzungsansprüche schränken die Gestaltungsmöglichkeiten erheblich ein. Die Herausforderung liegt darin, die verschiedenen Funktionen zu einem stimmigen und finanzierbaren Ganzen zu verdichten. Diese Optimierungen sind zurzeit in Arbeit. Das resultierende Betriebs- und Gestaltungskonzept NBO wird im Spätherbst 2018 in die öffentliche Mitwirkung gehen. Parallel dazu wird die Projektierungsphase vorbereitet. Der Stadtrat sieht vor, dem Gemeindeparlament den Projektierungskredit im Frühling 2018 zu unterbreiten, gestützt auf die Ergebnisse der laufenden Optimierungsphase.

Für die Phasen Projektierung bis Ausführung werden die drei Projektpartner einen neuen Bauherrenvertrag abschliessen und die Projektorganisation phasengerecht erweitern. Im Entwurf ist vorgesehen, den Steuerungsausschuss durch ein politisches Begleitgremium zu verstärken. Auf der Fachebene soll zudem ein «Begleitgremium Stadtgestaltung» eingesetzt werden. Die Fachverbände werden weiter durch Vernehmlassungen und im ordentlichen Verfahren einbezogen (Mitwirkung, Genehmigungs- und Bewilligungsverfahren).

Der Stadtrat stellt das geforderte Vorgehen also nicht generell in Frage. Die Projektorganisation NBO ist aber zu respektieren. Und der Einbezug der weiteren Kreise muss phasenweise sehr gezielt erfolgen.

Aufgrund der grundsätzlichen wie auch der projektspezifischen Überlegungen und des geplanten Vorgehens empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die Motion nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Dr. Christine von Arx: Meine einleitenden Worte gelten ja hier immer noch. Jetzt ist es tatsächlich so, dass das Projekt Bahnhofplatz deutlich komplizierter ist als die Geschichte beim Bifangplatz oder ergänzten Bifangplatz. Es spielen hier der Kanton, die SBB, aber auch die Stadt mit. Viele Absprachen sind nötig, und es geht um sehr viel Geld und sehr viele organisatorische Fragen. Es hat auch sehr viele verschiedene Nutzerinnen und Nutzer und Verkehrsteilnehmer, die man nicht vergessen sollte. Es gibt die ÖV-Benutzer, es gibt Fussgänger, es gibt Autofahrer, es gibt Velofahrer, es gibt das Gewerbe. Alle müssen über diesen Bahnhofplatz. Dieser Bahnhofplatz wird das Gesicht dieser Stadt auch für die nächsten Jahrzehnte prägen. Es wird auch eine Volksabstimmung durchgeführt werden müssen. Das birgt ein erhebliches Risiko, dass das ganze Projekt bachab gehen könnte. Man kann das Risiko für dieses Projekt minimieren, indem man auch hier möglichst früh die verschiedenen Interessenvertreter anspricht und ihre Meinungen abholt. Der Zeitplan, den

ich in der Antwort gelesen habe, war irgendwie auch etwas konfus. Es ist hier von einem Projektierungskredit die Rede, der dann dem Parlament vorgelegt werden soll. Es ist von einem Betriebs- und Gestaltungskonzept die Rede, das in eine Vernehmlassung gehen soll. Aber wie schon vorhin gesagt, ist es erfahrungsgemäss eigentlich schon zu spät, um auf die grossen Projekte Einfluss nehmen zu können, vor allem in dem Fall, wo man drei grosse Player hat, die eigentlich auf ihre eigenen Interessen schauen. Auch hier soll diese Kommission den Stadtrat zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt unterstützen, um die Interessen aller Betroffenen an diesem Bahnhofplatz zu erkennen und diesen Interessen auch das nötige Gewicht zu geben. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für diese Kommission. Sie soll gerade zusammen mit dem Projektierungskredit oder schon vorher ihre Aufgabe wahrnehmen und die Anliegen der Betroffenen einbringen können, vor allem auch, bevor das Betriebs- und Gestaltungskonzept kommt. Dann will der Stadtrat – das hat er ja selber geschrieben – die Projektorganisation phasengerecht nach jeder Projektierung und Umsetzung erweitern. Ich gehe einmal davon aus, dass auch so etwas wie eine Kommission gemeint ist, halt eine stadträtliche Kommission, die dann irgendein Begleitgremium ist. Er spricht ja auch von einem Steuerungsausschuss durch ein politisches Begleitgremium. Darum geht es eben nicht, nur um ein politisches Begleitgremium. Es geht um einen Einbezug von Fachpersonen. Es ist nicht eine politische Kommission. Die Politik kann auch zu einem späteren Zeitpunkt miteinbezogen werden. Der Stadtrat sagt auch nicht, dass es absolut unmöglich ist, dass man jetzt zu diesem Bahnhofplatz eine Spezialkommission macht. Auch zu diesen verschiedenen Begleitgremien macht er keine Aussagen, wie sie dann zusammengesetzt werden sollen. Auch hier noch einmal zusammenfassend: Es geht beim Bahnhofplatz nicht nur um Geld, sondern um eine möglichst gute Lösung. Das soll garantiert werden, indem man möglichst früh die Betroffenen abholt und sie auch zu Wort kommen lässt. Auch hier wird es die Aufgabe dieser Kommission sein, sich über den Miteinbezug der Betroffenen Gedanken zu machen. Kommunikation ist nicht nur eine Einbahnstrasse. Es ist auch nichts Ungewöhnliches, dass es bei so riesigen Projekten eine Spezialkommission gibt. Man hat dies ja auch schon bei Andaare gesehen. Auch hier soll durch die Kommission die Verhandlungsmacht des Stadtrates gestärkt werden, indem er doch schon ein rechter Teil der Betroffenen hinter sich weiss. Noch einmal: Durch dieses Vorgehen soll auch das Risiko verringert werden, dass diese Vorlage dann vor dem Volk scheitert.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Sorry, wenn ich heute Abend immer rede. Danke vielmals, Christine, auch für Deinen Hinweis, dass das Projekt Bahnhofplatz tatsächlich eines der anspruchsvollsten ist und insbesondere in der ersten Phase, in der wir sind, wo man die drei Hauptplayer – eigentlich sind es vier – das ist unter anderem die Stadt, der Kanton, die SBB. Die SBB ist noch in zwei Interessengruppierungen aufgeteilt. Das sind die Immobilie und die Infrastruktur. In dieser ersten Phase, in der wir jetzt stehen, geht es darum, dass die Hauptplayer, die hier sind, überhaupt die gleiche Stossrichtung haben. Wir sind im Moment in einer Ebene des miteinander Diskutierens und des Verhandels, was tatsächlich auch sehr anspruchsvoll ist und wo man die entsprechenden Interessen einmal auf einer Ebene abhandeln muss, die recht hoch angesiedelt ist. Wegen der Kommunikation können wir festhalten, oder sonst können wir sie nachdokumentieren. Über den neuen Bahnhofplatz wird ungefähr seit fünf, sechs Jahren berichtet und zwar genau aus dieser Entwicklung heraus, dass man einerseits das Bahnhofareal Nord entwickelt hat und dort immer auch wieder den Bereich des Bahnhofplatzes eingeschaltet hat. Regelmässig berichten wir darüber, und ich glaube, regelmässig berichten wir auch darüber, wie anspruchsvoll dies auch ist, diese Interessen aufeinander abzustimmen. Unter anderem hatten wir auf höchster Ebene eine solche Sitzung in Solothurn, wo zwischen diesen Partnern, insbesondere SBB, Kanton und Stadt, die entsprechenden weiteren Schritte besprochen wurden. Von der ganzen Übungsanordnung ist dem Stadtrat sehr wohl bewusst, dass wir, wenn es uns nicht gelingt – da gebe ich Dir, Christine, hundertprozentig recht – die Bevölkerung hinter dieses Projekt zu bringen, diesen Bahnhofplatz nicht werden realisieren können. Das heisst, wir müssen schlussendlich nicht nur das Parlament, sondern das Volk davon überzeugen, dass das Projekt, das dort kommen wird, schlussendlich auch einen Mehrwert geben wird. Dadurch sind wir jetzt in einer Phase, wo wir das Betriebs- und Gestaltungsprojekt rein nur vom Ablauf – man muss sich vorstellen, wie dieser Bahnhofplatz dort aussieht, enger geht es

nicht mehr, Anspruchsgruppen vom Bus über Fussgänger, Velo, und Autos – dass man dies schon rein nur technisch aufeinander abstimmt, dort sind wir mit den entsprechenden Institutionen sehr eng in Kontakt. Jetzt kommt da ganz Wichtige. Wenn dies funktioniert, einfach rein funktional mit diesen Experten, dann könnte man wirklich glauben, dass an dieser Projektierung im Moment vom Kanton, von der SBB und der Stadt alle Spezialisten am Ort sind, um diese komplizierte Verkehrsordnung auch entsprechend koordinieren zu können. Wenn dies gelöst ist, geht es vor allem auch dann darum, die Mitwirkung zu lancieren. Mitwirkung heisst jetzt hier ganz konkret, dass nicht nur die Parteien, sondern alle, die von diesem Bahnhofplatz betroffen sein können, schlussendlich das Betriebs- und Gestaltungskonzept anschauen können. Das wird vorgestellt, und nachher geht es um die Mitwirkung. Wenn wir die Bevölkerung nicht vom Mehrwert dieses Bahnhofplatzes, haben wir ein Problem. Das heisst, unser grosses Anliegen ist, dass wir, wenn wir die rein technischen Anforderungen gelöst haben, in diesem Sinne auch auf Papier gebracht haben, dies schlussendlich dann auch breiter diskutieren können. Dort kommen die Anliegen ganz bestimmt auch von diesen verschiedenen Verbänden noch einmal hinein. Jetzt eine Kommission einzusetzen in einer Phase, wo es darum geht, relativ komplex mit diesen Players schlussendlich eine globale wollte ich fast sagen zentrale Lösung finden zu können, ist verfrüht. Was wichtig ist: Es muss informiert werden. Wo stehen wir? Was sind die nächsten Schritte? Hier haben wir drei Partner. SBB, Kanton und Stadt. Ich kann Euch sagen, dass die Information von diesen drei Partnern gesteuert wird. Es gibt Bereiche, wo gerade wir von der Stadt sagen: Jetzt möchten wir gerne auch orientieren, was die nächsten Schritte sind. Dann kommt ein anderer Partner, zum Beispiel die SBB oder der Kanton, der sagt: Jetzt können wir noch nicht orientieren. Das heisst, das muss auch abgestimmt sein. Meine Frage ist am Schluss einfach: Was ist auch hier der Mehrwert einer Kommission, die man jetzt einsetzt, in dieser Phase, wo es eigentlich darum geht, diese Hauptpunkte auch zu bereinigen. Wichtig ist die Mitwirkung, Einflussnahme der Stadt, damit auch die Interessen der Stadt dann schlussendlich dort entsprechend formuliert werden. Was kann diese Kommission? Wenn diese Kommission eingesetzt wird, kann es sein, dass man einfach orientiert, wo wir im Projekt stehen. Aber in diese komplizierte Übungsanlage schlussendlich noch eine städtische Kommission aufzunehmen, die nachher auf diese Prozesse und Entscheidungsfindungen Einfluss nehmen will, ist aus unserer Sicht im Moment einfach nicht stufengerecht. Ich sage nicht, dass die Stadt Olten hier nicht ihre Interessen einbringen soll, aber quasi noch mit einer Spezialkommission der Stadt, die dieses relativ komplizierte Konstrukt begleitet, noch Einfluss nehmen zu wollen, sehen wir nicht. Die Information, Christine, muss gewährleistet sein, und die Interessen der Bevölkerung müssen ebenfalls gewahrt werden. Für etwas ist der Stadtrat schlussendlich auch gewählt, damit man solche Interessen in dieser Stufe des Verfahrens auch einbringt. Deshalb erachten wir vom Stadtrat die Einsetzung dieser Kommission als nicht angezeigt, was nicht ausschliesst, dass man die Informationen entsprechend auch der Öffentlichkeit zukommen lassen muss. Wichtig ist, dass man mit der ganz breit angelegten Mitwirkung, die wir dann machen werden, die Anliegen der Bevölkerung miteinflussen lassen kann. Informationsbedarf ist unbestrittenermassen vorhanden. Was bringt die Einsetzung einer Kommission ausser, dass wir diese Informationen, die wir sowieso per Medienmitteilung der Bevölkerung weitergeben, schlussendlich einer Kommission weitergeben. Von daher ist der Stadtrat der Meinung, dass eine solche Kommission in diesem Fall nicht eingesetzt werden müsste.

Marlène Wälchli Schaffner, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Bei uns ist der Bahnhofplatz natürlich auch etwas, das ein wichtiges Projekt ist. Wir sind aber der Meinung, dass es so komplex ist. Das hat ja Martin Wey auch gerade erläutert und dass es im Moment einfach wie eine Parallelstruktur geben würde. Das finden wir nicht wirklich sinnvoll. Aber was uns ein Anliegen ist, wenn eben die Fachpersonen, und das ist ja jetzt gewährleistet, sie verhandeln miteinander, die verschiedenen Fachgremien, dass es nachher, und das ist ja eigentlich auch angedacht, eine Mitwirkung gibt, wo es nicht nur um Informationen von einer Person zur anderen, sondern wirklich auch ein Stück um Verständnis gehen würde. Es gibt ja bekanntlich drei Seiten. Es gibt meine Seite und Eure Seite. Dann würde es eigentlich darum gehen, dass es noch eine Seite gibt, die man vielleicht noch gar nicht kennt. Das würden wir sinnvoll finden. Das würde dies wirklich auch in der Bevölkerung abstützen, und die Leute

könnten sagen: Doch, wir erhalten zwar nicht alles. Nicht alles, was ich will, erhalte ich. Aber ich verstehe, weshalb ich etwas nicht erhalte und warum ich etwas erhalte, weil es eigentlich der Stadt und dem Projekt dient.

Daniel Probst, FdP-Fraktion: Wir haben in diesem Fall im Dezember beim Stadtplaner nachgefragt, wie es bei diesem Projekt gelaufen ist. Die Frage von: Wie kann man hier vielleicht noch Fachverbände, Fachwissen in das Thema Bahnhofplatz einfließen lassen. Dann ist uns mitgeteilt worden, dass diese Fachverbände schon mehrmals begrüsst wurden und zwar Ende September 2011. Damals wurde zum ersten Mal eine Fachvernehmlassung durchgeführt. Dann ist eine zweite Fachvernehmlassung durchgeführt worden. Das war Anfang 2017. Jetzt haben wir gerade gehört, dass geplant ist, dass man eine Mitwirkung startet. Im Dezember ist uns gesagt worden im Spätherbst 2018. Ich weiss nicht, ob dies immer noch Gültigkeit hat. Dort können sich die Fachverbände wieder äussern. Schon dreimal konnten sich Fachverbände oder Interessenverbände einbringen. Das heisst, sie hatten relativ starke Mittel für die Einflussnahme und werden sie auch weiterhin haben. Man hält sich dort auch an Normen, Gesetze, Behindertengleichstellungsgesetz usw. Da sehen wir jetzt definitiv nicht die Notwendigkeit, dass man, wie es Marlène gesagt hat, noch einmal mit quasi gleichen Verbänden eine Parallelorganisation aufbaut, die dann noch einmal gleich mitreden und beraten. Bitte, hier ist es jetzt wirklich am falschen Ort. Das ist ein grosses Projekt mit drei, vier Player. Ich glaube, es ist seriös aufgesetzt. Es sind bei der SBB auch Parteien am Werk, welche dies wahrscheinlich nicht zum ersten Mal machen und wissen, wie man vorgehen muss, damit man möglichst alle Verbände mehrmals begrüsst, dass man nachher auch die Bevölkerung in einer Mitwirkung miteinbezieht. Da braucht es jetzt wirklich nicht noch einmal eine solche Spezialkommission, mit den gleichen Leuten zusammengewürfelt, die dies noch einmal beraten und noch einmal anschauen. Hier würde ich es jetzt nicht verstehen, wenn man dies erheblich erklären würde.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Noch eine kleine Ergänzung, damit wir hier auch korrekt sind. Wir haben in der Antwort auf den Vorstoss gesagt, wie wir es vorgesehen haben, dass wir an und für sich zuerst den Projektierungskredit beantragen würden und dann die Mitwirkung, weil wir eben auch gerade den Stellenwert dieser Mitwirkung sehen, werden wir die Reihenfolge ändern und zuerst eine Mitwirkung machen, sobald das Gestaltungs- und Betriebskonzept vorliegt und erst wenn die Mitwirkung erfolgt ist, schlussendlich auch vor das Parlament treten, so dass auch dort die entsprechenden Meinungen vorgängig noch ausgetauscht werden können. Wir sehen tatsächlich die Mitwirkung jetzt gerade in diesem Projekt als sehr wichtig an, nachdem sich die Fachebenen, die betroffenen Institutionen dazu äussern konnten, dass auch die Bevölkerung und selbstverständlich die Parteien und die einzelnen Institutionen mit der Mitwirkung zum entsprechenden Projekt vorher Stellung nehmen können und erst nachher werden wir ins Parlament kommen und den Projektierungskredit abholen.

Tobias Oetiker, Olten jetzt!: Die grundsätzlichen Überlegungen, warum wir für eine Spezialkommission sind, habe ich schon beim Bifangplatz gesagt. Das wiederhole ich nicht. In Bezug auf den Bahnhofplatz denken wir, dass eine solche Kommission etwas, das eben gerade, weil die Materie komplex ist, hilfreich sein kann, hilfreicher als einfach eine Mitwirkung. Wie Martin Wey ja vorhin dargelegt hat, ist es megakompliziert und für normale Leute wahrscheinlich einfach nicht verständlich. Ich weiss nicht, wie Du es genau gemeint hast. Aber auf jeden Fall haben die Leute, die in der Spezialkommission sind, ja voll den Fokus darauf. Ich nehme an, sie sind freiwillig dort, haben nur diesen Zweck. Deswegen sind sie in dieser Kommission. Das heisst, es sind wahrscheinlich die Leute, die sich am meisten mit diesem Thema auseinandersetzen und von daher vermutlich sehr interessante Inputs liefern können und ich glaube, erst noch gratis oder für wenig Geld. Man muss nicht irgendwelche teure Firmen anstellen, die einem Tipps geben. Was wir uns auch noch gefragt haben, wer dann wohl in diesem Begleitgremium Stadtgestaltung wäre. Das ist in Eurer Antwort nicht weiter erklärt. Wir sind dafür, dass man eine solche Kommission macht, auch weil es das erste Mal wäre und wenn es dann gar nicht klappt und man merkt, dass es nichts bringt, kann man es ja das nächste Mal bleiben lassen.

Marlène Wälchli Schaffner: Ich möchte einfach noch erwähnen: Elf. In der Motion steht ja eine 11er-Kommission, also sind 11 Personen dabei. Das würde für mich einfach auch nicht reichen, und es ist nicht zielführend. Ich möchte es einfach noch einmal erläutern. Macht doch bitte hier bei diesem Projekt jetzt nicht einen Ballon. Man kann vielleicht bei anderen Sachen einen Ballon starten, aber bitte nicht hier.

Tobias Oetiker: Marlène, im Motionstext steht das mit den 11 Personen nicht. Das steht in der Begründung, wenn ich dies richtig begriffen habe. Sonst soll mich Christine korrigieren.

Simone Sager: Ich möchte auch noch einmal ein Votum geben. Jetzt nur nicht anfangen durchzudrehen. Wir reden hier von einem Projekt, das nicht nur für die Stadt Olten, sondern für den Kanton wie auch für die SBB wichtig ist. Da sind Fachleute bereits mitinvolviert. Das heisst, weder die SBB noch die Stadt noch der Kanton schicken den Erstlehjahr-Stiften an solch wichtige Sitzungen. Alle Player wissen, dass dieses Projekt realisiert werden können muss, also ist ja auch logisch, dass man alle Fachverbände miteinbezieht, damit es von dieser Seite keine oder weniger Einsprachen geben wird. Das Gleiche auch bei der Bevölkerung. Wenn man hört, dass es jetzt schon bei dreien relativ schwierig ist, auf einen gemeinsamen Konsens zu kommen, wie soll es dann funktionieren, wenn noch eine Kommission hineinkommt, wo der eine die Idee, der andere noch eine Idee hat, die vielleicht nicht einmal den fachlichen Hintergrund haben. Ich will dies jetzt nicht komplett verkehrt hinstellen. Ich will einfach sagen, dass die Bereiche, die man für ein Projekt abholen muss, mitinvolviert werden. Dafür müssen wir nicht 11 oder 20 zusammensitzen und noch weitere Ideen abholen. Genau bei diesem Punkt ist es für alle wichtig, und wenn Du, Christine, sagst, man müsse schauen, dass es beim Volk nicht scheitert, vertrauen wir ja eigentlich dem Stadtrat gar nicht, der notabene vom Volk gewählt ist. Dann stellen wir eigentlich in den Raum: Wenn hier nicht eine Spezialkommission einberufen wird, macht es der Stadtrat zunichte, und das ist ja von keiner Partei, und da redet nicht die Partei FdP, SP usw., sondern von den Involvierten das Ziel, weil es ein Problem ist, das behoben werden muss. Also schaut man ja von Anfang an, dass man es richtig aufgleisen kann, damit es auch realisiert werden kann, einerseits von den Parteien, wie auch, dass es beim Volk durchkommt. Einbezug von Fachpersonen: Noch einmal: Das sind die Fachleute. Die SBB baut nicht den ersten Bahnhof. Der Kanton ist nicht zum ersten Mal dabei, wenn es um eine Realisierung einer SBB-Strecke geht. Die Stadt vielleicht schon. Ja, aber man ist es ja ein Team. Bitte, wenigstens hier, die Vernunft und den Glauben an die Leute, die hier mit dabei sind, bitte.

Dr. Christoph Fink: Ich möchte noch einmal festhalten – ich war ja auch in der Spezialkommission Teilrevision der Gemeindeordnung – dass wir sehr viele Kommissionen abgeschafft haben. Das Ziel war eigentlich, dass der Stadtrat in Zukunft eben direkt an die Öffentlichkeit geht, an das Parlament oder überhaupt an die ganze Bevölkerung. Jede Kommission, die gebildet wird, ist auch etwas Kabinetts- oder Geheimpolitik, weil man dort nicht immer alles öffentlich machen kann. Es gibt dort Interessensvertreter, die vielleicht nicht eine solch demokratische Legitimation haben. Jetzt ist die neue Gemeindeordnung mit grosser Mehrheit angenommen worden. Nun sollten wir einmal das neue Konzept leben und nicht Angst haben, es funktioniere nicht und schon wieder umkehren. Wenn die ganze Bevölkerung immer mitreden kann, ist eigentlich die Chance sehr gross, dass dieses Projekt auch angenommen wird. Eine Kommission kann immer wieder eine gewisse Eigendynamik entwickeln und abdriften und etwas ausarbeiten, das nachher vom Volk nicht goutiert wird. Beim Bahnhof kommt einfach noch dazu, dass wir bei einer so komplexen Situation – die Stadt Olten ist nur einer von verschiedenen Player, vielleicht hat sogar noch das Bundesamt für Verkehr, das Martin Wey nicht erwähnt hat, noch eine gewisse Mitsprache – so wenig Einflussmöglichkeiten, dass die Kommission eigentlich nur etwas beobachten und zuhören kann. Aber viel kann sie nicht machen.

Eugen Kiener: Wir wollen dieser Kommission nicht sagen, wie lange die SBB-Perrons sein müssen oder wenn der Bahnhof verändert wird. Aber mir geht es darum, dass ich denke, wir können die Position der Stadt, die sie einnehmen will, in dieser Kommission beeinflussen. Das sieht man ja morgen in diesem Mobilitätskonzept. Dort hat die Stadt etwas

ausgearbeitet, und die Meinungen gehen weit auseinander. Das könnte man mit einer solchen Kommission verhindern.

Daniel Probst: Wenn man sagt, es ist eine Fachkommission, und nachher kommen – man konnte es hier lesen – TCS, Velo usw., müssen sie nicht zwingend die Interessen der Stadt wahrnehmen. Sie nehmen die Interessen ihrer Verbände wahr. Sonst müsste man wieder eine politische Kommission machen. Aber das ist ja genau nicht die Idee. Ich sehe den Sinn wirklich nicht. Übrigens finde ich es noch speziell, dass es wieder so aussieht, als ob SVP, FDP, CVP einen rot-grünen Stadtrat unterstützen und die anderen Parteien eigentlich nicht. Das ist noch eine spezielle Situation. Aber dies nur am Rande.

Heinz Eng: Vielleicht zur Kommission, was Du gesagt hast, Eugen. Ich bin da nicht ganz einverstanden. Ich war in vielen Kommissionen. Kommissionen sind in diesem Sinne Quellen der Information. In diesen Kommissionen kann man sich die Meinungen bilden, man kann sich einbringen usw. Dann gibt es irgendwie ein Konglomerat. Vor allem in den politischen Kommissionen, wie es Daniel gesagt, hat war nachher die Aufgabe dieser Kommissionsmitglieder, dies in den Fraktionen wiederzugeben und dort je nachdem auch das Terrain vorzubereiten, dass dann auch die Fraktion, wenn der Bericht und Antrag des Stadtrates kommt, entsprechend eine Mehrheit findet. Das war eigentlich der Grundgedanke dieses Ganzen. Das haben wir abgeschafft. Wenn man jetzt hier schaut, wie diese Kommission zusammengesetzt sein soll, sind es alles Partikularinteressen. Der TCS will mit 120 über den Bahnhofplatz fahren. Die Velofahrer wollen überall mit den Velos durchfahren. Olten Tourismus will irgendwie noch eine Jugendherberge dort hinstellen. Sie ist nachher von Anbeginn von der Diversifikation her schon zum Scheitern verurteilt. Schlussendlich muss es wieder in die Fraktionen usw. Deshalb und nicht, weil ich dagegen wäre, eine solche Resonanzgruppe oder wie man dem auch immer sagen will, zu machen. Aber diese geht am Ziel vorbei respektive weit über das Ziel hinaus.

Heidi Ehrsam: Ich möchte nur noch zu bedenken geben, dass die ausserparlamentarischen Kommissionen ja auch viele Ressourcen der Verwaltung binden. Wenn ich jetzt sehe, wo es dann dort hinführt – Eugen hat ja gerade das Mobilitätskonzept angedeutet – ob es dann auch noch eine solche Kommission sein muss? Wenn dann der Bau plötzlich auch noch etwa drei oder vier solche Kommissionen bewirtschaften muss, muss ich mich fragen, wer wem mehr bringt. Bringt eine Kommission noch etwas? Ist die Verwaltung nur engagiert, damit die Kommissionen tagen. Sie müssen diese Ressourcen bringen. Man kann nicht unabhängig von einer Verwaltung, von einem Ressort eine Kommission betreiben. In diesem speziellen Fall frage ich mich schon – Christine hat es gesagt, es ist noch viel komplizierter als der Bifangplatz – wie weit eine Kommission überhaupt noch eine Wirkung haben kann, wenn man die Bandbreite dieser Player und die Komplexität dieses Projektes sieht. Darum würde ich hier stark davon abraten, auch noch eine Kommission zu schaffen.

Beschluss

Mit 21 : 14 Stimmen wird die Motion nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an
Direktion Präsidium/Markus Dietler
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. März 2018

Prot.-Nr. 64

Postulat Andrea Leonhardt Mohr (SP/JSP) und Mitunterzeichnende betr. Lohnungleichheit und Geschlechterquoten beim Personal der Stadtverwaltung Olten/Beantwortung

Am 28. September 2017 haben Andrea Leonhardt Mohr (SP/JSP) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

«Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein in der eidgenössischen Verfassung formuliertes Grundrecht¹.

Der Stadtrat hat sich durch die Unterzeichnung der Lohnungleichheitscharta² verpflichtet, der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Stadt Olten besondere Beachtung zu schenken und eine nachhaltige Strategie zur Gleichheit der Geschlechter unter den städtischen Angestellten zu erarbeiten.

Die städtische Kommission zur Gleichstellung von Frau und Mann, die bisher beratende Instanz des Stadtrates hinsichtlich Gleichstellungsfragen war, wurde im Rahmen der Revision der Gemeindeordnung per Ende Legislatur 2013-2017 aufgelöst.

Daher stellen sich folgende Fragen:

1. Inwiefern gewährleistet der Stadtrat die Lohnungleichheit unter den Geschlechtern? Besteht eine Absicht, die aktuellen Anstellungsverträge hinsichtlich Lohnungleichheit zu überprüfen und falls nötig anzupassen?
2. Aufgrund welcher Zahlen/Kriterien wird der aktuelle Stand sowie die weitere Entwicklung der Saläre erhoben?
3. Welche Geschlechterverteilung besteht auf den verschiedenen Hierarchieebenen?
4. Wie gewährleistet der Stadtrat bei aktuellen bzw. zukünftigen Personalwechseln eine optimale Besetzung hinsichtlich der Geschlechterverteilung?
5. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass bei neuen Stellenbesetzungen die Lohnungleichheit eingehalten wird?
6. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass die geplanten bzw. getroffenen Massnahmen auch in Institutionen umgesetzt werden, an denen die Stadt beteiligt ist (z.B. aen, BOGG)?
7. Wer ist innerhalb der Stadtverwaltung zuständig für Gleichstellungsfragen?»

- - - -

¹ Bundesverfassung Artikel 8.3

² Presseartikel im Oltner Tagblatt: <https://www.oltnertagblatt.ch/solothurn/olten/die-stadt-olten-bekannt-sich-zur-lohnungleichheit-131082951>

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

1. Formelles

Die Form des Vorstosses entspricht einer Interpellation; insbesondere fehlt der Gegenstand, welcher postuliert würde. Die Beantwortung ist daher auf die gewählte Form ausgerichtet.

2. Zu den einzelnen Fragen

1. *Inwiefern gewährleistet der Stadtrat die Lohnungleichheit unter den Geschlechtern? Besteht eine Absicht, die aktuellen Anstellungsverträge hinsichtlich Lohnungleichheit zu überprüfen und falls nötig anzupassen?*

Seit 2009 wendet die Stadtverwaltung das Funktionsbewertungsverfahren Abakaba an, das im Auftrag des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann entwickelt wurde und in seiner Merkmalsauswahl die Forderung nach Geschlechterunabhängigkeit berücksichtigt. Die frühere Unterteilung nach Führungs- und Fachfunktionen wurde dabei durch die Bemessung auf Grund der vier Kriterien intellektuelle, psychosoziale, physische und Führungsanforderungen und Belastungen ersetzt. Es handelte sich im damaligen Zeitpunkt um das einzige deutschsprachige Arbeitsbewertungsverfahren, das die Rechtsnormen für Arbeitsbewertungsverfahren im EU-Raum erfüllte.

Mit dem Bewertungssystem wird jede Funktion nach bestimmten Kriterien bewertet und in eine Lohnklasse eingestuft. Diese Einstufung wird bei einer Stellenbesetzung geschlechterunabhängig angewendet. Und auch die Stundenansätze für die Beschäftigten im Stundenlohn basieren auf Abakaba-Einstufungen. Festzuhalten gilt es zudem, dass auch Familienjahre bei der Berechnung des Anfangslohns angerechnet werden. Es besteht somit kein Bedarf für eine Überprüfung bzw. Anpassung der Anstellungsverträge.

2. *Aufgrund welcher Zahlen/Kriterien wird der aktuelle Stand sowie die weitere Entwicklung der Saläre erhoben?*

Der Stand der Lohnungleichheit gemäss Antwort 1 verändert sich nicht.

3. *Welche Geschlechterverteilung besteht auf den verschiedenen Hierarchieebenen?*

Insgesamt liegt der Anteil weiblicher Mitarbeitender in der Stadtverwaltung Olten bei 45%. In den verschiedenen Hierarchiestufen sieht er in etwa wie folgt aus:

- Stadtrat:	40%
- Direktionsleitungen	0%
- Abteilungsleitungen	35%
- Bereichsleitungen und Abt.-Stv.	50%
- Stab- und Fachstellen	50%

4. *Wie gewährleistet der Stadtrat bei aktuellen bzw. zukünftigen Personalwechseln eine optimale Besetzung hinsichtlich der Geschlechterverteilung?*

Bei Stellenbesetzungen sind die wichtigsten Voraussetzungen die Erfüllung des Stellenprofils und der geforderten Qualifikationen und die Kompatibilität mit den Erwartungen des Arbeitgebers; weitere wichtige Aspekte sind, ob die Bewerbenden das jeweilige Team ergänzen, und Genderfragen. Hier ist der Stadtrat je nach Situation, das heisst Anteil der männlichen und weiblichen Mitarbeitenden, auch bereit, bei gleicher Eignung weiblichen Mitarbeitenden den Vorzug zu geben.

5. *Wie stellt der Stadtrat sicher, dass bei neuen Stellenbesetzungen die Lohnungleichheit eingehalten wird?*

Durch die Anwendung des erwähnten, «neutralen» Bewertungssystems ist die Einhaltung der Lohngleichheit gewährleistet.

6. *Wie stellt der Stadtrat sicher, dass die geplanten bzw. getroffenen Massnahmen auch in Institutionen umgesetzt werden, an denen die Stadt beteiligt ist (z.B. aen, BOGG)?*

Die Ausgliederung von Geschäftsfeldern wie im Falle der sbo oder der Stadttheater Olten AG erfolgt unter anderem mit dem Ziel einer Flexibilisierung, um rasch und marktgerecht auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren zu können; Einschränkungen dieser Flexibilisierung müssen daher wohl überlegt sein. Dennoch hat der Stadtrat als Vertreter der Eignerin Stadt Olten in die in Erarbeitung befindlichen Eignerstrategien die Formulierung aufgenommen, dass die Tochterfirmen eine sozialverträgliche, genderorientierte Personalpolitik zu betreiben haben. Entsprechende Parameter sind noch zu definieren. Im Falle der BOGG ist zudem festzuhalten, dass die Stadt Olten nicht Mehrheitsaktionärin ist, im Falle der a.en, dass diese eine Beteiligung der sbo und nicht direkt der Stadt Olten darstellt.

7. *Wer ist innerhalb der Stadtverwaltung zuständig für Gleichstellungsfragen?*

Die Zuständigkeit für die interne Anwendung liegt beim Personaldienst, bestehend aus einem männlichen und einer weiblichen Mitarbeitenden, und bei der Betriebskommission.

- - - -

Eugen Kiener: Nach dem vorherigen Votum von Felix wegen der Geschlechterneutralität bin ich gerade froh, dass ich heute als Mann meine Kollegin Andrea vertreten darf, die leider verhindert ist. Es ist tatsächlich eine Interpellation, die sie hier gemacht hat, und nicht eine Petition, wie es drin steht. Dafür entschuldigen wir uns. Stadtpräsident Martin Wey hat das Postulat mehr oder weniger ausführlich und zufriedenstellend beantwortet. Besten Dank. Doch, es gibt noch einige Bemerkungen zu machen. Erfreulich ist, dass die Stadt vor acht Jahren das Funktionsbewertungsverfahren ABAKABA eingeführt hat. Erstaunlich ist aber, dass man die Löhne nicht regelmässig überprüft. Der Bund schlägt ja vor, dass man dies alle fünf Jahre machen würde. Das Ziel wäre, dass man weiteren Handlungsbedarf aufdecken würde oder dass man auch nachschauen könnte, ob die Ziele erreicht wurden. Beides wäre begrüssenswert. In Bezug auf die Geschlechterverteilung in der Stadtverwaltung sprechen die Zahlen, die in der Beantwortung aufgezeigt werden, selber für sich. So etwas nennt man eigentlich eine hierarchische Diskriminierung. Ergänzend möchte die Interpellantin anmerken, dass sowohl die stadträtliche Frauenquote – heute ist es sogar 50 : 50 – und im Rat ist es eigentlich auch 50 : 50, sogar praktisch in allen Fraktionen, dass dies der Ausdruck der Wählerinnen und Wähler unserer Stadt ist, und das ist auch ein deutliches Statement der Einwohner. Es ist aber offensichtlich, dass auf der Ebene der Direktionsleitungen in der Stadtverwaltung punkto Gleichstellung noch Handlungsbedarf besteht. Darum ist dann auch bei der Beantwortung auf Frage 4 nicht feststellbar, dass der Stadtrat hier wirklich eine Veränderung will. Veränderungsstrategien im Bereich der Geschlechterverteilung und der Lohngleichheit sind kein Nice-to-have, sondern sind eben ein verfassungsmässiges Grundrecht, das man verfolgen muss. Zusammenfassend kann man sagen: Merci für die Beantwortung. Sie ist befriedigend ausgefallen. Nicht zufriedenstellend ist allerdings, dass keine Massnahmen zur Verbesserung der aktuellen Situation in die Wege geleitet werden.

Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor: Merci, Eugen, Du hast vorhin noch das Wort Petition ins Spiel gebracht. Du bist einverstanden, dass es nicht ein Postulat, sondern eine Interpellation ist. Das heisst, dass wir auch nicht darüber abstimmen.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Andrea hat mit diesem Vorstoss ein Thema angestossen, das eigentlich, seit sie es eingereicht hat, noch mehr ins öffentliche Bewusstsein gedrungen ist. Das ist gut so. Sie verlangt zwar nicht, dass wir heute vom Parlament beschliessen

müssen. Deshalb haben auch wir dieses Anliegen wie eine Interpellation behandelt. Bei der Antwort auf Frage 3, die eben aufgelistet ist, welche Ebenen der städtischen Verwaltung und Führung welchen Anteil haben, kommen wir auf andere Werte, wenn wir uns auf die städtische Webseite, Stand letzte Woche, abstützen. Stadträtin und –räte – jemand fehlt zwar – aber das haben wir einigermassen im Kopf. Die Sache mit den Direktionsleitungen ist auch unbestritten. Aber wenn man nachher in der Spalte Ämter, wie dies auf der Homepage ausgewiesen ist, schaut, wie viele Amtsleitungen und dort mit auf der gleichen Höhe ausgewiesenen Stabsstellen man findet, haben wir 23 Männer und 8 Frauen, wenn man keinen Mann mit Mehrfachfunktion auch mehrfach zählt. In Prozenten ausgedrückt sind dies dann 77 % Männer und 23 % Frauen. Wenn man nach hineinrechnen würde, wer teilzeitlich in einer solchen Funktion ist, und wer vollzeitlich und dann die aufsummierten Stellenprozente in die Relation setzen würde, wären es wahrscheinlich gerade etwa 80 % männlich zu 20 % weiblich in allen Leitungs- und Stabsaufgaben zusammen. Auf dem Weg zu einer einigermassen Ausgewogenheit der Geschlechter gibt es also noch Luft nach oben. Das andere Thema ist die Lohngerechtigkeit. Man konnte es in letzter Zeit ab und zu lesen. Die Chefs von Firmen, Regierungen auf den verschiedenen Staatsebenen, oder auch von Vorständen von Non-Profit-Organisationen sind überzeugt, dass es in ihrem Laden keine Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern gäbe. Aber wenn dann doch jemand die Offenheit aufbringt und durch eine auswärtige Stelle genauer hinsehen lässt, kommen immer Sachen ans Tageslicht, die solche Ungleichheiten eben doch bestätigen. Es passiert subtil und nicht böswillig, aber es passiert. ABAKABA ist hier kein Zaubermittel dagegen. Es passiert bei der Ersteinstuung von jemandem Neuem, bei der Bewertung, welche Erfahrung oder Weiterbildung wie stark lohnwirksam ist usw. Wir fänden es gut, wenn sich der Stadtrat hier etwas ehrgeiziger zeigen würde, nach dem Motto: Wir wollen es genauer wissen. Bei Frage 7 hätten wir es geschätzt, wenn die Personen im Personaldienst und in der Betriebskommission in der Antwort mit Namen vorgestellt worden wären.

Doris Känzig, SVP-Fraktion: Mir kommt das Ganze einfach etwas schräg herüber. Die Lohnungleichheit ist im Stadthaus ja mit dem Bewertungssystem, das geschlechterneutral ist, gewährleistet. Das haben wir gelesen. Bei den Direktionsleitungen hat es keine Frauen. Das ist aber repräsentativ für die Schweiz, wo es generell in den Chefetagen deutlich weniger Frauen als Männer hat. Das Stadthaus ist hier kein Einzelfall. Die Schweizer Frauen sind gleich gut ausgebildet wie die Männer. Das weiss man auch. Aber es ist halt immer noch so, dass die Frauen die Kinder gebären und sie vielfach auch zu Hause betreuen. Der Schweizer legt übrigens Wert darauf. Das hat man auch in einer Studie herausgefunden. Das ist ein Qualitätsmerkmal der Schweiz, und das ist so auch richtig. Aufgrund dieser Tatsache begreife ich nicht, warum man die Frauen und Männer in dieser Beziehung immer wieder gleichschalten will. Karrierewillige Frauen setzen sich nämlich durch und möchten lieber keine Quotenfrau sein. Die Besten kommen weiter und nicht, weil sie männlich oder weiblich sind. In der Schulunterstufe unterrichten mehrheitlich Frauen, weil sie scheinbar geeigneter sind dafür. An diesem Beispiel sieht man, wie es absurd wäre, wenn man die Männer zwingen würde, hier Schule zu geben und Quoten einzuführen. Es ist kein Postulat, und sonst kennt Ihr jetzt unsere Meinung.

Denise Spirig, Olten jetzt!: Wir danken auch für diese Interpellation und die ausführlichen Antworten des Stadtrates. Es spricht ja hier niemand von Quoten. Das möchte ich noch kurz anführen. Wir möchten aber schon auch gerne dem Stadtrat ans Herz legen, dass es viele Methoden gibt, um auch Frauen in Führungspositionen zu fördern, und wir reden hier ganz bewusst nicht von Quoten. Es gibt Job-Sharing-Modelle. Es gibt Homeoffice, attraktive Arbeitsbedingungen, die man schaffen kann. Wir wissen alle, dass eine gewisse Diversität, auch in Führungspositionen, jedem Unternehmen gut tut und es tut ganz bestimmt auch einer Stadtverwaltung gut. Das ist einfach etwas, das wir noch gerne mit auf den Weg geben möchten, wie man vielleicht später rekrutieren könnte, um dies auch in der Verwaltung zu fördern.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Felix, Du hast noch gefragt, wer der männliche Mitarbeitende und die weibliche Mitarbeitende ist. Das sind tatsächlich Patrik Stadler vom Personaldienst, auch Rechtskonsulent, und Claudia Losa, die dort in Zusammenarbeit die

entsprechenden Sachen anschauen. Bei Gleichstellungsfragen ist selbstverständlich der Stadtrat auch im Lead. Man kann sagen, dass wir im Stadtrat auch die Frage der Gleichstellung sehr ernst nehmen. Das bezeugt auch, dass wir der schweizerischen Charta beigetreten sind, welche die Lohngleichheit zum Thema hat und nächstens wieder eine Veranstaltung stattfindet und wir dort mit einem Stadtratsmitglied anwesend sind. Bei der Betriebskommission ist es tatsächlich so, dass wir dort zwei bis drei Frauen drin haben – ich kann es jetzt nicht exakt sagen – und wir haben ja einen regen Austausch mit den Personalverbänden, die mehrheitlich auch von Frauen präsiert werden. Dort haben wir auch einen regelmässigen Austausch. Wir können noch besser werden. Wir arbeiten daran.

Luisa Jakob: Ich möchte nur noch kurz ergänzen, dass ich es schön finde, wenn man zu diesem Thema Veranstaltungen macht, mache mir aber doch recht Sorgen, wenn ich so über die Haltung des Stadtrates nachdenke, wenn man bedenkt, wie zum Beispiel das Gremium der sbo zusammengesetzt ist, der Verwaltungsrat, dann sieht man ja, wie wahnsinnig ernst es hier mit der Gleichstellung ist.

Luc Nünlist: Ich wollte mich einfach unbedingt noch zu diesem Thema äussern und zwar wollte ich sagen, dass ich die Antwort des Stadtrates nüchtern und technisch finde, was eigentlich gut ist. Was mir etwas fehlt, ist ein klares Bekenntnis einer öffentlich-rechtlichen Institution, das eigentlich für alle ehrlichen Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen längstens überfällig ist. Seit 1981 sind wir zu 100 % gleichberechtigt. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist eigentlich kein Diskussionsthema mehr, sondern eine Selbstverständlichkeit. Ich selber habe mich vor ein paar Jahren in der Spezialkommission Totalrevision dafür ausgesprochen, dass man alle betreffenden Passagen, die explizit eine Gleichberechtigung fordern, in der Gemeindeordnung herausstreicht, und seit diesem Tag bin ich etwas eines Besseren belehrt worden. Ich habe dazu gelernt, wie wir dies alle machen. Hier im Parlament durfte ich etliche Male Zeuge werden, dass man eigentlich in diesen Positionen, wo wir wirkliche erhebliche Finanz- oder Entscheidungskompetenzen haben, oft vergeblich Frauen sucht oder sehr wenig. Ich bin trotzdem persönlich eigentlich aus Prinzip ein Gegner von Geschlechterquoten. Aber ich sehe mich als Vertreter einer Generation, welche die bedingungslose Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern eigentlich nicht mehr in Frage stellt. Ich hoffe sehr, dass sich eine folgende irgendeinmal vielleicht nicht mehr mit diesem anstrengenden Thema auseinandersetzen muss, weil dieser Weg beschritten ist. Da muss aber noch Etliches passieren, und das klare Bekenntnis, dass man diesen Weg am Ablaufen ist, ist man in Olten heute eigentlich noch etwas schuldig geblieben.

Mitteilung an
Direktion Präsidium/Markus Dietler
Finanzverwaltung/Urs Tanner
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. März 2018

Prot.-Nr. 65

Interpellation Corina Bolliger (SP/JSP) und Mitunterzeichnende betr. Sozialhilferisiko für junge, alleinerziehende Mütter/Beantwortung

Am 22.11.2017 reichten die SP und die Junge SP folgende Interpellation ein:

Der neuste Bericht «Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe in Schweizer Städten, Berichtsjahr 2016» der Städteinitiative Sozialpolitik kommt zum Schluss, dass in allen untersuchten Schweizer Städten über 80% der alleinerziehenden Mütter unter 25 Jahren auf Sozialhilfe angewiesen sind. Als besonders risikobelastet werden Städte mit Zentrumsfunktionen identifiziert. Als löbliche Beispiele für Lösungsansätze wird von der Städteinitiative die Stadt Lausanne genannt. Herausgestrichen werden Massnahmen wie die Familienergänzungsleistungen, die Überbrückungsrente (rente-pont) und gezielte Massnahmen für junge Erwachsene.

In einer Studie des Berner Büros «Bass» von 2013, welche dem Gemeindeparlament im November 2013 vorgelegt wurde, hielten die Studienautor*innen fest, dass in der Sozialregion Olten «Junge Erwachsene [...] eine deutlich höhere Sozialhilfequote als in den anderen Sozialregionen des Kantons [...] haben».

Der Stadtrat wird in diesem Zusammenhang ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie gross ist der Anteil von alleinerziehenden Müttern unter 25 Jahren an der Sozialhilfequote in der Sozialregion Olten?
2. Sieht der Stadtrat Handlungsbedarf in der betreffenden soziodemografischen Gruppe?
3. Wenn ja: Gedenkt der Stadtrat sich an den Massnahmen der Stadt Lausanne zu orientieren?
4. Wenn nein: Welche Massnahme gedenkt der Stadtrat alternativ zu treffen?

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadträtin Marion Rauber** die Interpellation wie folgt:

Im Namen des Stadtrates bedanke ich mich für die interessante Fragestellung.

Alleinerziehende Elternteile und damit auch ihre Kinder haben ein erhöhtes Risiko, Leistungen der Sozialhilfe beanspruchen zu müssen. Neben der Existenzsicherung für den alleinerziehenden Elternteil und die Kinder ist der Erhalt der Arbeitsmarktfähigkeit ein wichtiges Ziel. Das Thema wurde deshalb bereits auf kantonaler Ebene aufgegriffen. Im Kanton Solothurn wurden die Familien-Ergänzungsleistungen eingeführt. Alleinerziehende Elternteile haben Anspruch auf solche Leistungen, wenn sie die Erwerbsarbeit nicht ganz aufgeben, sondern ein Teil-Einkommen erzielen. Mit den Familien-Ergänzungsleistungen

wird das Teil-Einkommen so ergänzt, dass Gesundheitskosten, Wohnkosten, Lebensunterhalt und Kinderbetreuungskosten während der Arbeitstätigkeit gedeckt sind. Die Leistungen sind bei der kantonalen Ausgleichskasse AKSO zu beantragen und werden auch von dieser ausgerichtet. Das entsprechende Merkblatt liegt dieser Beantwortung bei.

Für alleinerziehende Elternteile, die keinen Anspruch auf Familien-Ergänzungsleistungen haben und ihren Anspruch auf Leistungen der Sozialhilfe geltend machen, gelten folgende Bestimmungen (internes Sozialhilfe-Handbuch):

«Alleinerziehende Elternteile sollen so rasch wie möglich wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Hierbei gilt es, einen gewissen Ermessensspielraum im Einzelfall bezüglich der Zumutbarkeit zu beachten. Je nach Einzelfall (Anzahl Kinder, soziales Netzwerk, Möglichkeiten der Kinderbetreuung, Möglichkeiten hinsichtlich Arbeitsintegration) kann die Integration etwas früher oder später erfolgen. Grundsätzlich sollte aber eine Integration angestrebt werden, wenn das Kind 1 Jahr alt ist. Die frühere 3-Jahresregel gilt als veraltet».

Es besteht in der Sozialhilfe somit ein grosszügig anzuwendender Ermessensspielraum, welchen Sozialarbeitende im Einzelfall und sinnvoll begründet selber ausschöpfen. Früher wurden alleinerziehende Elternteile ganz von Arbeitsbemühungen befreit, solange ein Kind unter drei Jahren im Haushalt lebte. Dem steht jedoch das Ziel der Erhaltung der Arbeitsmarktfähigkeit entgegen.

Alleinerziehende Elternteile und deren Kinder sind somit in beiden oben erwähnten Hilfssystemen, Familien-Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe wirtschaftlich abgesichert. Sie erhalten im System Sozialhilfe zusätzlich Beratung und Betreuung.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Wie gross ist der Anteil von alleinerziehenden Müttern unter 25 Jahren an der Sozialhilfequote in der Sozialregion Olten?

Von 924 Unterstützungseinheiten (Stand 31.12.2016) handelt es sich bei 18 (ca. 2 %) um alleinerziehende Elternteile (mit zivilrechtlichem Wohnsitz in der Sozialregion Olten und Alter unter 25) und deren Kinder. Allerdings ist der Anteil alleinerziehender Elternteile jeden Alters deutlich höher (ca. 18%). Dies entspricht dem kantonalen Mittel.

2. Sieht der Stadtrat Handlungsbedarf in der betreffenden soziodemografischen Gruppe?

Mit den Familien-Ergänzungsleistungen und der Sozialhilfe stehen aus Sicht des Stadtrats geeignete Hilfssysteme zur Verfügung.

3. Wenn ja: Gedenkt der Stadtrat sich an den Massnahmen der Stadt Lausanne zu orientieren?

Die Massnahmen der Stadt Lausanne sind vorbildlich. U.a. werden dort auch die im Kanton VD auf kantonaler Ebene verankerten Familienergänzungsleistungen ausgerichtet. Es werden Zuschüsse für Mietkosten ausgerichtet. Mit vielen gemeinnützigen und weiteren Anbietern bestehen Vereinbarungen für die Nutzung spezifischer Programme.

Im Kanton Solothurn werden ebenfalls Familienergänzungsleistungen ausgerichtet. Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe haben Zugang zu einer grossen Anzahl geeigneter Programme mit u.a. Coaching-Angeboten und Bewerbungshilfen. Diese Programme sind von einer kantonalen Stelle zertifiziert und können über den Lastenausgleich abgerechnet werden. Nicht zertifizierte Programme müssten vom zuweisenden Gemeinwesen selber bezahlt werden. Es ist deshalb sinnvoll, Klientinnen und Klienten zertifizierten Programmen zuzuweisen.

Lausanne richtet Zuschüsse für Mietkosten aus. Dieses Angebot besteht für Personen im Einzugsgebiet der Sozialregion Olten nicht. Allerdings gibt es in der Sozialregion Olten noch günstigen Wohnraum. In Lausanne ist der Wohnungsmarkt für finanzschwache Einwohnerinnen und Einwohner wesentlich härter, weshalb die Stadt auch Zuschüsse eingeführt hat.

Der Stadtrat erachtet die im Kanton Solothurn bestehenden Hilfssysteme aus heutiger Sicht als geeignet und genügend.

4. Wenn nein: Welche Massnahme gedenkt der Stadtrat alternativ zu treffen?

Der Stadtrat erachtet die im Kanton Solothurn bestehenden Hilfssysteme als geeignet und genügend. Dem Stadtrat ist es aber wichtig, dass alleinerziehende Elternteile und deren Kinder gut beraten und grosszügig betreut werden.

- - - -

Corina Bolliger: Zuerst möchte ich dem Stadtrat und besonders der zuständigen Stadträtin Marion Rauber für die detaillierte Beantwortung meiner Interpellation danken. Der Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe in Schweizer Städten, Berichtsjahr 2016, der dieser Interpellation zugrunde gelegen hat, ist zum besorgniserregenden Fazit gekommen, dass über 80 % der alleinerziehenden Mütter unter 25 Jahren auf Sozialhilfe angewiesen sind. Der Stadtrat hat in seiner Antwort zu Recht darauf hingewiesen, dass im Kanton Solothurn die Möglichkeit der Familien-EL zur Verfügung steht. Das stimmt. Aber wie weit herum bekannt ist, ist dieses Angebot bei weitem nicht niederschwellig genug. 2016 musste der Bund bereits intervenieren, weil sich beim Kanton eine lange Pendenzenliste angesammelt hat. In einer gross angelegten Evaluation der Familien-EL im Kanton Solothurn der FHNW ist 2014 festgestellt worden, dass über 40 % der Gesuche abgelehnt wurden. Die Studienautorinnen haben dort unter anderem eine Schwierigkeit für die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller gesehen, weil sie eine hohe bürokratische Hürde überwinden müssen. Damit diese Leute gut beraten werden können, braucht es natürlich genügend Ressourcen, was Olten laut einer anderen Studie aus Spargründen nicht mehr gewährleisten kann. Die Studie sagt weiter, dass Olten wegen Sparvorgaben Leistungen für Präventionsbereiche streichen musste. Dadurch können bedürftige Familien nicht mehr proaktiv identifiziert werden. Zwar sind diese Bereiche von der gesetzlichen Grundlage, die Sozialhilfe, die personellen und finanziellen Ressourcen vorhanden, aber alles, was darüber hinausgeht, nicht mehr. Von allen Kantonen, wo man die Familien-EL in ähnlicher Weise kennt, so also im Kanton Solothurn, ist der Kanton Tessin der einzige, wo es gelingt, durch die Familien-EL die bedürftigen Familien vor Sozialhilfe zu bewahren. Das zeigt also, dass unser Modell zwar ein sehr guter Ansatz ist, aber noch nicht den gewünschten Effekt bringt, nämlich die Familien aus der Sozialhilfe heraus zu behalten. Dass die Familien-EL Sache des Kantons ist, okay, aber Städte wie Lausanne haben auf städtischer Ebene Massnahmen getroffen, die der oben genannten Problematik entgegenwirken soll. Wie der Stadtrat wohl zu Recht feststellt, ist der Wohnungsmarkt in Olten noch günstig genug, dass auf eine solche Überbrückungsrente verzichtet werden kann. Ich appelliere aber an die Kreativität des Stadtrates und des Gemeindeparlamentes. Auch wenn diese Massnahmen von Lausanne nicht 1 : 1 auf Olten angewendet werden können, müssen wir diese Befunde des Kennzahlenvergleichs und auch diejenigen der oben genannten Studie im Hinterkopf behalten. Junge alleinerziehende Mütter unter 25 Jahren gehören zu den marginalisiertesten Gruppen überhaupt. Auch wenn diese Gruppe in Olten nur gerade 2 % aller Sozialhilfebezüglerinnen ausmacht, ist laut diesem Kennzahlenvergleich anzunehmen, dass mehr als 8 von 10 alleinerziehenden Mütter unter 25 Jahren auf Sozialhilfe angewiesen sind. Es zeigt sich also, dass wir in der Gestaltung von städtischen Massnahmen immer im Hinterkopf behalten müssen, dass gewisse Gruppen von Menschen immer durch die überkomplizierten Auffangnetze fallen und es unsere Aufgabe ist, diese Diskriminierung mit niederschwelligen Hilfestellungen auf städtischer Ebene zu ändern. Nochmals herzlichen Dank für die Beantwortung dieser Interpellation.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Uns hat gefallen, dass Corina die Studie des Büro BASS aus dem Jahr 2013 hervorgeholt hat. Immerhin war sie ja selber damals noch nicht bei denjenigen, die dies in Auftrag gegeben haben. Aber es war eine Studie, die man damals auf Wunsch des Parlamentes erstellt hat. Diese Studie hat eine ganze Reihe von Erklärungen gebracht, welche Gruppen der Bevölkerung wie stark auf Sozialhilfe angewiesen ist und warum gewisse Bevölkerungsgruppen mit diesem Bedarf in der Sozialregion Olten zahlreicher sind als zum Beispiel im Bucheggberg oder in Thierstein. Das Büro BASS hat damals auch Handlungsempfehlungen in fünf verschiedenen Feldern formuliert. Aber diese sind leider damals vom Stadtrat nicht weiterverfolgt worden. Immerhin: Es ist nicht zu spät. Eines dieser Felder war die Situation alleinerziehender Elternteile und ihren Kindern. Zwar nicht nur, so wie jetzt in der Interpellation angezogen, wenn die Mütter unter 25 sind, sondern auch dann, wenn in dieser Familienkonstellation der alleinerziehende Elternteil schon älter ist. Meistens sind es Frauen. Kantonsweit – die neuen Zahlen konnten wir gerade vor wenigen Tagen wieder sehen – ist klar, dass die Kinder nach wie vor die grösste Bevölkerungsgruppe überhaupt, die Sozialhilfe braucht, und unter all denjenigen, die in einer alleinerziehenden Situation sind, also losgelöst vom Alter dieser alleinerziehenden Person, sind es rund 20 %, die eben Sozialhilfe brauchen, im Vergleich zu gut 3 % in der ganzen Bevölkerung. Wenn man allein die jungen Mütter anschaut, sind ja die Kinder auch hier meistens noch jung, und für die Familiensituation haben wir – wir haben es gehört – im Kanton Solothurn immer noch als einer der wenigen Kantone in der Deutschschweiz – aber zum Glück die Einrichtung der EL für junge Familien. Ich war in der kantonalen GPK, als man die Studie, die Du angesprochen hast, hatte und kann bestätigen, dass in diesen vier Jahren seither im Kanton doch einiges passiert ist. Die bürokratischen Hürden sind deutlich kleiner. Die Erreichbarkeit der Familien, die von der EL profitieren können, ist deutlich besser geworden. Aber, und dieses Aber ist wichtig, es gibt diese Familien-EL eben nur bis das Kind sechsjährig wird. Nachher ist das Problem häufig nicht kleiner, manchmal sogar noch grösser. Der Zusammenhang ist ja offensichtlich, und er zeigt eben auch, wo wir, nicht Olten allein, sondern der Verbund der fünf Gemeinden, welche die Sozialregion bilden, noch mehr tun müssten. Die Alleinerziehenden können nicht in diesem Ausmass arbeiten gehen, wie sie möchten und wie sie dafür ausgebildet wären, weil sie sich die Kinderbetreuung nicht leisten können. Sie müssen also unfreiwillig auf Verdienst verzichten, und auch die Alimente mögen diese Lücke nicht schliessen. Darum reicht das Geld einfach nicht, und es braucht dann zusätzlich eben noch Sozialhilfe. Auf kantonomer Ebene wäre die richtige Konsequenz: Bedarfsgerechte EL auch dann noch, wenn die Kinder schon über sechs sind. Auf Gemeindeebene, solange das Andere noch nicht erreicht ist, Kostenermässigung bis Kostenerlass bei der Kinderbetreuung und aktives Fördern von Nachholbildung, damit diese Mütter einen Beruf ergreifen können, der etwas Lohn einträgt und genug lang arbeiten gehen können, damit dieser Verdienst dann auch reicht.

Doris Känzig, SVP-Fraktion: Da wird etwas Wichtiges vergessen, was wir hier bewilligt haben. Weder die Interpellantin noch der Stadtrat sagt etwas davon. Wir haben doch die Krippengutscheine eingeführt, die alleinerziehende Mütter zu einem Symbolpreis erhalten. Als wir diese Krippengutscheine eingeführt haben, also vor dem Pilotprojekt vor zwei Jahren, war ein Hauptargument des Stadtrates nämlich die Vermeidung von Sozialfällen bei Alleinerziehenden. Das heisst, sie können vermehrt arbeiten gehen, weil sie günstig oder fast gratis Krippenplätze zur Verfügung haben. Da gehörte eigentlich in die Antwort zu Frage 4, was dies jetzt in diesen zwei Jahren gebracht hat und wie viele alleinerziehende Mütter jetzt dank dieser Krippengutscheine arbeiten gehen können. Ich vermisse dies jetzt eigentlich in dieser Diskussion.

Mitteilung an
Stadtschreiber, Markus Dietler
Direktion Soziales/Hans Peter Müller
Rechtskonsulent
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. März 2018

Prot.-Nr. 66

Interpellation Matthias Borner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Taxiwesen Stadt Olten/Beantwortung

Am 27. November 2017 hat Matthias Borner, SVP Olten, zuhanden des Stadtrats folgende Interpellation eingereicht:

Taxiwesen Stadt Olten

1. Hintergrund

Es gibt offenbar Anlass zu Spannungen im Oltner Taximarkt. In den Medien war die Rede vom «Taxichrieg am Oltner Bahnhof». Jetzt stellt sich die Frage, wie der Stadtrat den neuesten Entwicklungen zu begegnen gedenkt.

Die letzte Revision der Taxiordnung der Stadt Olten stammt aus dem Jahre 1997. Bis auf die Höhe der Konzessionsgebühr hat sich seitdem nicht viel getan. Marktteilnehmer sind verunsichert und möchten gerne Klarheit über die künftige Handhabe.

Weiter ändert die Digitalisierung unsere Art der Nutzung von Mobilität stark. Daher stelle ich in Frage, ob das Erlassen von Taxikonzessionen noch zeitgemäss ist. Gegen den Fortschritt mit Verboten und Erlassen zu reagieren ist nicht erfolgversprechend. Technologischer Fortschritt lässt sich kaum aufhalten. Daher fände ich es sinnvoller, einen Schritt hin zu «gleichlangen Spiessen» für alle Marktteilnehmer mit tieferen Konzessionsgebühren. Es besteht die Gefahr, dass wir die offiziell registrierten Taxis durch die Konzessionshöhe benachteiligen und sie so aus dem Markt drängen. Dann zahlen sie schlussendlich gar keine Konzessionen und auch keine Steuern mehr fürs Taxi fahren. Prominente Orte wie beispielsweise bei Bahnhöfen werden immer begehrt bleiben. Daher kann man lokale Anbieter, welche auch bei uns Steuern bezahlen mit bevorzugten Stehplätzen bedienen. Daher kann eine tiefere Gebühr gerechtfertigt werden.

2. Fragen an den Stadtrat

1. Wann wird die angekündigte Revision der „Taxiverordnung der Stadt Olten“ dem Parlament vorgelegt?
2. Wo sieht der Stadtrat dringenden Handlungsbedarf?
3. Wie begegnet man den neuen Marktteilnehmern wie UBER etc.?
4. Wie begegnet der Stadtrat den Taxis ohne Bewilligung?
5. Ist die Gebührenhöhe noch angemessen?
6. Ist es mit der neusten technologischen Entwicklung überhaupt noch sinnvoll Konzessionen zu vergeben?
7. Was bietet die Stadt Olten den Taxis mit Konzession als Gegenleistung?
8. Gibt es Bestrebungen die neue Technik zu nutzen um die Anbieter sowie KundInnen von Taxis zu unterstützen?
9. Ändert sich etwas am Angebot nach Fertigstellung des Projekts „Bahnhofplatz“?

- - - -

Zu den Fragen des Interpellanten

1. Wann wird die angekündigte Revision der „Taxiverordnung der Stadt Olten“ dem Parlament vorgelegt?

Die Revision des Taxireglements ist derzeit in Bearbeitung. Es soll im März 2018 anlässlich einer Taxikonferenz allen Taxihaltern vorgestellt und anschliessend dem Gemeindeparlament zum Beschluss vorgelegt werden. Der Termin für das Inkrafttreten ist voraussichtlich der 1. Januar 2019.

2. Wo sieht der Stadtrat dringenden Handlungsbedarf?

Es sind gegenüber der heutigen Verordnung Auflagen vorgesehen, welche für konzessionierte Taxis und auch Taxikunden Verbesserungen bringen. Die Konzessionen werden reguliert und neu ausgeschrieben. Interessenten haben sich zu bewerben, Taxichauffeuren und Taxichauffeuren müssen sich einer theoretischen und praktischen Prüfung unterziehen. So soll ein bedarfsgerechtes, qualitativ hochstehendes Taxiangebot gewährleistet werden.

3. Wie begegnet man den neuen Marktteilnehmern wie UBER etc.?

Der Dienst „UberPop“ mit Hobby-Fahrern wurde in Deutschland gerichtlich verboten. Uber hat daher dieses Angebot in Deutschland eingestellt. In Zürich wurde dieser Dienst im August 2017 ebenfalls gestoppt. Zuvor hat schon der Kanton Genf das Angebot verbieten lassen. Weiterhin verfügbar ist «UberPop» in Basel und Lausanne. Die auf der Hand liegenden Gründe für das Ende von Pop sind das Geschäftsmodell und Konflikte mit dem Gesetz: Die Fahrer des Dienstes hätten höchstens zwei Mal pro Woche Passagiere einladen dürfen, ohne dabei einen Gewinn zu erzielen. Daran hielten sich viele Fahrer nicht und wurden entsprechend oft gebüsst. Klar ist: Zur Ausübung des Taxigewerbes auf dem Stadtgebiet von Olten braucht es eine Konzession. Allerdings darf auch der Marktzugang ortsfremder Taxidienste nicht verwehrt sein (Binnenmarktgesetz, BGBM vom 6. Oktober 1995). Die Beurteilung, ob und wie Uber-Fahrer (und allenfalls andere Marktteilnehmer) die geltenden Gesetze in Olten missachten würden, obliegt der Strafverfolgungsbehörde.

4. Wie begegnet der Stadtrat den Taxis ohne Bewilligung?

In der aktuellen Taxiverordnung (Art. 3) steht, dass es für den gewerbsmässigen Transport von Personen mit Motorfahrzeugen vom Gebiet der Stadt Olten aus einer Konzession bedarf, die der Stadtrat erteilt. Taxis ohne Konzession werden durch die Kontrollorgane sanktioniert.

5. Ist die Gebührenhöhe noch angemessen?

Ja, der Stadtrat erachtet die Gebühr für eine A-Konzession (Taxi-Standplatz Bahnhof) von CHF 1'200.00 und für eine B-Konzession (Fahrten von privaten Plätzen) von CHF 600.00 als angemessen. Erst im November 2013 wurde eine entsprechende Gebührenerhöhung durch den Stadtrat beschlossen. Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslagen und Bewertungsmodelle konnte der damalig erhobene Durchschnittstarif des Städtevergleichs (CHF 625.00) nicht als Referenzwert dienen. Im Rahmen der Totalrevision des neuen Taxireglements werden die Gebühren überprüft und ggf. neu festgesetzt.

6. Ist es mit der neusten technologischen Entwicklung überhaupt noch sinnvoll Konzessionen zu vergeben?

Gemäss Art. 3 der aktuellen Taxiverordnung bedarf es für den gewerbsmässigen Transport von Personen mit Motorfahrzeugen vom Gebiet der Stadt Olten aus einer entsprechenden Konzession. So ist gewährleistet, dass das Oltner Taxiwesen ein Mindestmass an Transparenz und Ordnung aufweist. Ein Verzicht auf diese Konzessionen würde bedeuten, dass die Stadt Olten von unprofessionellen Taxihaltern überschwemmt würde und dass die allgemeine Unzufriedenheit von professionellen Taxihaltern und Kunden stiege.

7. Was bietet die Stadt Olten den Taxis mit Konzession als Gegenleistung?

Der Stadtrat hat bisher versucht, den Oltner Taximarkt in geordneten, seriösen und sicheren Bahnen zu halten. Aufgrund der aktuellen, äusserst marktorientierten, gewerbefreundlichen und wenig regulierenden Taxiverordnung gelang dies bisher mit mässigem Erfolg. Das zukünftige Taxireglement soll ein bedarfsgerechtes, qualitativ hochstehendes Taxiangebot mit zeitgemässen, fairen Tarifen und einem wirtschaftlich lohnenden Markt gewährleisten.

8. Gibt es Bestrebungen die neue Technik zu nutzen um die Anbieter sowie KundInnen von Taxis zu unterstützen?

Nein, von Seiten Stadtrat gibt es keine Bestrebungen, Anbieter und Kundinnen bzw. Kunden mit neuen Techniken zu unterstützen. Die Nutzung neuer Techniken ist den Taxikonzessionären marktfrei überlassen.

9. Ändert sich etwas am Angebot nach Fertigstellung des Projekts „Bahnhofplatz“?

Der Entwurf des Betriebs- und Gestaltungskonzepts (BGK) wurde Ende 2016 in eine Fachvernehmlassung gegeben. In der Auswertung der Stellungnahmen zeigten sich verschiedene Zielkonflikte, die mit dem engen zur Verfügung stehenden Raum zusammenhängen. Die heute zu geringen Taxistandplätze können gemäss Planungsstand nicht erweitert werden.

Für die Bereinigung der Zielkonflikte und Optimierung des Projekts wurde eine bis Ende März 2018 dauernde «Zwischenphase» eingeschaltet. Die Ergebnisse sind abzuwarten.

- - - -

Matthias Borner: Warum ist dieses Geschäft wichtig? Wenn man die Statistik der Schweizer Städte anschaut, fällt auf, dass Olten bei den Personenwagen pro tausend Einwohner von über 170 Städten diejenige mit dem sechstiefsten Wert ist. Das heisst, wir haben am sechstmeisten Leute ohne Auto. Vor uns ist übrigens zum Beispiel noch Zermatt und Horw, aus welchem Grund auch immer. Weiter hat unsere Stadt einen der höchsten Anteil an über 75-Jährigen. Zusätzlich ist Olten die Stadt mit der höchsten GA-Dichte der ganzen Schweiz. Die Bedürfnisse an die Mobilität werden sich weiter ändern und unsere Stadt hat die Voraussetzungen ja regelrecht, sogar Anspruch, hier eine Vorwärtsstrategie anzugehen. Warum nicht eine Lösung suchen, die als Beispiel in der Schweiz gelten wird? Mir scheint, das sollte möglich sein, weil dies eine grosse Chance ist, und wir hier werden alle davon profitieren. Aufgrund der Daten hat keine andere Stadt ein so grosses Interesse, eine gute Lösung auszuarbeiten, wie Olten, und ich lade auch alle Kräfte hier ein, aktiv mitzuarbeiten. Diese Interpellation ist als erste Auslegeordnung für die Bearbeitung des neuen Taxireglementes einzuordnen. Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung. Die letzte Revision des Taxireglementes hat im Jahr 1997 stattgefunden. Anscheinend wurde eine längst fällige Revision schon lange versprochen. Deshalb wollte ich hier etwas Druck

machen. Morgen Nachmittag um 13.30 Uhr gibt es übrigens ja eine Aussprache zwischen den Taxifahrern und dem Stadtrat. Man kann davon ausgehen, dass wir noch im ersten Halbjahr über dieses Reglement befinden können. Es hat grosse Spannungen gegeben. Vielleicht ist Euch schon aufgefallen, dass sich neue inoffizielle Taxistände hinten beim Bahnhof sowie neben Mc Donald's etabliert haben. Sie sind übrigens illegal. Warum sollen die anderen Taxianbieter noch eine Konzession lösen, wenn solch wilde Taxistände entstanden sind, die kaum geahndet werden. Ich habe ja selber einmal ein Foto gemacht und mich informiert, wie man damit umgeht. Die Beantwortungszeit war mehr als ein Monat, und mir hat man bestätigt, dass es nicht korrekt ist, wo dieses Taxi stand. Bei der Antwort verstehe ich den Frust der bestehenden legalen Taxis. Einerseits ist es lange nicht durchgesetzt worden. Anscheinend kontrolliert dies die Kantonspolizei erst seit November 2017. Andererseits gehen solche Fälle vor den Friedensrichter und die Sanktionskulisse ist nicht sehr beeindruckend. Auch die Lösung des Stadtrates, dass Taxifahrer eine theoretische sowie praktische Prüfung machen sollen, ist eine weitere bürokratische Massnahme, die den Betrieb teurer macht. Autofahren ist einfacher geworden, und dass das Navi mittlerweile zur Standardausrüstung zählt, ist selbsterklärend. Ich bin weiteren bürokratischen Umständen sehr skeptisch gegenübergestellt. Auch staune ich etwas über die konsumentenfeindliche Beantwortung dieser Interpellation. Eines kann man jetzt schon sagen. Die Digitalisierung hat meiner Meinung nach den Einfluss, dass der Markt von der Nachfrage bestimmt wird. Wenn man hier das Gefühl hat, man könnte mit Verboten und Reglementierungen die Digitalisierung aufhalten oder verhindern, dass die Technik benutzt wird, täuscht man sich gewaltig. Die Leute werden das Taxi dort nehmen, wo es ihnen am Praktischsten ist, und dies über das Handy. Ich kann mir auch vorstellen, dass die Taxistände massiv an Bedeutung verlieren werden. Ich möchte auch gar nicht auf spezifische Firmen eingehen. Die Taxis der Zukunft werden diese Technik benutzen. Sie müssen sie verwenden, wenn sie überleben wollen. Zu der einen Frage, die vielleicht einige nicht ganz verstanden haben: Wie kann die Stadt hier darauf eingehen? möchte ich einfach sagen, dass ich einmal in Bukarest war. Wenn man dort an den Bahnhof oder Flughafen geht, hat es unten einen Automaten, wo man drücken, sagen kann, wohin man will. Dann bekommt man ein Billett, geht hinauf und weiss die Nummer des Taxis, das einem gehört. So kann man verhindern, dass so wie jetzt der Stand ist, illegale Taxis hinten warten und nachher nach vorne fahren, wenn jemand Neues kommt. So kann man dem eigentlich entgegenwirken, indem man es offizialisiert. Das war so etwas der Hintergedanke. Weiter ist es auch so, dass man ja versucht, dies zu kontrollieren und zu reglementieren. Aber gerade bei den Taxis mit diesen Softwares, wenn einer nicht zufrieden ist, macht er dies online gleich klar. Dann wird er relativ rasch aus dem Verkehr gezogen, weil man dies sofort sieht und das ist Transparenz. Das ist eben auch eine der Auswirkungen der Digitalisierung und der schnellen Informationsverbreitung. Seid Euch bewusst: Die Taxiunternehmen schaffen Arbeitsplätze und zahlen hier auch Steuern. Wir haben mehr Handhabung und können den Austausch auch relativ einfach pflegen. Zu ihnen müssen wir Sorge tragen. Eine Massnahme wäre sicher einmal, dass man die Taxikonzessionen wieder senkt, um ihnen entgegenzukommen. Weiter nehmen die Taxis auch eine Leistung für die Stadt wahr. Die Taxis stellen sicher, dass es auch Transportmöglichkeiten gibt, wenn die SBB zwischen 2 und 5 Uhr nicht mehr fährt. Man muss unsere Taxiunternehmen unterstützen und auch begleiten, weil es im Interesse unserer Stadt ist.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Besten Dank für die Interpellation, Matthias. Es ist an und für sich wie die Vordiskussion von etwas, mit dem sich der Rat dann schlussendlich auch auseinandersetzt. Die Grundsatzfrage wird hier ebenfalls sein – das werden wir auch politisch diskutieren – wie liberal und wie regulativ das ganze Taxiwesen eigentlich von Statten gehen soll. Ich hatte tatsächlich auch Kontakt mit ortsansässigen Unternehmen. Was ich auch feststelle ist, dass tatsächlich eine Liberalisierung da ist. Wir haben das Binnenmarktgesetz, das liberalisiert wurde. Du kannst bald in jedes Auto steigen und wirst transportiert. Es gibt App-Applikationen, wo Du Dich irgendwo melden kannst, wo Du mitfahren kannst. Die Mobilität und die Möglichkeiten, um sich chauffieren zu lassen, sind vielfältig geworden. Uns vom Stadtrat ist wichtig, dass wir eigentlich auch für die Bevölkerung eine Art 24-Stunden-Betrieb haben. Das stellen nicht alle Taxiunternehmungen auf dem Platz Olten sicher. Wir haben zwei, drei, die dies machen. Andere fahren einfach, wenn sie genug weit fahren können. Von daher werden wir bei den Ortsansässigen, die man

kennt und auch einen geregelten Arbeitsbetrieb, einen 24-Stunden-Betrieb haben, einen verlässlichen Betrieb in diesem Sinne, dass man tatsächlich anrufen kann und transportiert wird müssen, dass man dort einen gewissen Schutz macht. Auf der anderen Seite sind wir aber auch der liberalen Öffnung des ganzen Marktes ausgesetzt. Die Taxikonferenz wird morgen in diesem Raum stattfinden, und da wird man auch sehen, dass die verschiedenen Interessen vorhanden sind. Einige wollen völlig öffnen, die anderen wollen natürlich auch für sich selber schauen. Hier wird man einen Konsens finden müssen. Wo wir steuern können ist bei den sogenannten Standplätzen. Dort, wo man auch Zuweisungen machen kann, wo sich wirklich nur jemand mit einer Konzession hinstellen kann. Hingegen wenn heute jemand eine Taxiunternehmung gründen will, kannst Du ihm diese Bewilligung eigentlich gar nicht entziehen. Er braucht eigentlich gar keine, jedenfalls nicht von der Stadt, und er kann herumfahren. Ebenfalls ist angedacht, dass man allenfalls auch die sagen wir einmal offiziellen Oltnen Taxis auch kennzeichnet. Es ist immer die Balance, die wir in diesem Sinne zwischen regulativ und liberal reglementieren finden müssen. Ich denke, aus der Taxikonferenz wird auch einiges auf uns zukommen, was wir in das neue Reglement einfließen lassen und einpflegen werden. Schlussendlich wäre es – Du hast es gesagt – noch vor den Sommerferien vorgesehen. Das ist auch ehrgeizig. Wir werden es machen und auch noch eine Vernehmlassung machen. Auch die Parteien dürfen sich hier entsprechend dazu äussern, dass wir hier wirklich eine gute Ordnung zum Schutz der Kundschaft und auch der Unternehmungen haben.

Daniel Kissling: Ich wollte nur sagen, dass ich Matthias für die Interpellation danken möchte, weil ich finde, dass genau dies ein Vorgehen ist, wo ich mir wünsche, dass es in Zukunft öfter passiert, wenn man weiss, dass dieses Thema bald kommt, dass man vorher schon einmal vorinformiert wird. Wenn man sonst nicht vorinformiert wird, dann mit einer Interpellation. Obwohl unsere Meinungen, ob jetzt hier eine Liberalisierung dem Taxiwesen besser tun würde oder nicht, wahrscheinlich auseinandergehen. Aber das können wir dann später diskutieren.

Anita Huber: Ich wäre eigentlich noch Fraktionssprecherin. Manchmal braucht die Verwaltung einen gewissen Stups, damit eine Verordnung fertiggestellt wird. Diesen Stups hat Matthias Borner mit seiner Interpellation gemacht. Bald wird dieses Reglement vorgestellt und dann präsentiert. Als Bewohnerin der rechten Aareseite hätte ich noch eine Anregung, und zwar würde ich mir wünschen, dass es auch auf unserer Seite, Richtung Fachhochschule, einen kleinen legalen Taxistand hat, wie dies früher war. Das wäre sicher auch interessant, weil jetzt noch mehr Leute auf dieser Seite des Bahnhofs wohnen und arbeiten. Gerne erwarten wir auf die Ergebnisse, die wir in ein paar Monaten sehen werden.

Matthias Borner: Merci vielmals für die Feedbacks. Es freut mich sehr. Ich wollte nur noch kurz sagen, dass ich von den Antworten befriedigt bin. Merci.

Mitteilung an
Stadtschreiber, Markus Dietler
Direktion Präsidium/Franco Giori (2)
Rechtskonsulent
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. März 2018

Prot.-Nr. 67

Überparteiliche Motion „Attraktivierung rechtes Aareufer“/Beantwortung

Am 11.11.2017 reichten die Fraktionen SP/Junge SP, Grüne Region Olten und Olten Jetzt! folgenden Vorstoss ein:

„Der Stadtrat wird beauftragt, bis im Juni 2018 auf der Basis der offenbar vorhandenen, aber nicht publik gemachten «Grundlagenstudie Entwicklung rechtes Aareufer» einen umsetzungsreifen Vorgehensplan zur Optimierung der Aufenthaltsqualität im Bereich der Aare zwischen dem Bahnhofplatz und der alten Brücke so zu erarbeiten, dass die nötigen Arbeiten unter Nutzung der Synergien mit der vom Tiefbauamt des Kantons für das Jahr 2019 geplanten Sanierung des Bahnhofquais möglichst kostengünstig und gleichzeitig realisiert werden können. Der Umsetzungsplan muss auf einem Stand sein, der abschliessende Entscheide zulässt.

Dabei sollen die folgenden Zielsetzungen verfolgt werden:

- Schaffen von genügend Platz mit entsprechender Ausgestaltung, dass verweilende und passierende Personen sich nicht gegenseitig behindern,
- Gestaltung, die ein friedliches Miteinander und Nebeneinander unterstützt und hilft, Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen zu vermeiden
- Verbesserung der Aufenthaltsqualität durch Sitzgelegenheiten mit und ohne Konsummöglichkeit
- Einhaltung eines den finanziellen Möglichkeiten der Stadt angepassten Kostenrahmens von rund 4 Mio.
- Soweit sinnvoll: Aufwärtskompatibilität zum Projekt Bahnhofplatz, bzw. Bahnhofquai und einem direkten Aarezugang mit Treppe oder Floss, aber mit guter Nutzungsmöglichkeit (Platz, Aufenthaltsqualität und Sitzmöglichkeiten) ab Realisierung

Begründungen:

- Ein koordinierter Bauablauf zwischen dem Projekt des Kantons (Bohrpfahlwand zur Sanierung des Bahnhofquais) und der Stadt (Attraktivierung rechtes Aareufer) schafft Synergien, spart Kosten und reduziert die Bauzeit insgesamt.
- Es kann verhältnismässig rasch eine sozialverträgliche Lösung für einen gesellschaftlichen Konfliktherd geschaffen werden.
- Dem vorhandenen Unmut in der Bevölkerung, dass die immer wieder geäusserte Priorität der Verbesserung des Zugangs zur Aare von der Politik nicht ernst genommen wird und ein vom Stimmvolk deutlich angenommenes Projekt nicht umgesetzt wurde und die Behörden den genehmigten Kredit verfallen lassen, kann mindestens teilweise begegnet werden.
- Offenbar liegt eine Entwicklungsstudie vor. Die Voraussetzungen für weiterführende Arbeiten scheinen damit gegeben.

- Damit das Projekt im Frühling 2019 ausführungsfähig ist, müssen die Entscheidungsgrundlagen zwingend im Juni 2018 bereit stehen.“

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Die „Grundlagenstudie Entwicklung rechtes Aareufer“ der werk1 architekten und planer ag wurde im zweiten Semester 2016 zur Klärung der Schnittstellen zwischen den Projekten neuer Bahnhofplatz (NBO), Aaresteg (als Bestandteil NBO) und den Umgestaltungsmassnahmen Aarburgerstrasse/Bahnhofquai erstellt. Die offenen Schnittstellen konnten mithilfe der Studie gelöst werden. Auf übergeordneter Ebene bietet die Studie zudem eine Gesamtschau und Langfristperspektive für die Entwicklung des rechten Aareufers. Für die verschiedenen Uferabschnitte wurden Gestaltungsprinzipien definiert und mögliche Massnahmen aufgezeigt. Diese Berichtsinhalte werden als Arbeitsgrundlage im Rahmen der Ortsplanungsrevision dienen.

Zu den bearbeiteten Schnittstellen gehörten auch die Anschlüsse des Projekts NBO zum heutigen Ländiweg und die Sicherstellung der Aufwärtskompatibilität einer späteren Umgestaltung Ländiweg. Dabei wurden auch temporäre Aufwertungsmöglichkeiten für den Zustand zwischen Fertigstellung der neuen Stützmauer Bahnhofquai und einer späteren, umfassenden Umgestaltung Ländiweg aufgezeigt, die erst nach Ablauf der Restlebenserwartung des Hauptsammelkanals des Zweckverbands Abwasser Region Olten (ZAO) von 30 Jahren zu erwarten ist.

Die von der Motion angeregte und auch in der Grundlagenstudie aufgezeigte Zwischennutzung, zeitgleich und koordiniert mit der Sanierung des Bahnhofquais durch den Kanton, ist auch für den Stadtrat vorstellbar. Allerdings sind die entsprechenden Kosten nicht im Investitionsplan 2018-2024 enthalten und in der von den Motionärinnen und Motionären vorgeschlagenen Höhe von 4 Mio, Franken nach Ansicht des Stadtrates für die Stadt Olten nicht tragbar. Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeindeparlament daher, die Motion angesichts der von den Motionären im Voraus festgelegten Kostenhöhe nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Corina Bolliger: Zum wiederholten Mal reden wir hier im Gemeindeparlament über den Ländiweg. Häufig wird in diesem Parlament versucht, den Problemen am Ländiweg mit schnellen, oberflächlichen Massnahmen zu begegnen. Aber die überparteiliche Motion unterscheidet sich von den bisherigen Versuchen, die politische Diskussion rund um den Ländiweg zu normalisieren. Die Fraktionen SP, junge SP, Grüne Region Olten und Olten jetzt! haben mit dieser Motion den Stadtrat aufgefordert, einen umsetzungsreifen Vorgehensplan zur Optimierung der Aufenthaltsqualität auf der Basis der offenbar vorhandenen, aber nicht publik gemachten Grundlagenstudie Entwicklung rechtes Aareufer zu erstellen. Durch die Verbesserung der Aufenthaltsqualität wird nicht nur dem subjektiven Sicherheitsgefühl, das im Sommer jeweils für grossen Diskussionsstoff sorgt, sondern auch dem Wunsch der Oltner/innen nach einem schönen zentrumsnahen Aarezugang entsprochen. Wenn wir diese Umgestaltung mit dem Bauprojekt des Kantons koordinieren könnten, können Kosten und Bauzeit gespart werden. Leider hat sich die Antwort des Stadtrates auf eine Zahl reduziert. Die 4 Millionen, die in der Motion als Kosten ausgewiesen würden, seien für die Stadt nicht tragbar. Dabei ist dies überhaupt nicht der Inhalt dieses Vorstosses. Wir haben bewusst die Kritik einzelner Fraktionen mit einbezogen und einen Kostendeckel von 4 Millionen in der Motion festgeschrieben. Es handelt sich also um einen Kostendeckel und nicht um einen Kostenrahmen. Dabei liegt es einzig und allein am Stadtrat, wie teuer die Umgestaltung des Ländiwegs im Endeffekt sein wird. Wie andere Projekte zeigen, stellt sich zuwarten und verzögern nicht als kostengünstige Option heraus.

Die Vielzahl an Vorstössen und öffentlichen Diskussionen zeigen, dass eine Veränderung am Ländiweg längstens überfällig ist. Wenn man dies im Hinterkopf behält und mit einbezieht, dass man hier nicht von einem Kostenrahmen redet, wie der Stadtrat sagt, sondern von einem Kostendeckel. Dann wird klar: Wer die baulichen und sozialen Probleme am Ländiweg nicht weiter verschleppen will, sollte die Motion erheblich erklären. Merci vielmals.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Aus der Antwort kann man ja entnehmen, dass sich der Stadtrat nicht grundsätzlich gegen eine Aufwertung wehrt, insbesondere im Zusammenhang mit den Massnahmen, die dort im Bereich der Kantonsstrasse angedacht sind. Auch der Stadtrat sieht dort Möglichkeiten, um allenfalls auch nicht das ganze Projekt als solches, das vorgesehen ist, sondern einzelne Teile zu realisieren. Das Ganze hängt natürlich am Kostenrahmen, und wir haben den Vorstosstext dort doch etwas enger gesehen. Es ist ein Kostenrahmen von rund 4 Millionen Franken. Das heisst, man öffnet den Fächer richtig. Es wird auch eine Vorlage erwartet, in der nicht einfach Fr. 100'000.— vorgesehen sind, sondern es ist eigentlich ein recht grosser Betrag. Wegen dieser Möglichkeiten oder dieses Kostenrahmens, auch wenn es jetzt ein Deckel ist, sind wir einfach der Meinung, dass auch wegen der finanziellen Situation zu gross angerichtet würde. Nichts destotrotz haben wir ja im Stadtrat diese Studie zur Kenntnis genommen. Wir haben gesehen, was dort möglich ist. Auch haben wir versucht, vielleicht nicht mit den besten Bildern, aber man muss manchmal etwas illustrieren, aufzuzeigen, wo wir jedenfalls schlussendlich eine Zwischenmassnahme treffen, die finanziell tragbar ist. Zusammengefasst: Der Idee, auf eine Art diese Baustelle auch zu nützen, damit entsprechend Aufwertungen passieren können, verschliesst sich der Stadtrat grundsätzlich nicht. Aber der aufgezeigte Kostenrahmen erscheint für den Stadtrat in der jetzigen Situation doch als nicht verantwortbar.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Wir durften an der letzten Sitzung den 18. Geburtstag der ersten Bifangplatz-Motion feiern. Unter anderem ein Grund, weshalb dieser Vorstoss so alt werden konnte, ist, dass er über die Jahre immer wieder mit übergeordneten Projekten in Verbindung gebracht wurde. Einmal warten, was der Kanton mit den Hauptstrassen so plant, einmal warten, wie es mit dem Sälipark 2020 kommt. So verstreicht Jahr um Jahr, und gute Absichten kommen und gehen, und es passiert nichts. Wir wollen, dass es beim Ländiweg vorwärts geht und die Anbindung an übergeordnete Projekte nicht immer nur angedacht, sondern auch vollzogen wird. Auch wir möchten das Wort Kostenrahmen wirklich ganz klar als Kostendach verstanden haben. Für uns hätte es die 4 Millionen vielleicht auch nicht unbedingt gebraucht. Wir sind ziemlich sicher, dass dies alles auch erheblich billiger geht. Aber das könnt Ihr dann herausfinden. Zum Beispiel mit floss- oder stegartigen Konstruktionen, die zusätzlich Raum schaffen. In der Grundlagenstudie hat es ein Foto dieses Beispiels in Brügge. Das ist gedeckt und einigermaßen luxuriös, aber als Idee sicher nicht schlecht. Es ist uns wichtig, dass bald etwas geschieht. Das schliesst für uns klar auch Lösungen ein, die zu einem späteren Zeitpunkt noch ausgebaut respektive je nachdem sogar zugunsten eines umfassenderen Projekts rückgebaut werden könnten. Aber es muss vorwärts gehen. Gute Absichten sind uns jetzt in diesem Fall einfach wirklich zu wenig. Andaare, 2011 von der Stimmbevölkerung angenommen, ist zwar noch nicht volljährig wie die Bifang-Motion, kommt aber in diesem Jahr doch immerhin schon in die erste Klasse. Klar ist die Finanzlage nicht mehr die gleiche wie 2011. Aber wie gesagt müssen kreative Lösungen nicht die Welt kosten.

Beat Felber: Die von den Motionärinnen und Motionären angeregte Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Ländiweg kommt bei der Fraktion CVP/EVP/GLP eigentlich grundsätzlich gut an. Die im Motionstext erwähnte Grundlagenstudie Entwicklung rechtes Aareufer zeigt zudem auf, dass der Ländiweg mittels Sitzstufen oder schwimmenden Stegen temporär an Qualität zulegen kann. Wie mehrfach gesagt berücksichtigt man aber die finanziellen Ressourcen der Stadt, liegt eine Aufwertung der bestehenden Böschung mittels Sitzstufen und geeigneter Bepflanzung wohl oder übel am ehesten im Bereich des Machbaren. Wie auch der Stadtrat und zum Teil die Motionäre selber festgestellt haben, stehen die vorangeschlagenen Kosten von insgesamt 4 Millionen, auch wenn dies jetzt als Kostendach schöngeredet wird, im Raum, ist dies aber deutlich über dem Machbaren. Aus diesen Gründen sind wir eigentlich einstimmig dafür, dass die Motion nicht erheblich erklärt

wird. An dieser Stelle ist uns aber auch wichtig festzuhalten, und Martin Wey hat dies vorhin auch gesagt, dass wir den Stadtrat trotzdem in der Pflicht sehen, sich für eine Attraktivierung des rechten Aareufers, vor allem im Rahmen des neuen Bahnhofplatzes und in der Umgestaltung der Aarburgerstrasse, Bahnhofquai, einzusetzen und nachher vor allem auch Taten folgen zu lassen. Was für uns sicherlich nicht in Frage kommt, ist, dass man die 30-jährige Restlebensdauer dieses Hauptsammelkanals unterhalb des Ländiwegs einfach tatenlos vorbeigehen lässt.

Reto Grolimund, FdP-Fraktion: Ich durfte bei der Entwicklung oder Entstehung dieser Motion dabei sein und habe doch den einen oder anderen Gedanken hineininvestiert. Insgesamt ist diese Antwort, und ich lese jetzt etwas daraus vor, von Martin Wey eigentlich ermutigend. „Die von der Motion angeregte und auch in der Grundlagenstudie aufgezeigte Zwischennutzung, zeitgleich und koordiniert mit der Sanierung des Bahnhofquais durch den Kanton, ist auch für den Stadtrat vorstellbar“. Wir von der FdP haben uns eigentlich nur an dieser Kostenobergrenze der 4 Millionen gestört, und wir müssen ehrlich zugeben, dass die 4 Millionen sind in Anbetracht unserer Finanzlage einfach auch wirklich zu hoch gegriffen. Für die FdP war es aber wichtig, dass dort nicht der halbe Ländiweg im Zug dieser Sanierungsmassnahmen umgegraben und nachher wieder genauso errichtet wird, wie er jetzt ist. Die Wahl des Bauverfahrens mit diesen Bohrpfahlwänden ist so gefallen, dass dies nicht der Fall sein wird. Diese Massnahmen werden wahrscheinlich gemacht, ohne dass dort unten am Ländiweg irgendetwas stark bewegt wird. Es eröffnet aber Möglichkeiten. Aber sie sind nicht Bestandteil dieser Motion, wie sie vorliegt. Es bleibt ein Anliegen der FdP, dass die Synergien, die sich bei baulichen Massnahmen in Olten ergeben, auch genutzt werden. Wir haben Vertrauen in unsere Verwaltung.

Philippe Ruf, SVP-Fraktion: Auch ich hatte wie Reto am Anfang das Vergnügen, bei der Entstehung dieser Motion dabei zu sein, habe aber dann auch damals schon gesagt, dass es aktuell nicht drin liegt und keinen Sinn macht, auch in Anbetracht dessen, dass das langfristige Projekt Andaare, über das von der Bevölkerung einmal abgestimmt wurde, auch noch kommen wird. Es macht jetzt keinen Sinn, etwas zu überhastet auch noch zwischendurch zu tun, vor allem nicht mit einem solchen Kostendach, das wir uns effektiv einfach nicht leisten können. Das ist sehr, sehr viel Geld, und dies jetzt den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern aufzubrummen, ist im Moment einfach zu viel. Wir können uns dies nicht leisten und dies jetzt kurzerhand überhastet einzuführen, dann schieben wir effektiv Andaare und solche Projekte auf die Ewigkeit hinaus. Ich finde, wir sollten hier besser warten, auch mit dem Bahnhofplatz, und schauen, wie wir hier vorwärts kommen können.

Tobias Oetiker, Olten jetzt!: Ich war im letzten Herbst beim Treffen im Stadthaus dabei, wo uns eröffnet wurde, dass die Bordpfahlwand gebaut wird. Da war die Stimmung so irgendwie: Ja, jetzt läuft etwas, passiert etwas. Das Konzept mit Sofortmassnahmen ist in Aussicht gestellt worden. Ich nehme an, das sind die Sachen, die in der Antwort des Stadtrates zur Motion stehen. Jetzt höre ich von mehreren Fraktionssprechern: Ja, im Moment gerade, im Prinzip sind wir eigentlich schon dafür, aber so nicht, und ich befürchte stark, dass am Schluss wieder nichts passiert. Das wäre schade, weil es ja offensichtlich Ideen gibt, und dies jetzt an den 4 Millionen, die im Motionstext stehen, aufzuhängen, finde ich komisch, weil es bei einer Motion darum geht, dass wir dem Stadtrat den Auftrag geben, einen Vorschlag zu machen. Der Stadtrat hat jetzt gehört, dass offensichtlich die Stimmung, sowohl von den Motionären selber wie auch von allen anderen Parteien, ist, dass man zwar schon gerne etwas machen würde, aber 4 Millionen nicht unbedingt der Rahmen sind, wo es sein muss, sondern es ginge auch billiger. Also nehme ich jetzt einmal an, wenn wir sie erheblich erklären, wird der Stadtrat einen Vorschlag machen, der so geartet ist, dass man auch eine billigere Variante wählen kann, wenn er dann im Parlament zur Abstimmung kommt. Im Moment geht es nur darum: Soll der Stadtrat einmal weitermachen und uns etwas vorschlagen, über das wir dann konkret abstimmen können? Im Moment ist ja noch nicht klar, was dann vorgeschlagen wird. Lassen wir doch dem Stadtrat bitte die Möglichkeit, geben wir ihm den Auftrag, uns einmal einen Vorschlag zu machen unter Berücksichtigung dessen, was wir jetzt gesagt haben, die Geldsituation zu berücksichtigen. Dann kann es eine Option mit 4 Millionen, eine mit 3 Millionen, eine mit 1 Million, eine mit Fr. 500'000.--, was

auch immer, geben. Das kann man also modular machen, weil es ja verschiedene Massnahmen sind, die man ergreifen könnte.

Corina Bolliger: Danke, Tobias, für die Klärung dieser Situation. Ich möchte noch etwas betonen und zwar sind die Beweggründe, um diese Millionen in die Motion hineinzunehmen, vor allem wegen der bürgerlichen Fraktionen entstanden, weil in der Vergangenheit eine Motion ohne Geldbeträge ja schon aus Prinzip abgelehnt wurde. Ich möchte es noch einmal sagen: Es ist eine Obergrenze. Wir sind auch froh, wenn es günstige und sinnvolle Lösungen gibt. Der Stadtrat kann ja diese Diskussionen jetzt gerade als Input nehmen, um ein Projekt vorzuschlagen, das weniger als die 4 Millionen kostet.

Dr. Christoph Fink: Die finanzielle Situation der Stadt Olten ist bekanntlich immer noch sehr angespannt. Morgen werden wir ja über den Mobilitätsplan reden. Dort seht Ihr, wie viel die Stadt Olten noch investieren will, nämlich sehr viel für den Fussgängerverkehr oder auch für den Veloverkehr. Es soll weitere Unterführungen geben. Wenn man schon etwas machen möchte, würde ich sagen, dass man vor allem die Stadtseiten besser verbinden müsste mit dem Postulat, das in der letzten Sitzung abgelehnt wurde, das ebenfalls sehr viele Millionen kostet. Wir haben einfach andere Prioritäten, obwohl die Sache mit dem Ländiweg eigentlich auch ein gutes Anliegen ist.

Daniel Kissling: Ich möchte gleich dazu etwas sagen. Der Ländiweg ist eben gerade das Paradebeispiel dafür, was man in einer Stadt mit wenig Ressourcen machen kann, weil man eben genau dann etwas aus einem Ort machen kann, wo bis jetzt gerade der Konflikt besteht, dass er für die einen Durchgang ist, Mobilität generiert, für die anderen aber Aufenthaltsqualität bieten soll. Genau dort ist die Schwierigkeit. Indem man mit einer kleinen Investition, zwar nicht eine ganz kleine, aber irgendetwas in einem Kostenrahmen, machen kann, kann man gleich zeigen, dass eben genau dies beides bringt. Es bringt mehr Mobilität, wenn sich die Leute, die dort vorbeigehen, nicht mehr gestört fühlen, und es bringt mehr Qualität, wenn die Leute, die dort sitzen, auch richtig dort sitzen können. Deshalb ist es eigentlich die sinnvollste Art, knappe Ressourcen zu verwenden, weil man gleich mehrere Sachen auf einmal verbessern und auch ausprobieren kann. Wie gesagt: Manchmal macht es mehr Sinn, man macht einmal etwas, und dann findet man heraus, wie man es noch besser machen kann, anstatt, dass man gar nichts macht und sagt: Wir wissen halt nicht was machen.

Philippe Ruf: Wir können nicht einfach einmal etwas machen und nachher schauen, ob wir es noch verbessern können. Das sind 4 Millionen. Wir reden hier von einem Kostendach von 4 Millionen. Wenn dies obendrauf ist. Ich setze einfach einmal 4 Millionen. Soll ich ab jetzt einfach bei jedem Geschäft das Kostendach auf 100 Millionen setzen? Dann bin ich sicher im Rahmen und habe eine Anzahl angegeben, damit nachher niemand sagen kann, es sei kein Kostendach angegeben. Da müssen einige Berechnungen her, was es ungefähr kosten könnte. Dann muss man es halt auch einfach nicht aus der Luft greifen. Das zeigt auch, dass dieser Vorstoss einfach überhastet ist, nicht wieder nur die zweifelhafte Orthografie in diesem Vorstoss.

Heidi Ehram: Wenn ich die Motion lese, kommt mir immer das Projekt Andaare in den Sinn. Ich war ja dort dabei, als es auch eine Spezialkommission gab und wir im Parlament mehrfach über dieses Projekt diskutiert haben und die verschiedenen Sektoren und Module, die man machen will, gesehen haben. Dort haben wir einfach auch festgestellt, wie schnell 4 Millionen verbaut sind. Ich befürchte einfach, dass man mit dem Kostendach, das man hier anvisiert, eventuell gar nicht durchkommt, wenn man etwas Vernünftiges machen will und etwas, das wirklich von bleibendem Wert ist, und dass man sehr schnell auch in die Finanzkompetenz kommt, die zu einer neuen Volksabstimmung führen würde. Ich glaube, bei einem solchen Projekt kann man nicht einfach sagen, es darf unbedingt nur 4 Millionen kosten. Es muss ja einfach eine gute Sache sein, die dann wirklich auch etwas bringt. Wenn ich die Module von Andaare gesehen habe, habe ich das Gefühl, 4 Millionen sind ganz schnell verbaut. Ich habe eher das Gefühl, dass es wahrscheinlich mehr kosten würde, und dann sind wir bei einer Volksabstimmung.

Michael Neuenschwander: Wenn ich jetzt dies anschau – es war ja in der Beilage, Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates – mit den Zeichnungen und Fotos, wenn ich jetzt die Minimallösung mit den Stufen anschau, geht es ja darum, dass wir dort überhaupt einmal etwas machen können, dass überhaupt einmal etwas passiert, dann kann ich mir eigentlich nicht vorstellen, dass hier für so etwas ein Zusammenhang zu 4 Millionen sein soll. Es kostet nicht einmal einen Zehntel davon. Das wäre schon hoch gegriffen. Dann hätten wir aber immerhin schon einmal etwas gemacht, wo man schauen könnte, ob es funktioniert. Wir haben hier ja schon mehrere Male darüber gesprochen, und wir haben auch schon mehrere Male darüber gesprochen, dass vielleicht etwas kreative Lösungen gefragt sind. Jetzt müsst Ihr nicht wieder irgendwie mit dem Killerargument von Kosten kommen, wo man überhaupt noch keine Ahnung hat, was sie vorschlagen werden. Es gibt dort ganz günstige Lösungen, um überhaupt einmal etwas zu machen, was Sinn macht. Wir möchten schon beliebt machen, dass man die Motion von daher überweist, und dann lassen wir sie einmal machen und schauen es hier möglichst bald wieder an.

Matthias Borner: Ich wollte meinem Kollegen nur kurz sagen, dass die 4 Millionen nicht einfach so auf das Geratewohl gewählt sind, weil es ab 4 Millionen eine Volksabstimmung gibt. Deshalb haben wir diese Grenze dorthin gesetzt. Was ich an diesem Geschäft einfach schade finde, ist, dass ich Freude gehabt hätte, wenn man den Stadtrat dazu gezwungen hätte zu sagen, was er jetzt eigentlich macht. Wir hatten ja hier einmal ein Meeting, das nicht offiziell war, wo sie uns beschrieben haben, was sie tun. Wenn wir dies jetzt schriftlich in der Hand hätten, könnten wir auch zu etwas Stellung nehmen. Ich finde es etwas schade, dass eigentlich immer noch nicht klar ist, was die nächsten Schritte sind. Da haben wir schon wieder verloren. Als wir die Ideen zuerst gesammelt haben, habe ich dies eigentlich damals schon angeregt. Aber das wurde ja abgelehnt. Ein weiterer Punkt: Wenn wir hier etwas beschliessen, scheint es mir sehr schwierig. Man hat die SBB, man hat die SBO unten und den Kanton oben, der etwas zu sagen hat. Wenn wir jetzt hier etwas beschliessen und sie dann ihr Veto einlegen, was machen wir dann, obwohl der Stadtrat uns etwas vorlegen muss? Aber ich denke, das ist etwas, das extrem schwierig ist, und selbst, wenn wir hier ja sagen, heisst dies noch lange nicht, dass dieses Projekt zum Fliegen kommt, weil es einfach zu viele Leute gibt, die Einspruch erheben können.

Laura Schöni: Mich stört, dass man hier immer über diese Probleme spricht. Wenn man über Probleme redet, erzeugt dies immer weitere Probleme. Ich bin dafür, dass man endlich über Lösungen spricht, weil nur Lösungen Lösungen erzeugen. Das wäre jetzt einmal genau eine Möglichkeit, um zu sagen: Doch, wir sehen dort einen Lösungsansatz. Endlich einmal eine Art und Weise, wie man das Ganze angehen könnte. Dann tun wir es doch einfach einmal. Immer das elende Aufhängen an diesen 4 Millionen finde ich einfach megaschade. Ganz ehrlich. Schade.

Luc Nünlist: Es tut mir leid. Aber ich kann den Satz nicht mehr hören. Die finanzielle Situation der Stadt ist angespannt. Das haben wir jetzt wirklich wie eine geritzte Schallplatte an jeder Sitzung 3- bis 15-mal. Zweitens haben wir in diesem Jahr einen Millionengewinn budgetiert. Das ist einfach kein Argument mehr, jahrzehntelang nichts zu machen. Ein Vorstoss der SVP hat ja vor wenigen Monaten an diesem Ort am rechten Aareufer eine Verbesserung gefordert. Nur ist er leider nicht aus der bürgerlichen Logik von Videokameras ausgebrochen. Jetzt fordern wir eine echte Lösungsfindung, eine bauliche. Wir wollen den Stadtrat damit beauftragen, eine preiswerte Lösung auszusuchen. Wenn wir diesen Vorstoss jetzt heute ablehnen, verschliessen wir uns nicht nur einem potenziellen Bauvorhaben, sondern jeder Lösungsfindung. Wir sagen einfach, wir wollen keine Veränderung. Wir wollen nicht einmal den Stadtrat damit beauftragen, uns eine Lösung vorzulegen. Also wer einer echten Veränderung am rechten Aareufer eine Chance geben will, gibt jetzt dem Stadtrat die Zügel in die Hand und will von ihm wissen, wohin er uns hinführen sollte.

Philippe Ruf: Luc hat es relativ gut gesagt, und ich verstehe auch den Punkt, den er anspricht. Ich muss mir den Kommentar erlauben: Ja, die finanzielle Situation wird immer wieder angesprochen. Damit man dies beurteilen kann, dass dies in jeder Sitzung gesagt wird, müsste man an jeder Sitzung sein. Aber das ist halt einfach tatsächlich so, und unsere

finanzielle Situation hat sich in der Zwischenzeit nicht verbessert. Ich denke einfach, mit diesem guten Willen, den Du auch angesprochen hast, den ich absolut sinnvoll finde, auch baulich, dass man sich diese Überlegung macht. Aber ich persönlich, der Andaare ein gutes Projekt fand und eigentlich auch Freude hatte, dass es vor der Bevölkerung durchgekommen ist, das wir uns aber im Moment nicht leisten können, finde, wenn wir jetzt eine Zwischenlösung machen, dass wir uns nachher auch einfach etwas Rechtes verbauen.

Beschluss

Mit 20 : 15 Stimmen wird die Motion erheblich erklärt.

Mitteilung an
Stadtschreiber, Markus Dietler
Direktion Präsidium/Franco Giori (2)
Rechtskonsulent
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. März 2018

Prot.-Nr. 68

Interpellation Corina Bolliger (SP/Junge SP) betreffend Energiestrategie der Stadt Olten

Corina Bolliger hat am 21. Januar 2018 eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

„Die Stadt Olten trägt das Label „Energienstadt“, welches 2016 bestätigt wurde. Die Stadt hat sich hierbei verpflichtet, erneuerbare Energien zu fördern und auf eine effiziente Nutzung der Ressourcen zu setzen. Trotzdem wird auch bei neuen Bauten auf das Heizen mit Erdöl oder Erdgas anstelle von erneuerbaren Energiequellen gesetzt. Es stellt sich die Frage, welchen Handlungsspielraum die Stadt zur Förderung von erneuerbaren Energien besitzt und inwiefern sie diesen voll ausnützt.“

Die Fraktion SP / Junge SP stellt dem Stadtrat deshalb die folgenden Fragen:

1. Welche Einflussmöglichkeit hat die Stadt in den Planverfahren (Bebauungspläne, Baugesuche, etc.), um für die Energieversorgung von Neu- oder Umbauten erneuerbare Energieträger vorzuschreiben?
2. Welche Massnahmen ergreift die Stadt, um bei Neu- oder Umbauten die Attraktivität der Energieversorgung durch erneuerbare Energieträger zu verbessern?
3. Welche Gründe, übergeordnete Bestimmungen oder Normen verhindern eine konsequente Forderung nach erneuerbaren Energien?
4. Zu Beginn dieses Jahrzehntes war bei der Stadt Olten ein Energiekonzept in Arbeit. Was ist der Stand dieses Konzepts? Wann wird es genehmigt? Wann ist die Umsetzung vorgesehen?
5. Wo muss konkret auf städtischer Ebene angesetzt werden, um den Anteil der erneuerbaren Energien bei Neubauten auf annähernd 100% zu erhöhen?
6. Wie gedenkt die Stadt die Energiestrategie 2050 umzusetzen? Welche konkreten Schritte sind bereits geplant?

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet Stadtrat Thomas Marbet den Vorstoss wie folgt:

Die Energienstadt Olten orientiert sich an den nationalen Zielen von EnergieSchweiz. Dabei hängt die Erreichbarkeit der ehrgeizigen Ziele von EnergieSchweiz, neben den stadteigenen Anstrengungen, auch von der kantonalen und nationalen Energiepolitik und der entsprechenden Gesetzgebung ab. Der Stadtrat lehnt sich im vorliegenden Vorstoss mit seinen Beantwortungen an die Antworten im Postulat Schär (Fraktion Grüne) und Mitunterzeichnende betr. „Nutzung erneuerbarer Energie“ mit ähnlicher Thematik an. Dieses Postulat wurde am 23.11.2017 vom Parlament überwiesen.

Zur Beantwortung der einzelnen Fragen:

Zu Frage 1: Welche Einflussmöglichkeiten hat die Stadt in den Planverfahren (Bebauungspläne, Baugesuche, etc.), um für die Energieversorgung von Neu- oder Umbauten erneuerbare Energieträger vorzuschreiben?

Im Baugesuchsverfahren kann die spezielle Berücksichtigung von erneuerbaren Energien nur im niederschweligen Bereich angewendet werden. Explizit ausgedrückt heisst dies, die Stadt Olten kann insbesondere im Bereich der Energieberatung tätig werden. Die «a.en-Energieberatung» (Aare Energie AG) bietet bereits heute eine unabhängige «Vor-Ort-Beratung» an und beantwortet alle Fragen zu den Themen «Erneuerbare Energie» und «Energieeffizienz». Vorschriften und Auflagen betreffend erneuerbaren Energien, welche über die übergeordnete Gesetzgebung (Bund, Kanton) hinausgehen, können nicht im Baubewilligungsverfahren verfügt werden, sondern müssen im Zonenplan und dem zugehörigen Zonenreglement der Stadt Olten umgesetzt werden. Das heisst explizit, im Rahmen der anstehenden Revision der Ortsplanung samt dem üblichen Nutzungsplanverfahren – mit öffentlicher Auflage und Einsprachemöglichkeit - werden die Ergebnisse durch Zonenvorschriften grundeigentümerverbindlich rechtskräftig festgelegt. Selbstverständlich bedarf eine allfällige Festlegung von Vorschriften und Auflagen betreffend erneuerbaren Energien im neuen Zonenplan und dem zugehörigen Zonenreglement vorgängig eine breite politische Debatte.

Im Gestaltungsplanverfahren (Nutzungsplanverfahren) können im Dialog mit der betroffenen Grundeigentümerin spezielle Vorschriften betreffend erneuerbaren Energien grundeigentümerverbindlich festgelegt werden. Als Beispiel sei hier der Gestaltungsplan «Bornfeld – Erlimatt» erwähnt, wo für die Wärmeversorgung des gesamten Entwicklungsgebietes Bornfeld / Erlimatt / Kleinholz ein Wärmeverbund realisiert werden konnte, bei welchem primär Pellets als Energieträger eingesetzt werden. Die Anschlusspflicht an den vorgenannten Wärmeverbund ist im Gestaltungsplan vorgeschrieben und daher grundeigentümerverbindlich. Die Heizzentrale ist zudem so dimensioniert, dass auch weitere Gebiete im Kleinholz mit Fernwärme versorgt werden können. Seit einiger Zeit ist auch die städtische Stadthalle Kleinholz an diesen Wärmeverbund angeschlossen.

Bei der Überarbeitung des Gestaltungsplanes Olten Südwest ist man bezüglich dem Einsatz von erneuerbaren Energien für die Wärmeversorgung mit der Grundeigentümerin bereits im Gespräch.

Zu Frage 2: Welche Massnahmen ergreift die Stadt, um bei Neu- oder Umbauten die Attraktivität der Energieversorgung durch erneuerbare Energieträger zu verbessern?

Siehe Antwort 1

Zu Frage 3: Welche Gründe, übergeordnete Bestimmungen oder Normen verhindern eine konsequente Forderung nach erneuerbaren Energien?

Keine. Wie bereits in der Antwort 1 festgehalten, bedarf eine allfällige Festlegung von Vorschriften und Auflagen betreffend erneuerbaren Energien im neuen Zonenplan und dem zugehörigen Zonenreglement vorgängig eine breite politische Debatte.

Zu Frage 4: Zu Beginn dieses Jahrzehntes war bei der Stadt Olten ein Energiekonzept in Arbeit. Was ist der Stand dieses Konzepts? Wann wird es genehmigt? Wann ist die Umsetzung vorgesehen?

Die Stadt Olten arbeitet an keinem eigenen Energiekonzept. Wie einleitet erwähnt, hält sie sich die Stadt Olten an die nationale Energiepolitik und das Energiekonzept des Kantons Solothurn. Hingegen hat der Stadtrat im Jahr 2012 eine Energie- und Klimastrategie

verabschiedet. Diese wird nach Möglichkeit im Zusammenhang mit grösseren Bauvorhaben umgesetzt, so ist beispielsweise derzeit eine Grundwasserwärmenutzung im Areal Olten SüdWest in Prüfung.

Zu Frage 5: Wo muss konkret auf städtischer Ebene angesetzt werden, um den Anteil der erneuerbaren Energien bei Neubauten auf annähernd 100% zu erhöhen?

In der Ortsplanung. Erläuterungen siehe Antwort 1.

Zu Frage 6: Wie gedenkt die Stadt die Energiestrategie 2050 umzusetzen? Welche konkreten Schritte sind bereits geplant?

Die Stadt Olten richtet sich nach der kantonalen und nationalen Energiepolitik und der entsprechenden Gesetzgebung. Konkrete Schritte gestützt auf die Energiestrategie 2050 (Inkrafttreten Gesetzesrevision und Verordnung 1. Januar 2018!) sind noch keine eingeleitet.

- - - -

Corina Bolliger: Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen. Ich bin mit den Antworten grösstenteils zufrieden. Aber bei den Fragen 5 und 6 vermisste ich die Bereitschaft für ein ökologisches Engagement von Seiten der Stadt. Obwohl wir das Label Energiestadt haben, könnte man mehr tun als nur das Minimum, das gefordert ist. Laut dem Kanton ist der Vollzug des Energierechts im Gebäudebereich an die Gemeinden übertragen worden. Das heisst, dass auch Olten hier natürlich noch viel mehr verlangen und gute Anreize schaffen könnte, damit sich ökologisches und nachhaltiges Bauen ausbezahlt. Auch hier geht es wieder darum zu handeln, statt abzuwarten.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Ich glaube, es passt, dass jetzt wieder einmal keine grössere Gesprächsbereitschaft gezeigt wird. Du, Corina, hast zwar gesagt, Du seiest mit den Antworten soweit zufrieden. Ich wäre es nicht. Wenn man die Antworten auf diese Interpellation liest, kann man wirklich eines feststellen: Unsere Fachstelle Umwelt, Energie, Mobilität fehlt an allen Ecken und Enden. Diese Antworten sind ja so etwas von „depro“. Sie wurden aus einer Stimmung heraus geschrieben, bei der herüberkommt: Hört doch endlich einmal auf, noch mehr erneuerbare Energie und Energieeffizienz zu wollen. Und dies von einem mehrheitlich links-grünen Stadtrat. Da reibe ich mir also verwundert die Augen. Wenn die Fachstelle Umwelt, Energie, Mobilität nicht fehlen würde, würden erstens die Interpellationen zu diesem zentralen und zukunftsweisenden Thema gerade auch in der kommunalen Politik in einem ganz anderen Geist formuliert, und es gäbe auch inhaltlich ganz andere Antworten. Es gäbe zum Beispiel zu den Fragen 3, 5 und 6 noch ganz viel zu sagen. Beispielsweise zu Frage 3: Selbstverständlich hängt die weitere Förderung von Sonnennutzung, Biomassen, Erdwärme und gescheiterten Hybridsystemen, dezentralen Speicheranlagen, smarten Austauschsystemen zwischen verschiedenen Energieformen usw. auch von übergeordneten Bestimmungen ab. Es braucht ein Ja zur Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes am 10. Juni. Und selbstverständlich kann die Stadt auch heute schon, aber in Zukunft erst recht, natürlich in Zusammenarbeit mit der a.en, noch viel mehr Private dafür gewinnen, dass sie ihre Energiesysteme umrüsten oder bei Neubauten von Anfang an auf Effizienz und erneuerbare trimmen. Vor allem könnte und sollte die Stadt für ihre eigenen Liegenschaften endlich einen mehrjährigen Plan haben, was sie wann realisieren will.

Luc Nünlist: Wir haben zum Beispiel Liegenschaften, die sonst noch irgendwo stehen, wie die Stadthalle. Sie gibt es sonst noch zweimal in der Schweiz. An einem Ort war ich am Wochenende. Dort ist die ganze Stadthalle mit Solarpads überdacht. Sie haben seit der Inbetriebnahme schon eine halbe Million Kilowattstunden erzeugt. Dieses Projekt könnte man eigentlich nur anschauen. Es braucht nicht sonderlich viel Personalaufwand.

Mitteilung an
Baudirektion (2)
Stadtplanung
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. März 2018

Prot.-Nr. 69

Motion Christoph Fink (Fraktionsgemeinschaft von CVP, EVP und glp): Bewirtschaftung der Veloabstellplätze/Beantwortung

Mit Mail vom 25. Januar 2018 hat Christoph Fink (Fraktionsgemeinschaft von CVP, EVP und glp) zuhanden des Stadtrats folgende Motion eingereicht:

«Antrag: Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeindeparlament einen Reglemententwurf über die Nutzung der Veloabstellplätze in der Stadt Olten vorzulegen.

Begründung

Im Bereich des Oltners Hauptbahnhofs finden sich grosse Veloabstellplätze, die an Werktagen vollständig oder gar überbelegt sind. Störend ist, dass offensichtlich viele (oft defekte) Velos über Tage bis Wochen abgestellt bleiben. Offenbar werden Velos von ihren Besitzern vergessen oder auf diese Weise entsorgt. Ohne diese „Dauer-Parkierer“ würde das Abstellangebot wohl ausreichen.

Dem Stadtrat soll mit einem Reglement die Kompetenz eingeräumt werden, länger nicht mehr benutzte Fahrräder nach angemessener Warnung durch die Kantonspolizei entfernen zu lassen.

Die rechtliche Grundlage besteht im Reglement über die gemeindepolizeilichen Aufgaben der Stadt Olten (Art. 16 Parkieren auf öffentlichem Grund) oder kann durch ein neues Reglement geschaffen werden.

Obwohl nur die Veloabstellplätze im Perimeter des Bahnhofs knapp sind, soll das Reglement für das ganze Stadtgebiet anwendbar sein».

- - - -

Stadtpäsident Martin Wey beantwortet die Motion im Namen des Stadtrats wie folgt:

Zum Inhalt des Vorstosses:

Der Stadtrat ist sich des erwähnten Problems bewusst und hat daher die Abteilung Ordnung und Sicherheit bereits damit beauftragt, Lösungen zu suchen. Die Problemfindung ist vielfältig und komplex, da mehrere Partner (Kanton, Polizei, Stadt, SBB, etc.) involviert sind.

Der Stadtrat hat gegenüber dem Aarhof zusätzlich neue Veloabstellplätze vorgesehen. Diese wurden publiziert, dagegen wurde jedoch Einsprache erhoben. Das Beschwerdeverfahren ist noch hängig.

Für die Nutzung der Veloabstellplätze bestehen bereits heute Regelungen. In bereits existierenden rechtlichen Erlassen lässt sich dazu folgendes nachlesen:

- «Das Trottoir ist den Fussgängern, der Radweg den Radfahrern vorbehalten» 43 Abs. 2 Strassenverkehrsgesetz (SVG [SR 741.01]).
- «Fahrräder dürfen auf dem Trottoir abgestellt werden, sofern für die Fussgänger ein mindestens 1,50m breiter Raum frei bleibt» Art. 41 Abs. 1 Verkehrsregelverordnung (VRV [SR 741.11]).
- «Jede über den Gemeingebrauch hinausgehende Benutzung des öffentlichen Grundes, ..., bedarf einer Bewilligung» Art 6 Reglement über die gemeindepolizeilichen Aufgaben der Stadt Olten (SRO 212).
- «Das private Parken auf öffentlichem Grund ist nur auf den dafür vorgesehenen oder gekennzeichneten Parkplätzen zulässig» Art. 16 Abs. 1 Reglement über die gemeindepolizeilichen Aufgaben der Stadt Olten (SRO 212).
- «Vorschriftswidrig abgestellte oder den Verkehr behindernde Fahrzeuge können auf Kosten der Halterin bzw. des Halters abgeschleppt werden» Art. 17 Abs. 1 Reglement über die gemeindepolizeilichen Aufgaben der Stadt Olten (SRO 212).

Der Stadtrat ist daher der Meinung, dass genügend rechtliche Handhabungen zum Abstellen von Velos im Stadtgebiet vorhanden sind. Ein gemeindeeigenes Reglement, wie es in der Motion verlangt wird, erachtet er als unnötig. Herausfordernd ist vielmehr der Vollzug der vorhandenen Regelungen, für welche die Einwohnergemeinde über kein eigenes Personal verfügt, sondern auf die Zusammenarbeit mit der Polizei Kanton Solothurn angewiesen ist. Entsprechende Absprachen sind erfolgt; seit Anfang Dezember 2017 führt die Polizei Kanton Solothurn solche Räumungsaktionen durch.

Das spezifische Problem der Veloabstellplätze auf der Westseite des Bahnhofs kann erst mit der Neugestaltung des Bahnhofplatzes befriedigend gelöst werden.

Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeindeparlament die Motion als nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Dr. Christoph Fink: Ich finde es immer noch ein berechtigtes Anliegen und wäre eigentlich froh, wenn Ihr dem zustimmen würdet. Allerdings hat der Stadtrat hier eigentlich eine gute Antwort gegeben, die mich auch fast befriedigen kann. Er sagt, man hätte eigentlich die rechtlichen Grundlagen. Es fehle einfach am Vollzug. Dann möchte ich den Stadtrat bitten, halt den Vollzug etwas besser durchzuführen. Eine Frage habe ich eben trotzdem noch, weil der Stadtrat sagt, die rechtlichen Grundlagen sind vorhanden. Aber wir wissen nicht, ob die Polizei Kanton Solothurn auch dieser Meinung ist. Möglicherweise ist es so, dass man ab und zu einmal eine solche Aktion durchführen und die Velos aus dem öffentlichen Raum entfernen kann oder aber, ob man dies dann gezielt, systematisch über Jahre auch machen kann oder ob der Kanton dann sagt, nein, hier ist die Rechtsgrundlage trotzdem etwas brüchig. Da bin ich nicht sicher. Wenn man ein Reglement hätte, könnte man dies erstens bekanntmachen und allen immer wieder zeigen, die dann vielleicht erstaunt sind, dass ihnen das Velo entfernt wurde. Ich möchte vielleicht noch präzisieren, dass mein Anliegen nur die Veloabstellanlagen betrifft. Das heisst, man kann weiterhin irgendwo in ein Geschäft ein Buch oder ein Paar Schuhe kaufen gehen oder in die Stadtbibliothek gehen und das Velo einfach vor dem Gebäude abstellen. Es ist nicht gemeint, dass dies irgendwie eingeschränkt wird.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Die Frage, die Christoph Fink gestellt hat: Ist dies auch mit der Kantonspolizei abgestimmt? Ich habe mich gestern noch einmal versichert, und mir hat auch der Abteilungsleiter für Sicherheit und Ordnung bestätigt, dass die gesetzlichen Grundlagen an und für sich, wie wir sie jetzt haben, genügen, um einen Vollzug machen zu können. Beim Vollzug ist noch die Problematik – Du hast es jetzt auch präzisiert – dass wir Territorium haben, das dem Kanton gehört, zum Beispiel die Brücke, das ist auch noch speziell. Dann haben wir Territorium, das der SBB gehört. Dann haben wir Territorium, das

der Stadt gehört. Ich denke schon nicht, dass es im Sinne und Geiste des Erfinders ist, dass man – wie Du gesagt hast – nicht mehr irgendwo bei einem Detaillisten einkaufen und das Velo davor abstellen kann. Deine Absicht ist ja bei den bestehenden Veloparkierungsanlagen. Dort muss ich sagen, dass der Stadtrat, insbesondere die Baudirektion, auch mit diesen parkierten Feldern versucht, eine Ordnung hinzubringen. Wir hatten dort eine Zeitlang Ordnung. Man hat sie ja dort abgestellt, und es ist tatsächlich so, dass die Velos jetzt halt wieder andernorts abgestellt werden. Das Problem ist tatsächlich, dass wir im Moment noch zu wenig Abstellplätze an sehr attraktivem Ort haben. Ich weiss dies als Velofahrer selber. Du willst möglichst nahe, fast auf das Perron fahren und das Velo dann dort abstellen. Dort möchten wir ja dann im Zusammenhang, und das ist halt auch in der Zukunft, die zusätzlichen Veloabstellplätze schaffen. Zusammengefasst: Der Kantonspolizei reichen die gesetzlichen Grundlagen im Moment. Der Vollzug ist aber selbst auch für eine Kantonspolizei manchmal schwierig. Wir haben es auch in anderen Rechtsgebieten so, dass man Gebote und Verbote nicht permanent durchsetzen kann. Aber die gesetzlichen Grundlagen genügen von daher. Deshalb ist der Stadtrat der Meinung, dass man die Motion nicht erheblich erklären muss.

Anita Huber, Fraktion Grüne: Bei diesem Vorstoss haben wir den Antrag, dass der Stadtrat ein Reglement über die Nutzung der Veloabstellplätze entwickelt. Das brauchen wir nicht, denn es gibt schon genügend Reglemente, die dies regeln. Darum folgen wir dem Vorschlag des Stadtrates. Doch das Anliegen von Christoph Fink, das in der Begründung sichtbar wird, ist berechtigt. Schade, dass der Stadtrat bei der Beantwortung nicht genauer darauf eingegangen ist. Wenn wir über den Tellerrand hinausschauen, werden am Bahnhof Aarau seit Jahren regelmässig, etwa so einmal pro Jahr Aufräumaktionen, durchgeführt. Zuerst wird informiert, werden Zettel aufgehängt, dass so etwas kommen wird. Nachher werden alle Velos mit einer Marke, irgendeinem Band bezeichnet. Wenn diese Marke nicht innerhalb von zwei Wochen entfernt wird, wird das Velo zuerst eingestellt und später rezykliert. Das wäre in Olten sicher auch sinnvoll und möglich. Wir sagen nein zur Motion, erwarten aber, dass bei den bahnhofsnahen, viel frequentierten Veloabstellplätzen dank der bestehenden Reglemente regelmässiger aufgeräumt wird.

Doris Känzig, SVP-Fraktion: Im Hinblick auf den Mobilitätsplan ist ja vorgesehen, dass man genügend Veloabstellplätze erstellt, und im Hinblick darauf müsste man unbedingt eine Strategie haben, um diese Ordnung zu erhalten und auch um zu verhindern, dass Velos öffentlich entsorgt werden, dass man dann auch wirklich zuverlässig weiss, wie viel Abstellplätze es braucht. Man will ja schlussendlich nicht Abstellplätze erstellen, um Velos zu entsorgen. In diesem Sinne stehen wir hier auch dahinter. Aber weil diese Reglemente eigentlich schon bestehen, lehnen wir es ab, weil wir auch keine Überreglementierung wollen.

Eugen Kiener, Fraktion SP/Junge SP: Wir haben eigentlich die gleichen Argumente, aber sind mehrheitlich zur Meinung gekommen, wir würden die Motion dann erheblich erklären. Es ist ja erfreulich, dass so viele Leute mit dem Velo zum Bahnhof pendeln. Das ist eigentlich schon ganz im Sinne des Mobilitätskonzeptes. Wenn sie alle mit dem Auto kommen würden, würde es viel mehr Platz brauchen. Nur ist das Velo natürlich auch ein leichtes, platzsparendes, flexibles Verkehrsmittel. Man kann es auch gut stehlen, und dann kann man es zur einmaligen Verwendung am Bahnhof einfach stehen lassen. Es gibt auch Leute, die Teile des Velos abmontieren. Weil es ein billiges ist, kümmert sich der Besitzer vielleicht auch nicht mehr darum. Deshalb ist es eben schon nötig, dass bei diesen grossen Veloabstellplätzen regelmässig jemand ein wenig nachschaut. Ich frage mich, ob dies unbedingt ein Polizist sein muss. Das könnte vielleicht auch jemand von den Leuten, die schon auf der rechten Aareseite bei dieser Velostation arbeiten, machen. Alles, was man einrichtet, muss man auch unterhalten. Das ist etwas unsere Meinung.

Denise Spirig, Olten jetzt! Wir sind ebenfalls zum Schluss gekommen, dass wir diese Motion gerne erheblich erklären möchten. Unserer Meinung nach ist der öffentliche, offizielle Veloabstellplatz in der Stadt eher begrenzt und relativ schlecht gewartet. Ich kann mit Sicherheit sagen, dass hinter dem Stadthaus mindestens zwei Jahre lang ein Velo ohne Sattel und Räder gelegen hat. Jetzt ist es einmal weggeräumt worden. Aber das passiert

wirklich nur sehr, sehr sporadisch, und es würde doch überall wieder etwas Platz geben. Das ist für uns sicher ein Schritt in die richtige Richtung.

David Plüss, FdP-Fraktion: Obwohl wir nicht grundsätzlich der Meinung sind, dass es mehr Reglemente braucht, sehen wir bei diesem Thema doch einen Handlungsbedarf. Man stelle sich einfach einmal vor, man tue das Gleiche mit dem Auto, wenn man am Morgen am Bahnhof einmal keinen Parkplatz findet. Natürlich ist dies etwas übertrieben. Aber irgendwie muss man schon auch eine Gleichbehandlung von Verkehrsmitteln in Betracht ziehen. Klar: Velofahren soll Richtung Bahnhof mit dem Pendeln irgendwie vernünftiger sein. Aber wir sähen eine aktivere Bewirtschaftung von Veloabstellplätzen auch als sinnvoll. Weil wir das Problem erkennen und auch einen Handlungsbedarf sehen, wird eine Mehrheit von uns die Motion unterstützen.

Felix Wettstein: Einfach an die Adresse derjenigen, die sagen, sie wollen unterstützen. Wir können nicht anders, als dass wir den Motionstext überweisen. Ihr habt jetzt immer mit der Begründung argumentiert. Die Begründung finden wir ja auch richtig. Aber der Auftragstext heisst nicht das Gleiche. «Nutzung der Veloabstellplätze» braucht kein Reglement. «Wartung der Veloabstellplätze» braucht eine Form von Regelung und von Vorsatz oder Planung. Das ist das, was wir meinen. Aber wir können jetzt in Gottes Namen den Vorstosstext nicht abändern.

Tobias Oetiker: Ich sehe auch, dass der Vorstosstext, der, wie Du vorhin gesagt hast, auf die Nutzung eingeht, potenziell ein Problem ist. Aber wir haben ja jetzt darüber gesprochen, und ich nehme an, der Stadtrat hat auch zugehört, wo der Schuh drückt. Ein Reglement, das sich um die Nutzung der Veloabstellplätze kümmert, muss sich ja logischerweise auch darum kümmern, ob sie überhaupt genutzt werden können. Das heisst, wie wird man die alten Velos wieder los? Ich denke, da würde jetzt wahrscheinlich niemand Opposition ergreifen, wenn dies in einem solchen Reglement auch behandelt würde. Für mich ist noch ein Gedanke, dass Martin Wey vorhin gesagt hat, sie hätten abgeklärt, ob die Polizei das Recht hat, die Velos zu entfernen. Das scheint offensichtlich so zu sein, dass sie dies haben. Aber wird es auch gemacht? Ich stelle mir vor, das ist etwas, das in einem solchen Reglement festgehalten werden könnte, mit welcher Frequenz zum Beispiel solche Veloabstellplätze auch bearbeitet werden müssen.

Muriel Jeisy: Ich wollte einfach noch sagen, dass bei uns auch nicht mehr quasi alle etwas dafür sind, dass wir dies in diesem Sinne überweisen. Wir hatten uns bei der Stadt einmal etwas vorinformiert und sind dann eigentlich davon ausgegangen, dass die rechtliche Grundlage in Artikel 16 nicht ausreicht. Das haben wir etwas herausgespürt. Deshalb hatten wir dann Gefühl, ja, vermutlich ist dies halt nur für Autos gemeint, dass es einfach irgendwie zu wenig geht. Deshalb haben wir so formuliert, weil dies eigentlich für Motionen so vorgesehen ist. Wenn dies jetzt aber nicht das Problem ist, ist klar, dass der Motionstext eigentlich auch nicht mehr der gleiche ist. Wichtig ist einfach gleichwohl, dass man jetzt natürlich beim Vollzug ansetzt und wir dies sicher im Auge behalten werden. Wir hoffen nicht, dass es nötig sein wird, aber sonst dort halt weitere Vorstösse folgen lassen werden.

Dr. Christoph Fink: In der Antwort des Stadtrates habe ich zu wenig den Willen herausgespürt, den Vollzug wirklich auch durchzuführen. Er sagt zwar, es liegt einfach am Vollzug. Wenn wir dies einfach ablehnen, ändert sich vielleicht überhaupt nichts. Ein Reglement hätte eben noch den Vorteil, dass man die Spielregeln sozusagen genau festlegen kann. Es steht hier beispielsweise: «Jede über den Gemeingebrauch hinausgehende Benutzung des öffentlichen Grundes bedarf einer Bewilligung». Wenn man dann aber sagen würde, ein Velo kann man eine Woche oder zwei Wochen abstellen, okay, aber nach vier Wochen wird es entfernt, wenn dies alle wissen. So, wie es jetzt hier steht, könnte man ein Velo vielleicht schon nach drei Tagen oder drei Monaten entfernen. Das ist zu wenig genau definiert, wenn man eingreifen muss oder soll. Nachher hätte die Stadt auch eine Verpflichtung, dass sie beispielsweise nach einem Monat einfach eine Veloräumung durchführt. So bleibt einfach alles relativ flau.

Marlène Wälchli Schaffner: Ich würde beliebt machen, dass man nicht dies nicht erheblich erklärt, weil es einfach vom Text her nicht stimmt, und ich glaube, die Umsetzung hat der Stadtrat gehört. Das scheint mir wichtig zu sein.

Daniel Kissling: Ich möchte, egal, wie wir heute abstimmen, einfach noch kurz zu überlegen geben, dass die Diskussion, die wir jetzt gerade führen, eine Diskussion ist, die schon etwas mit morgen zu tun hat. Es geht darum, wie parkiert wird, wie die Mobilität in dieser Stadt aussieht. Ich finde es wichtig, dass wir heute diskutiert haben, weil dies eigentlich zeigt, was es morgen wahrscheinlich schon zu diskutieren geben wird, was nämlich fehlt. Deshalb würde ich sagen, wenn wir dies jetzt überweisen oder erheblich erklären, es gerade ein guter Moment wäre, das Parkierungsreglement dieser Stadt noch um ein Kapital zu erweitern, nämlich mit dem Reglement für das Parkieren von Velos im öffentlichen Raum.

Heinz Eng: Ich bin gleicher Meinung wie Marlène. Ich glaube, die Mittel sind da. Der Stadtrat hat sie aufgezeigt. Es gibt vielleicht einfach noch ein Element, das man morgen wird anschauen müssen. Wenn die vorschriftswidrig abgestellten Velos nachher eingezogen werden, können die Kosten auf die Halterin oder den Halter abgewälzt werden, so wie es im Reglement steht. Das wird im Einzelfall sehr wahrscheinlich schwierig sein. Deshalb würde ich einfach beliebt machen, die Verbindung nicht nur über die Polizei, sondern auch über die Versicherungen anzuvisieren. Was machen die Leute, von denen die Velos abgestellt werden? Sie gehen nachher zur Polizei und sagen, das Velo ist mir gestohlen worden. Was weiss ich nicht was alles. Sie machen dann einen Polizeibericht, senden diesen an die Versicherung, Selbstbehalt Fr. 200.—. Dann kaufen sie wieder ein Velo für Fr. 800.— oder Fr. 1'000.—. Hier muss man auch sicherstellen, dass dies nicht plötzlich ausgehebelt wird. In diesem Sinne möchte ich dies beliebt machen. Wie Marlène auch gesagt hat: Nicht erheblich und dann schauen, was der Stadtrat daraus macht.

Beschluss

Mit 18 : 16 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Motion nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an
Stadtschreiber/M. Dietler
Direktion Präsidium/Franco Giori (2)
Rechtskonsulent und Personaldienst/Patrik Stadler
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 21. März 2018

Prot.-Nr. 70

Interpellation Fraktion SP/junge SP betr. Eigentümerstrategie der Stadt Olten bezüglich sbo resp. a.en/Beantwortung

An der Sitzung vom 25. Januar 2018 hat die Fraktion SP/junge SP folgenden Vorstoss eingereicht:

«Die Entflechtung der a.en, die gemäss dem heutigen Kenntnisstand dazu führen wird, dass die a.en eine alleinige Tochter der sbo werden wird, ist im Gange und soll im Jahr 2019 abgeschlossen werden. die Entflechtung eröffnet neue Möglichkeiten bezüglich der Eigentümerstrategie des neuen Alleinbesitzers der a.en. Die Fraktion SP/junge SP stellt dazu dem Stadtrat die folgenden Fragen:

- In welchem Zeithorizont plant der Stadtrat die Eigentümerstrategie zu überarbeiten?
- Wie weit sind Überlegungen im Gange, das finanzpolitische Primat durch ökologische Zielsetzungen zu erweitern oder gar ein ökologisches Primat zu formulieren?
- Wer entscheidet aus Sicht des Stadtrates abschliessend in der Frage der Priorität zwischen finanziellen Zielen und ökologischen Zielen?
- Gibt es aus Sicht des Stadtrates weitere wichtige Ziele, die die Eigentümerstrategie wesentlich beeinflussen?»

- - - -

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

- *In welchem Zeithorizont plant der Stadtrat die Eigentümerstrategie zu überarbeiten?*

Der Stadtrat hat die Eignerstrategien für seine «Tochterfirmen», darunter auch die sbo, im zweiten Halbjahr 2017 nach der Definition von Richtlinien für die Public Corporate Governance der Stadt Olten überarbeitet, wie er im Rahmen seiner Jahresmedienkonferenz am 15. Januar 2018 informiert hat. Über die Entwürfe verhandeln derzeit Delegationen des Stadtrates mit Delegationen der jeweiligen strategischen Führung. Die Ergebnisse werden nach Abschluss der Verhandlungen und der definitiven Genehmigung durch den Stadtrat veröffentlicht werden. In den Eignerstrategien werden einerseits qualitative Ziele, andererseits unternehmerische und finanzielle Vorgaben sowie solche zur Personalpolitik und zum Risikomanagement gemacht.

Im Falle der sbo hat der Stadtrat die neue Eignerstrategie an seiner Sitzung vom 5. März 2018 genehmigt und anschliessend publiziert.

- *Wie weit sind Überlegungen im Gange, das finanzpolitische Primat durch ökologische Zielsetzungen zu erweitern oder gar ein ökologisches Primat zu formulieren?*

Wie der Eignerstrategie zu entnehmen ist, verfolgt der Stadtrat mit der Beteiligung an der sbo u.a. das Ziel einer ausgewogenen, aus dem vorhandenen Angebot frei wählbaren Produkt- und Dienstleistungspalette in den Sparten Elektrizität, Gas und Wärme zu

marktorientierten Preisen mit der qualitativen Ausrichtung auf Energieeffizienz, Ökologie, erneuerbare Energien und Programme und die Unterstützung bei der Umsetzung der Energierichtplanung.

- *Wer entscheidet aus Sicht des Stadtrates abschliessend in der Frage der Priorität zwischen finanziellen Zielen und ökologischen Zielen?*

Der Stadtrat legt in seiner Eignerstrategie die Vorgaben aus strategischer und politischer Sicht vor. Mittels Verhandlungen wird zudem angestrebt, die Ziele der Eigentümerschaft mit denjenigen des strategischen Gremiums in Einklang zu bringen, damit diese in die Unternehmensstrategie Eingang finden. Gegenüber den Mitgliedern des Verwaltungsrates besteht aber keine Weisungsbefugnis, sondern diese sind gemäss Verantwortlichkeitsgesetz für ihr Handeln verantwortlich. Ein Korrektiv besteht für den Stadtrat lediglich in der Abwahl oder Nichtwiederwahl der Verwaltungsratsmitglieder.

- *Gibt es aus Sicht des Stadtrates weitere wichtige Ziele, die die Eigentümerstrategie wesentlich beeinflussen?»*

Die weiteren Ziele des Stadtrates sind der beiliegenden Eignerstrategie zu entnehmen.

- - - -

Dieter Ulrich: Die Fraktion hat positiv aufgenommen, dass die bei der ersten Frage erwähnte Eignerstrategie jetzt mittlerweile vorliegt. Damit ist aber eigentlich schon alles gesagt, was in der Fraktion bei diesen Antworten positiv aufgenommen wurde. Wir sind insgesamt der Meinung, der Stadtrat macht sich hier kleiner als er und sein Handlungsspielraum sind. Er argumentiert aus unserer Sicht recht defensiv, vor allem bezüglich ökologischer Ausrichtung oder ökologischem Primat, nach denen wir fragen. Man könnte fast den Eindruck haben, ob er es mit seinen Antworten überhaupt ernst meint. Zum Beispiel wird in der Eignerstrategie eine genderorientierte Personalpolitik verlangt. Wenn man aber dann schaut, wie er dort, wo er selber Einflussmöglichkeiten hat und dies ja auch postuliert, als eigentlich einzige Einflussmöglichkeit, die er hat, nämlich die Zusammensetzung des Verwaltungsrates – das ist heute schon erwähnt worden – sitzen sieben Männer drin. Wie man dies unter einen Hut bringt, ist für uns nicht ganz klar. Wenn man nachher wegen des ökologischen Primats fragt, ob er die in Erwägung zieht, antwortet er ja eigentlich ausweichend. Wenn man die Eignerstrategie anschaut, sieht man, dass Ökologie in einem Nebensatz erwähnt ist, aber andere Punkte relativ ausführlich behandelt werden, eigentlich nach wie vor auch hinsichtlich der finanziellen oder wirtschaftlichen Aspekte. Man kann sagen, das ist das gute Recht des Stadtrates, dies so zu sehen, nur würden wir dann eigentlich erwarten, dass dies auch so dargestellt wird und nicht irgendwie als ein Abwägen dargestellt wird, das es, wenn man dies jetzt so anschaut, wahrscheinlich eben nicht ist. Wir sind der Meinung, dass der Stadtrat sehr wohl mehr Einfluss nehmen kann, als er in der Antwort darstellt. Vor allem sind wir der Meinung, dass er dort, wo er selber sagt, dass er Einfluss hat, nämlich die Besetzung des Verwaltungsrates, entsprechend auch Einfluss nehmen sollte. Neben der fehlenden Frauenvertretung ist für uns auch nicht erkennbar, wo dort irgendwie die ökologische Komponente enthalten sein sollte. Das hat sich für uns jetzt nicht erschlossen. Vielleicht sehen wir es nicht. Aber wir finden in der Antwort auch keine Hinweise darauf, dass in dieser Richtung etwas passiert wäre. Wir fragen uns schon, wo der demokratische Einfluss ist, den wir bei dieser sbo nach haben. Sie ist im 100-Prozent-Besitz der Stadt. Aber irgendwie bekommt man den Eindruck, wir haben einfach nichts zu sagen. Wir können eigentlich tun, was wir wollen. Aber am Schluss wird gemacht, was für die sbo richtig ist. Dann ist die Frage, wer bestimmt, was für die sbo richtig ist. Wenn man das Ganze liest, hat man den Eindruck, wahrscheinlich schon der Verwaltungsrat. Der Stadtrat besetzt den Verwaltungsrat, hat aber nachher nichts mehr zu sagen. Das scheint uns irgendwie nicht konsistent, und wir wissen auch nicht, ob dies wirklich das Modell ist, das man in Zukunft so weiterführen soll, wenn es effektiv so sein sollte. Auch noch stutzig gemacht haben uns, und

das ist jetzt mehr wegen der Eignerstrategie selber, die Privatisierungsmöglichkeiten, die man neu aufgenommen hat. Das ist somit Gegenstand der Interpellation. Aber dass der Stadtrat zum Beispiel in seiner Vorlage auch die Interessen von Shareholdern in der Eignerstrategie erwähnt, ist für uns schon etwas komisch. Wie gesagt, ist die sbo im 100-Prozent-Besitz der Stadt. Ich weiss nicht, auf welche Shareholder man sonst noch Rücksicht nehmen will. Wenn, dann wären wir es ja vermutlich. So würde ich es jetzt interpretieren. Nur sagt er dann gleichwohl auch wieder, wir haben eigentlich nichts dazu zu sagen. Das passt für uns einfach nicht zusammen. Ich kann zusammenfassen: Wir danken dem Stadtrat für diese Antworten. Wir danken ihm auch, dass die Eignerstrategie vorliegt. Vom Inhalt sind wir aber so nicht befriedigt und werden jetzt, wo die Eignerstrategie vorliegt, entsprechend auch noch einen neuen Vorstoss einreichen.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Wenn man die Eignerstrategie oder damals hiess sie ja noch Eigentümerstrategie – es waren die zehn Punkte, die wir im Rahmen einer Beantwortung einer Motion dem Parlament unterbreitet haben – vergleicht, bemerkt man doch eine klare Handschrift, dass insbesondere der Stadtrat Einfluss auf die Frage genommen hat, wieso führen wir überhaupt dieses Unternehmen? Was sind unsere Ziele? Das machen wir ja eigentlich nicht nur bei der sbo, sondern auch bei den anderen Gesellschaften, sei es die Stadttheater AG, die SPOAG oder auch bei denjenigen, an den wir beteiligt sind, zum Beispiel bei der BOGG. Dort denke ich, wenn man die Eignerstrategie genau durchliest, geht es wirklich darum, zuerst einmal zu formulieren, weshalb führen wir überhaupt eine solche Organisation? Warum haben wir diese Institution? Was sind unsere Zielsetzungen? Wenn man es dann anschaut, und es ist doch eine relativ ausführliche Geschichte, sieht man oder kann es zumindest lesen, wenn man es genau betrachtet, dass wir das Unternehmen, insbesondere auch der Verwaltungsrat, viel näher an den Stadtrat binden, indem wir Erwartungen formulieren. Es wird jährliche Vereinbarungsgespräche geben, bei denen wir mit dem Verwaltungsrat zusammenkommen und sagen, das sind unsere Ziele. Dorthin wollen wir. Dort werden sicher auch ökologische Sachen geschärft, was unsere Zielsetzungen sind, aber auch andere Sachen. Das ist der Bereich, wo wir sagen können, voilà, das ist unsere Vorgabe. Vorgaben haben wir auch in der Personalpolitik. Wir haben aber auch im Bereich der Aufsicht entsprechende Formulierungen gemacht. Das sind die Zielsetzungen, die wir machen. Hier ist klar auch der Wille, dass wir näher und enger mit dem Verwaltungsrat zusammenarbeiten. Dann kommt die Diskussion, wo hört die Einflussnahme auf? Im Stadtrat haben wir natürlich auch die Meinung, dass es einerseits die Eignerstrategie gibt und dann gibt es die Unternehmerstrategie. Auf dieser Gratwanderung hat sich, so sage ich es einmal, auch der Stadtrat bewegt und hat gesagt, voilà, das sind wirklich unsere Zielsetzungen. Wir wollen Forderungen stellen. Diese stellen wir jährlich auf, und sie werden auch messbar. Wenn sie sich nicht daran halten, gibt es entsprechende Unterredungen. Es muss auch begründet werden, wieso zum Beispiel abgewichen wird. Ganz anspruchsvoll ist in der Eignerstrategie – das habt Ihr vielleicht auch gelesen – dass wir auch Indikatoren setzen wollen. Hier haben wir uns ein sehr hohes Ziel gesetzt, dass wir im Bereich dieser jährlichen Gespräche Indikatoren setzen, was uns wichtig ist. Was ist für uns als Stadtrat auch messbar, dass dies entsprechend eingehalten wird? Zusammengefasst: Die Beantwortung der Interpellation ist das Eine. Wir haben die Gelegenheit genutzt, Euch die Eignerstrategie gleichzeitig zu unterbreiten, wie wir sie beschlossen haben. Das Ziel ist viel näher, noch enger mit der sbo zusammenzuarbeiten, nicht im Sinne von nicht kritisch sein, sondern das Reporting, die Rückmeldungen und auch die Erklärung muss in diesem Sinne auch regelmässig und transparent erfolgen. Von daher erachten wir als Stadtrat dieses Papier jetzt wirklich als Wertsteigerung zum bisherigen, das wir hatten, und werden auch mit dem Verwaltungsrat in Bälde wieder zusammenkommen, um die entsprechenden Zielsetzungen zu formulieren. Wir sind daran, dies allenfalls mit einem Mandatsvertrag oder wie auch immer genau auszudeutschen. Aber noch einmal: Das Unternehmen muss eine Unternehmensstrategie festlegen und muss darauf in diesem Sinne auch konkurrenzfähig bleiben, weil es ja einen Grund gibt, wieso wir dieses Unternehmen schlussendlich der Politik teilweise entzogen haben, damit sie ihre Unternehmensstrategie, ihr Unternehmen und ihre Ziele auch verfolgen können. Von uns aus gesehen ist es eine

gute Strategie. Gegenüber der bisherigen Formulierung ist es klarer. Es wird mehr eingefordert, und es wird auch in der Interpellation klar darauf hingewiesen, dass wir, wenn dem nicht nachgelebt wird, die entsprechenden Konsequenzen ziehen können. Ihr habt dies in einer Beantwortung, wie wir es eigentlich durchsetzen könnten. Direkt beim Unternehmen nicht, denn die Verantwortung bleibt schlussendlich in der Unternehmung beim Verwaltungsrat. Wir können die Verantwortung der Unternehmensführung als solche nicht übernehmen.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Wir bedanken uns bei den Interpellantinnen und Interpellanten für die Fragen, die sehr, sehr wichtig sind. Danke auch der Stadt für die Beantwortung. Dieter Ulrich hat eigentlich so ziemlich alles schon gesagt, was ich auch hätte sagen wollen. Uns ist es genau so ergangen. Es ist von uns aus gesehen natürlich schon positiv zu bewerten, dass ökologische Erwägungen in dieser Strategie explizit benannt werden. Dies mit dem einzig möglichen Korrektiv ist tatsächlich etwas deprimierend. Wir möchten den Stadtrat an dieser Stelle auch dazu ermutigen, wenn er energiepolitisch begründete Bedenken bezüglich Verwaltungsrat hat, von diesem Korrektiv tatsächlich auch Gebrauch zu machen. Was uns klar fehlt, noch kurz zum Plan selber, ist eine Aussage über die Geschäftstätigkeit ausserhalb der Energie, namentlich Bereich Immobilien. Uns erscheint dieser Bereich dann doch zu signifikant, um in dieser Strategie nur eine solche Phantomexistenz zu führen. Vielleicht noch etwas zum Redaktionellen: An einigen Stellen hätten wir es gerne etwas weniger «verschwurbelt» gehabt. Da steht zum Beispiel: «Eine Öffnung der Eigentümerschaft kann geprüft werden, wenn diese unter strategischen und strukturellen Gesichtspunkten sinnvoll erscheint». Damit eine solche Öffnung überhaupt sinnvoll erscheinen kann, muss man sie ja zuerst einmal prüfen. Das sind so Sätze, die unter dem Strich eigentlich einfach nicht wahnsinnig viel Sinn machen. Etwas mehr Präzision wäre uns bei einem solchen Papier, das ja auch eine gewisse Tragweite hat, eigentlich noch recht gewesen.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Bei uns wurde auch positiv aufgenommen, dass die Eignerstrategie jetzt schriftlich vorliegt. Was für uns schon erstaunlich ist, ich weiss noch, mein erstes Geschäft, das ich für die SVP übernommen habe, als ich neu im Parlament war, war die sbo-Rechnung, Thomas Marbet hat mich damals zurechtgewiesen, als ich behauptet hätte, dass man vielleicht die sbo übernehmen wolle. Er hat gesagt, das sei unmöglich und ausgeschlossen. Aber in diesem Reglement hat man jetzt schon ein erstes Türchen geöffnet, dass es gleichwohl in diese Richtung kommen könnte und der junge, dynamische Gemeinderat ist in seiner Theorie doch nicht ganz falsch gelegen. Aber ich will ja nicht, dass er noch überheblich wird. Wenn es um Energieversorgung geht, und da sind wir sehr nahe bei meiner Vorrednerin und bei meinem Vorredner, muss die Stadt ihren Einfluss so gut wie möglich beibehalten und dies nicht leichtfertig abgeben. Man wird das Gefühl nicht los, dass hier schon etwas weitergedacht wurde, aber es noch nicht vorliegt. Es ist schon Meilenstein, dass man dieses Türchen jetzt geöffnet, dass es Beteiligungen geben kann.

Daniel Kissling, Olten jetzt!: Ich glaube, wir sind hier ziemlich ähnlicher Meinung. Ich bin erstaunt, dass ich jetzt zum zweiten Mal in einer Sitzung nach Matthias sage, danke, Matthias, für Dein Votum. Was uns vor allem erstaunt ist, dass viel drinsteht und dann gleichwohl wieder wenig Konkretes und ganz viele wichtige Punkte schon wieder nicht oder nur am Rande angesprochen werden. Martin Wey hat es gesagt, das Ziel ist zu klären, weshalb hat man diese Firma überhaupt? Warum ist man überhaupt Eigner dieser Firma? Es steht etwas drin. Man will eine gute Versorgung für diese Stadt. Aber wenn dies alles ist, was sich die Stadt bei einer Firma vorstellt, hätte ich persönlich nicht so viel Hoffnung in die Eigentümerschaft, wenn sie nur darauf aus ist. Ich finde wirklich, die Sache mit dem Verkauf ist etwas, das geklärt werden muss, welche Absichten der Stadtrat hat. Ich hoffe, dass dies möglicherweise, wenn es dann soweit kommt, nicht so bald der Fall ist, wie es dort steht. Aber das muss man eigentlich wissen. Ich glaube, das ist so das Hauptwichtigste an einer Strategie von Eigentum, ob man es noch behalten will oder nicht.

Florian Eberhard: Dieter hat ja schon die Berücksichtigung des weiblichen Geschlechts angesprochen. Aber die Vertretung wird auch noch in anderen Bereichen ignoriert. Der Verwaltungsrat besteht ja aus Leuten, die alle aus der Welt der Finanzen, Immobilienbewirtschaftung und aus Anwaltskanzleien kommen. Mit Daniel Probst, Benvenuto Savoldelli und Ernst Zingg sitzen drei politisch aktive FdP-Mitglieder der FdP Olten im Verwaltungsrat und machen damit 43 % des Verwaltungsrates aus. Die FdP hat in Olten einen Wähleranteil von 21 %, zum Beispiel im Vergleich zur jungen SP und Olten jetzt! zusammen mit 18 %, die gar keinen Vertreter stellen. Wenn die sbo also nicht vollständig privat sein soll, ist sie in diesem Fall öffentlich und dadurch demokratisch zu führen. Nimmt man einmal, wahrscheinlich nicht ganz zu Unrecht, an, dass die Herren Zurflüh und Wullschleger der FdP vermutlich etwas näher als der jungen SP stehen, wird das Ganze fast noch etwas weniger akzeptierbar. Ist zum Beispiel Christian Amoser als Experte für alternative Energien oder Daniel Kissling als erfolgreicher Unternehmer für den Verwaltungsrat angefragt worden? Wollt Ihr mir wirklich sagen, dass aus der Hälfte der Bevölkerung, von den Frauen tatsächlich keine fähige für diesen Verwaltungsrat gefunden werden konnte? Noch ein weiterer Punkt: Gemäss Statuten der sbo hat das Parlament ja Rechte und Pflichten, insbesondere die Oberaufsicht über die sbo und die Festlegung von Grundsätzen zur Berechnung von Gebühren und Gebührengestaltung in den Reglementen. Ich denke, um diese Oberaufsicht wahrzunehmen, brauchen wir als Parlament zwingend auch mehr Transparenz.

Dr. Christoph Fink: Ich möchte nur noch etwas zu einem Thema sagen, das bei uns im Parlament ab und zu schon behandelt wurde. Das ist nämlich die Rechnungslegung. Sie ist ja offenbar in den Statuten nach OR festgelegt, und es ist in diesem Saal schon ab und zu moniert worden, dass es andere Rechnungslegungsmodelle gebe, die moderner, transparenter oder aussagekräftiger sind. Darüber steht nichts, und grundsätzlich wäre ich auch dafür, dass man eine möglichst transparente Rechnung führt und allenfalls mit der sbo spricht, dass die Rechnungslegung entgegen der Statuten halt moderner und transparenter geführt wird.

Heinz Eng: Ich möchte gleich darauf hinweisen, Christoph. Das haben wir jetzt wirklich schon sieben Mal durchgedreht. In den Statuten steht OR, und der Vorredner hat es gesagt. Es ist das Gemeindeparlament. Du musst einfach einen Antrag stellen und dann die neue Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER oder was weiss ich. Nachher wird das Parlament darüber befinden, ob dies gemacht wird oder nicht. Fertig. Das ist der Weg. Florian hat es gesagt. Es steht eigentlich alles in den Statuten. Schlussendlich sagt das Parlament, segnen wir die Statuten ab. René Bättig, 1995 oder 1998, hat dort als Gemeindeparlament seine Unterschrift gegeben.

Mitteilung an
Direktion Präsidium
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am

Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor: Ich schliesse die Sitzung für heute. Morgen Abend um 19.00 Uhr wird es weitergehen. Ich wünsche Euch einen schönen Abend, schlaft gut und bis morgen Abend.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.